Dienstag, 22. November 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 272 - 47.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstungsdebatte: Bundeskanzler Kohl hat den Beginn der Nachrüstung in der Bundesrepublik als unvermeidlich bezeichnet. Bis zum Jahresende würden die ersten amerikanischen Raketensysteme einsatzbereit sein, sagte er gestern zu Beginn der zweitägigen Bundestagsdebatte. Damit sei die Tür zu Verhandlungen mit Moskau aber nicht zugeschlagen.

Strauß in Berlin: Eine umgehende Entscheidung über den Nachfolger von Bundespräsident Carstens hat Bayerns Ministerpräsident Strauß gefordert. „Es muß diesem Spiel ein Ende gemacht werden", sagte er nach seinem Antrittsbesuch als Bundesratspräsident beim Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker. (S.10)

Überfall auf Kirche: Die nordirische Polizei vermutet katholische Fanatiker hinter dem Terroranschlag auf eine protestantische Kirche in Darkley, bei dem drei Personen getötet und sieben verletzt wurden. Aus Protest trat die radikale protestantische Unionistische Partei aus dem Parlament aus. (S. 3)

Nicaragua: Die Junta hat 200 000 bis 300 000 Angehörige der Volksmiliz einberufen und bewaffnet. Es drohe ein Einmarsch amerikanischer Truppen und rechtsgerichteter Regimegegner. (S.10)

Stationierungsablauf: Zwischen der Aufstellung der ersten neuen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa und der nächsten Stationierungsphase wird eine Pause von neun Monaten eingelegt, berichtete die „Washington Post" unter Berufung auf US-Regierungskreise.

Südtirol: Bei den Landtagswahlen konnte die Südtiroler Volkspartei ihre absolute Mehrheit behaupten. Von den italienischen Parteien erzielten die Neofaschisten starke Gewinne.

Angriff Äthiopiens?: Sudan hat Mobilmachung angeordnet, nachdem Äthiopien an der Grenze starke Truppenverbände und schwere Waffen zusammengezogen hat. (S. 1)

Palästina-Flüchtlinge: Israel erwägt die Umsiedlung von 250 000 Flüchtlingen, die in 28 Lagern im Westjordanland und im Gaza-Streifen leben. Sie sollen jedoch nicht zum Umzug gezwungen oder in andere Länder abgeschoben werden. (S. 1)

Heute: Abstimmung im Bundestag über Stationierung neuer Raketen. – Bekanntgabe der Regierungsumbildung in Polen. – Brasilien verhandelt mit Klub von Paris über Umschuldung. – Bundespräsident Carstens in Elfenbeinküste.

ZITAT DES TAGES



„Die Partei wird sich an den vergangenen Samstag noch lange erinnern. Mit der heutigen Politik wird es ihr nicht gelingen, wieder an die Regierung zu kommen."

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt in einem Gespräch mit dem „Algemeen Dagblad" (Rotterdam) zum „Raketen-Parteitag" der SPD. Schmidt teilte mit, er werde nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidieren. FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Bauwirtschaft: Deutsche Bauunternehmen werden bis Jahresende schätzungsweise 3,6 Milliarden DM oder 20 Prozent mehr als 1982 in Bauten und Ausrüstungen investieren.

OECD-Prognose: Ein reales Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent erwartet die OECD in ihren Mitgliedsländern für 1984 nach 2,3 Prozent im laufenden Jahr. (S. 12)

Industrieroboter: Die japanischen Hersteller wollen ihre Produktion im Geschäftsjahr 1984 (ab 1. April) um 100 bis 200 Prozent steigern.

Leistungsbilanz: Einen erneuten Überschuß sagt das Ifo-Institut für 1983 voraus. Die Exportüberschüsse hätten sich zwar verringert, doch habe sich der Dienstleistungsverkehr besser entwickelt als in den Vorjahren. (S. 11)

Wohnungsbau: Der Bund will den Ländern 1984 für den sozialen Wohnungsbau 2,09 Milliarden DM zur Verfügung stellen. Davon entfallen eine Milliarde DM auf das Sonderprogramm zur Belebung der Baunachfrage. (S. 11)

Börse: Zum Wochenbeginn kam es an den Aktienmärkten durchweg zu Kursabschwächungen, da sich die Anleger abwartend verhielten. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 146,3 (147,5). Dollarmittelkurs 2,7033 (2,6968) Mark. Goldpreis pro Feinunze 374,25 (375,25) Dollar.

KULTUR

Literaturpreise: Die beiden wichtigsten französischen Literaturpreise, der *Prix Goncourt* und der *Prix Renaudot*, sind an Frederick Tristan für „Les Egarés" (Die Verirrten) und Jean-Marie Rouart für „Avant-Guerre" (Vorkriegszeit) vergeben worden.

Jubiläum in Prag: Rechtzeitig zum 100jährigen Jubiläum ist das tschechoslowakische Nationaltheater nach fünfjähriger Renovierung wiedereröffnet worden. Zur Jubiläumsfeier wurde die tschechische Nationaloper „Libussa" von Smetana aufgeführt.

SPORT

Fußball: Erst heute wird entschieden, ob das sogenannte Supercup-Spiel zwischen den Europapokalsiegern Hamburger SV und FC Aberdeen aus Hamburg original im Fernsehen (vom ZDF) übertragen wird.

Handball: Der VfL Gummersbach hat das Viertelfinale im Europapokal der Meister erreicht. Er besiegte Atletico Madrid mit 19:18, nachdem er bereits das Hinspiel in Spanien 16:11 gewonnen hatte. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Raucher: Herzkrankheiten, nicht Lungenkrebs, sind das größte Raucherrisiko, ergab eine US-Studie. (S. 18)

Komplott Clemenceaus? Kronprinz Rudolf von Habsburg und seine Geliebte sind nach Angaben der letzten österreichischen Kaiserin Zita 1889 nicht durch Selbstmord aus dem Leben geschieden. Vielmehr seien sie Opfer eines Mordkomplotts des französischen Politikers Clemenceau geworden. (S. 5)

Wetter: Vereinzelt Schnee oder Regen. Um 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Kennedy-Legende. Thomas Kielinger zum 20. Jahrestag des Attentats in Dallas S. 2

Daimler-Benz: Wer erhält dem Mercedes-Stern aus Stuttgart seinen Glanz? S. 3

Düsseldorf: Politisches Theater – Der Fall K. oder *Die Kunst* im Zugriff der Macht S. 4

Hamburg: Der Rotstift des Senats der Freien und Hansestadt empört die SPD-Linke S. 5

USA: „Der Tag danach" – Eine Film-Idee wird zu einem Spektakel des Schreckens S. 7

Commonwealth: Auf London wartet viel Ärger; Grenada und Zypern Hauptthemen S. 8

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Fernsehen: Jeans und Parka als Weltanschauung – Ulrich Schacht über die Jugend in der „DDR" S. 9

Prag: Das tschechische Nationaltheater ist feierlich wiedereröffnet worden S. 17

Senior-Experten-Service: Weg vom „Altenteil"; Aufgaben nach der Pensionierung S. 18

Schmidt im Bundestag: Wir müssen unser Wort halten

Kohl dankt Reagan für Genfer Initiativen / Vogel begründet Nein der SPD

MANFRED SCHELL/DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern im Bundestag die geplante NATO-Nachrüstung mit Entschiedenheit als Grundvoraussetzung für die Erhaltung von Frieden und Freiheit in Westeuropa bezeichnet. In seiner Regierungserklärung zum Auftakt einer zweitägigen Parlamentsdebatte sagte Kohl, im Kern gehe es dabei um die Frage, „ob die Bundesrepublik Deutschland willens und fähig ist, sich mit ihren Verbündeten einem Vormachtanspruch der Sowjetunion entgegenzustellen oder nicht". Der Kanzler erinnerte die SPD eindringlich an deren frühere Beschlüsse unter dem Bundeskanzler Helmut Schmidt, die von einem Ja zum NATO-Doppelbeschluß gekennzeichnet waren.

Schmidt selber erläuterte in seiner ersten Bundestagsrede nach seinem Sturz am 1. Oktober 1982, warum er abweichend von der Mehrheit seiner Fraktion für die Aufstellung neuer Raketen eintrete. Trotz aller Enttäuschungen, so der ehemalige Regierungschef müsse die Bundesrepublik Deutschland ihr Wort halten und zum NATO-Doppelbeschluß von 1979 stehen. Das Gleichgewicht würde nachhaltig gestört, wenn die Sowjetunion sich mit ihrer Vorrüstung durchsetzen könnte. Eine tiefe Krise in der NATO wäre die Folge.

Schmidt bezeichnete es ausdrücklich als gefährlich, wenn andere Grund hätten, die Deutschen als unzuverlässig anzusehen. Andererseits sprach er von einer Vertrauenskrise, „in die die USA durchaus involviert sind". Er äußerte auch Verständnis für die Motive der „Friedensbewegung". Sein Nein zur Entschließung der Koalitionsfraktionen für die Nachrüstung begründete er so: Seit 1979 habe es in Genf zwar Bewegung gegeben, keine der beiden Seiten habe aber bisher größte Anstrengungen unternommen, um zu einer Verständigung zu kommen.

Die Debatte im Plenarsaal verlief in ruhiger Atmosphäre. Die Antwort des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel auf den Kanzler machte aber unüberbrückbare Gegensätze in der Sache deutlich. CDU/CSU und FDP, die mit häufigem demonstrativem Beifall die Erklärung Kohls begleiteten, halten die Nachrüstung jetzt für geboten. Kohl: „Unsere Sicherheit, der Schutz unserer Freiheit gebieten nunmehr, daß wir mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen beginnen." Der NATO-Doppelbeschluß sei außerdem „Prüfstein für die Handlungsfähigkeit und den Selbstbehauptungswillen der NATO".

SEITE 2:
Das Gespräch geht weiter
SEITEN 3, 6 und 10:
Weitere Beiträge

Vogel tat sich angesichts der früheren Unterstützung des Doppelbeschlusses durch die SPD und des Ablaufs des Kölner SPD-Parteitags schwer mit seiner Antwort auf den Bundeskanzler. Die SPD lehne in ihrer Mehrheit die Nachrüstung ab, so sagte Vogel, weil das Ziel, den „Teufelskreis" der Rüstungsspirale zu durchbrechen, „in greifbare Nähe gerückt" sei. Wenn auf die Stationierung verzichtet werde, erscheine eine drastische Reduzierung der sowjetischen Systeme „erreichbar" und der „Stationierungswettlauf wird unterbrochen".

Als ausdrücklich „verhandlungsfähig" nannte der SPD-Politiker den sowjetischen Vorschlag, ihre SS-20-Systeme auf 140 zu reduzieren, wenn im Gegenzug die USA auf eine Stationierung verzichteten. Den Bundeskanzler kritisierte Vogel wegen dessen Umgangs mit der „Friedensbewegung" und seiner Haltung zu den USA. Vogel sprach davon, Kohl verwechsele Freundschaft mit „Gefälligkeit und kooperative Einordnung in ein Bündnis mit vasallenhafter Lehenstreue". Dieser Vorwurf wurde später entschieden von Bundesaußenminister Genscher zurückgewiesen.

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl, in der eine ausführliche Darstellung der politischen und militärischen Entwicklung in den letzten Jahren enthalten war, fiel auf, daß Kohl wiederholt dem amerikanischen Präsidenten Reagan für dessen Initiativen in Genf dankte. Damit widersprach Kohl Vorwürfen vor allem aus der SPD, die USA hätten zu wenig Kompromißbereitschaft gezeigt. Die „erste Vorleistung" des Westens, so sagte Kohl, liege im Doppelbeschluß selbst. Die NATO habe nicht sofort nachgerüstet, sondern Verhandlungen angeboten.

DER KOMMENTAR

Die Debatte

GEORG SCHRÖDER

Es bedurfte nicht erst der „Friedensbewegung", um zu zeigen, wie leicht es ist, in Bonn ein Verkehrschaos heraufzubeschwören. Aber daß ein Staat, der nicht knieweich ist, unschwer mehr aufbieten kann als genügend Polizisten, um einen Sturm auf das Parlament im Ansatz zu ersticken, das wurde am Montag bewiesen. Den Grünen verblieb daher vor und im Bundestag nur die Rolle des Clowns. Mit Politik hatte das kaum etwas zu tun.

Um im Ernst von ernsten Dingen zu sprechen, nämlich von der jetzt im Bundestag anstehenden Entscheidung darüber, ob die Bundesrepublik Deutschland fest im westlichen Bündnis auch fernerhin stehen soll oder aber aus ihm abdriften will: Die Würfel waren schon am Wochenende auf den Parteitagen gefallen, und jeder Bundestagsabgeordnete wußte das. Dergleichen sorgt nicht gerade für Spannung beim Auftakt einer Bundestagsdebatte über den NATO-Doppelbeschluß. Die Argumente pro und contra sind in der nun schon zu lange währenden Auseinandersetzung längst festgestampft. Da gab und gibt es keine Überraschungen mehr, nachdem der Sieg Brandts über Schmidt außerhalb des Parlaments und damit auch der Abmarsch der SPD aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik besiegelt war.

Was bleibt für den Beobachter? Die Suche nach einem Urteil über die Form der Redner. Da war als erster der Bundeskanzler. Offensichtlich war, daß die offenen oder versteckten Attacken, denen Helmut Kohl in den letzten Wochen ausgesetzt war, seine Selbstsicherheit nicht erschüttert haben. Er ist kein großer Redner, das weiß man. Aber an diesem Tag war er bei der Abgabe der Regierungserklärung auch rhetorisch gut. Ohne jede Polemik, aber sehr entschlossen war Kohls Rede, die das anstehende Sicherheitsproblem mit all seinen Facetten beleuchtete.

Alfred Dregger, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, dem der Part des offensiven Angreifers zufiel, nutzte seine Bundestagsrede dazu, um die Standfestigkeit des Bundeskanzlers zu rühmen. Helmut Kohl habe eine großartige außenpolitische Leistung vollbracht und dies attestierte er auch Außenminister Genscher.

Wie wohl Hans-Jochen Vogel, dem Verkünder Brandtscher Strategie und Taktik, bei seiner Rede war, wird er niemandem verraten. Es war eine Wiederholung seiner Kölner Parteitagsrede. Er schwieg vom Vater des Doppelbeschlusses, Helmut Schmidt. Schmidt hingegen schwieg nicht, sondern äußerte sich, in vollem Gegensatz zu Vogel, wieder für die Nachrüstung und gegen die Sowjetunion, die eine expansionistische Macht sei. Genscher hatte es am leichtesten. Er stand auf dem festen Boden seiner Überzeugung, heute wie 1979 im Bundestag.

Gesamtmetall macht Zugeständnisse

Arbeitgeber stellen eigenen Finanzbeitrag für Vorruhestandsregelung in Aussicht

HEINZ HECK, **Bonn**

Mit einem dreiteiligen beschäftigungsorientierten Arbeitszeitprogramm und materiellen Zugeständnissen in der Vorruhestandsregelung unterbreiten die Arbeitgeber der Metallindustrie in letzter Minute einen Vermittlungsvorschlag. Von heute an formulieren die Tarifkommissionen der IG Metall ihre Forderungen für die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag (bis 30. November). Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern hierüber müssen bis zum 17. Dezember aufgenommen sein.

Die Spitze von Gesamtmetall hat die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche als beschäftigungsfeindlich abgelehnt. Allerdings hat sich der Vorstand des Gesamtverbands der metallindustriellen Arbeitgeberverbände am Sonntag zu einem Verhandlungsangebot durchgerungen, das erstmals auch einen Eigenfinanzbeitrag für die Vorruhestandsregelung in Aussicht stellt.

In der vergangenen Woche hatten sich die Minister Blüm, Lambsdorff und Stoltenberg auf Eckwerte eines gesetzlichen Rahmens geeinigt (WELT vom 19./20. 11.). Damit signalisiert der Staat bei Erfüllung bestimmter Auflagen eine 40prozentige Beteiligung an einem Vorruhestandsgeld für 59jährige und ältere Arbeitnehmer bis zu maximal 65 Prozent des letzten Bruttogehalts.

SEITE 2:
Gegenvorschlag

Nach dieser Ankündigung habe sich Gesamtmetall in der Lage gesehen, einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten, der außerdem Rahmentarifverträge zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung und Teilarbeitszeit enthält, erklärte Präsident Thiele.

Die Arbeitgeber erwarten, daß das „vom Bundestag alsbald zu verabschiedende Rahmengesetz" zur Vorruhestandsregelung die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme, eine zeitliche Befristung (bis 1988), die alleinige Zuständigkeit der Tarifparteien und staatliche Finanzanreize zur Wiederbesetzung freiwerdender Arbeitsplätze als Kriterien enthält.

Hauptgeschäftsführer Kirchner bezeichnete einen Wiederbeschäftigungseffekt als Folge einer solchen Lösung von insgesamt etwa 75 000 Ersatzeinstellungen als „nicht unrealistisch". Dabei wird davon ausgegangen, daß 1984 etwa 100 000 und in den Folgejahren bis 1988 weitere 90 000 Arbeitnehmer anspruchsberechtigt sein werden. Würde das Angebot in etwa gleichem Umfang wie die flexible Altersgrenze in der Rentenversicherung in Anspruch genommen, ergebe sich für 1984 ein Potential von rund 70 000 freiwerdenden Arbeitsplätzen.

Rebellen bieten PLO-Chef Arafat Waffenruhe an

AP/dpa, **Beirut/Jerusalem**

Unterstützt von syrischer Artillerie, sind die gegen den PLO-Chef Arafat rebellierenden palästinensischen Kampfverbände gestern in den Norden der Stadt Tripoli vorgedrungen und haben die Verbindungen zu Arafats Truppen im umkämpften Flüchtlingslager Baddawi unterbrochen. Später kündigte Rebellen-Sprecher Labbadi eine sofortige Feuereinstellung an.

Syrien hat dem neuen US-Sonderbotschafter für Nahost, Donald Rumsfeld, eine Abfuhr erteilt. Wie Radio Damaskus meldete, machte der syrische Außenminister Khaddam dem Amerikaner klar, daß Damaskus seine Politik gegenüber Libanon nicht ändern werde: „Syrien fordert ein geeintes und unabhängiges *Libanon sowie den Abzug aller* israelischer Truppen."

Israel wolle 250 000 Flüchtlinge umsiedeln, die in 28 Palästinenser-Lager im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen leben, gab der Minister ohne Geschäftsbereich, Mordechai Ben-Porat, in Jerusalem bekannt. Die Lager würden erst nach Umsiedlung der Palästinenser „Haus für Haus abgerissen". Die Kosten in Höhe von 3,9 Milliarden Mark würden vom Ausland bestritten.

Der Militärkoordinator der besetzten Gebiete, Brigadegeneral Benjamin Ben-Eliezer, hatte kürzlich gegenüber der Zeitung „Ha'aretz" erklärt, es sei an der Zeit, die Palästinenser-Lager „aus der Autonomie des UNO-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) zu entfernen".

Seite 7: „Feind kommt aus Syrien"

Zerwürfnis in Italien über Libanon-Haltung

F. MEICHSNER, **Rom**

Der Parteisekretär der italienischen Christdemokraten, Ciriaco De Mita, hat sich mit einer scharfen, gegen den sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi gerichteten Erklärung in die Libanon-Auseinandersetzung des römischen Regie*rungslagers eingeschaltet, die beim* italienisch-französischen Konsultationstreffen in Venedig zu einem offenen Zusammenstoß zwischen Craxi und dem christdemokratischen Außenminister Julio Andreotti geführt hatte (WELT v. 21. 11.). Der DC-Chef warf Craxi vor, daß er das venezianische Treffen nach dem ohne Konsultierung Roms angeordneten französischen Vergeltungsschlag von Baalbek nicht verschoben habe. Er plädierte für den Rückzug des italienischen Kontingents aus Libanon.

In seiner Erklärung heißt es: „Wenn die Regierung nicht in der Lage ist, Initiativen unserer Alliierten zu kontrollieren, die auch unsere Soldaten in Libanon berühren, muß die Rolle des italienischen Friedenskontingents – und, so meine ich, mit großer Aufmerksamkeit auch die Raison seiner weiteren Anwesenheit – überprüft werden." De Mita unterstellte bei Craxi indirekt ideologische Motive für das in Venedig gegenüber *Mitterrand geäußerte Verständnis:* „Wir wollen nicht glauben, daß die gemeinsame Zugehörigkeit der beiden Präsidenten (Craxi und Mitterrand) zur Sozialistischen Internationale auf italienischer Seite zu einer Unterbewertung der Bedeutung und der Bedenklichkeit dessen geführt hat, was in Libanon geschehen ist."

Agitation mit Bundesmitteln

Rechnungshof rügt Mißbräuche beim Jugendplan / Kritik auch an der Bundesbahn

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Der Bundesrechnungshof hat sich in seinem Prüfungsbericht 1983 äußerst kritisch über die Förderungspraxis nach dem Bundesjugendplan geäußert und auf gravierende Fälle von Mißbrauch hingewiesen. An das Bundesfamilienministerium wurde appelliert, einer Zweckentfremdung von Förderungsmitteln, zum Beispiel mit agitatorischem Hintergrund, vorzubeugen.

Ein Jugendverband, so ermittelten die Prüfer, habe 1980 während seines Bundeskongresses eine Busfahrt zu einer Demonstration veranstaltet und die Kosten von mehr als 12 000 Mark über den Bundesjugendplan abgerechnet. Ein anderer Empfänger, so der Rechnungshof, finanzierte aus Bundesmitteln Flugblätter gegen die Bundesregierung. Ein weiterer Verband schließlich habe aus Geldern des Bundesjugendplans Reisen seiner Funktionäre zu einer „Weltkinderkonferenz" in der Sowjetunion, zu Gesprächen mit Politikern in Südamerika, zu einem „Seminar für eine neue Weltwirtschaftsordnung" sowie zu einem „Abrüstungsseminar in einem östlichen Nachbarland" finanziert. Daneben wurde in zwei Fällen von Veruntreuung ein Schaden von mehr als 800 000 Mark zu Lasten des Bundesjugendplans festgestellt.

Der Rechnungshof rügte, daß im Haushaltsjahr 1981 rund 50 Prozent der Förderungsmittel von den Empfängern zur Bezahlung von insgesamt 1650 Personalstellen benutzt wurden. Die betreffenden Organisationen hätten dadurch rund 70 Prozent ihrer *Personalkosten* ausschließlich aus Bundesmitteln bestreiten können.

Ein grotesker Fall von Verschwendung wird dem Bundesverteidigungsministerium angelastet. Es finanzierte, wie die Prüfer herausfanden, drei Medizinern das Studium, versetzte die frischgebackenen Truppenärzte jedoch „wegen dauernder Dienstunfähigkeit" in den Ruhestand. Die drei Ärzte, zwischen 28 und 32 Jahre alt, kassieren bis an ihr Lebensende je 2000 Mark an Pension im Monat. Zwei von ihnen haben inzwischen eine Arztpraxis eröffnet. „Da die ehmaligen Soldaten den Anforderungen in zivilen Krankenhäusern und in ihren Arztpraxen gewachsen sind, müßten sie auch im Sanitätsdienst der Bundeswehr einsatzfähig sein", heißt es in dem Bericht.

Auch die Wirtschaftsführung der Deutschen Bundesbahn nahmen die Prüfer unter die Lupe. Die Ursachen der „besorgniserregenden Finanzentwicklung", so bemerken die Prüfer, seien zwar überwiegend auf die veränderten Rahmenbedingungen, aber zum Teil auch auf „abstellbare Mängel im Unternehmen selbst" zurück-

■ Fortsetzung Seite 10

Spitzt sich die Streiklage in Holland noch weiter zu?

Aktionen gegen Sparkurs unterbrachen den Briefverkehr

BODO RADKE, **Den Haag**

Zu Beginn der sechsten Woche der Protestaktionen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Niederlande gegen die ihnen vom 1. Januar an drohenden Gehaltskürzungen deutet vieles auf eine weitere Zuspitzung der Lage hin. Der sozialistische Oppositionschef Joop den Uyl sprach bereits von der schwersten Krise im Verhältnis zwischen Regierung und öffentlichem Dienst seit Ende des Weltkrieges.

Als Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen hat die Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen einen Abbau der Löhne und Gehälter für öffentlich Bedienstete sowie der meisten Sozialleistungen um drei Prozent ab 1984 angekündigt. Als Gegenleistung will sie bis Ende 1986 die wöchentliche Arbeitszeit im öffentlichen Dienst schrittweise von bisher 40 auf 36 Wochenstunden herabsetzen, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Protestaktionen gegen die angekündigten Sparmaßnahmen in Form von Teilstreiks oder „Dienst nach Vorschrift" waren in den vergangenen fünf Wochen am stärksten zu spüren bei der Eisenbahn, den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln, der Post, der Zollabfertigung sowie der Müllabfuhr und Straßenreinigung. Bei der Post hat ein harter Kern von etwa tausend (von 35 000) Bediensteten die gesamte Briefbeförderung praktisch zum Erliegen gebracht.

Am schwersten davon getroffen sind Zeitschriftenverlage, die ihre Produkte im Abonnement über die Post vertreiben. In zahlreichen Fällen werden Fachblätter nicht mehr hergestellt, da sie die Bezieher doch nicht erreichen können. International tätige niederländische Firmen haben längst Kurierdienste aufgebaut, um ihren Postverkehr ins Ausland über deutsche und belgische grenznahe *Orte abzuwickeln.* Geschäftspartner wurden per Telex über die Nummern der dort gemieteten Postfächer unterrichtet. Immer häufiger müssen Richter über Anträge auf einstweilige Verfügungen zur Unterlassung von Teil- oder Bummelstreiks in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes entscheiden. (SAD)

Amerikanische Militärhilfe für Sudan

Numeiri bei Reagan / Karthoum: Äthiopien zieht Truppen an der Grenze zusammen

DW. **Khartoum/Paris**

Der sudanesische Präsident Jaafar Numeiri ist gestern in Washington mit Präsident Ronald Reagan zusammengetroffen, um mit ihm die zunehmenden Spannungen zwischen dem Sudan und Äthiopien zu erörtern. Nach Angaben aus US-Regierungskreisen kann Numeiri mit amerikanischen Zusagen für verstärkte Militärhilfe zur Verteidigung seines Landes gegen mögliche Angriffe aus dem kommunistisch regierten Nachbarstaat rechnen.

Der Sudan hat seine Truppen an der Grenze zu Äthiopien in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Nach Angaben des sudanesischen Außenministeriums reagierte Khartoum mit dieser Maßnahme auf äthiopische Truppenkonzentrationen an der Grenze und äthiopische Luftangriffe auf sudanesisches Gebiet.

Wie die amtliche sudanesische Nachrichten-Agentur Suna meldete, haben libysche und äthiopische Truppen vor wenigen Tagen gemeinsam einen Angriff auf die sudanesische Grenzstadt Malwal geführt. Außerdem sollen äthiopische Truppen mit der Unterstützung kubanischer und sowjetischer Einheiten sowie Söldnern verschiedener Nationalität in unmittelbarer Nähe der Grenzstadt Asosa zusammengezogen worden sein. Nach sudanesischen Regierungsangaben stehen 1000 äthiopische Soldaten, von 150 kubanischen und sowjetischen Militärberatern unterstützt, zum Angriff bereit.

Khartoum beschuldigt Äthiopien, mit Libyen und der Sowjetunion die Rebellen im Südsudan zu unterstützen und auszubilden, die vor allem gegen die jüngste Einführung des islamischen Rechts kämpfen.

Der äthiopische Außenminister Wolde, der sich gestern im Zusammenhang mit dem Tschad-Problem in Paris aufhielt, erklärte seinerseits, die Lage an der äthiopisch-sudanesischen Grenze sei völlig ruhig. Äthiopien habe „keine Truppenbewegung" angeordnet und keine feindliche Aktivität gegenüber dem Sudan unternommen. Khartoum wolle durch seine Berichte über einen möglichen Konflikt mit Äthiopien lediglich verstärkte Militärhilfe von den USA erhalten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gegenvorschlag

Von Peter Gillies

Mit starken Worten, aber nicht annähernd so starken Argumenten erhitzen sich einige Gewerkschaften für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Vor allem die IG Metall beschwört die „härteste Auseinandersetzung der Nachkriegszeit" herauf, gar den „Kampf um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse".

Hinter dem rhetorischen Schwulst steckt jedoch eine vergleichsweise schlichte Notwendigkeit. Sie reduziert sich auf die Frage, wie man mehr Arbeitsplätze schafft, ohne die bestehenden zu gefährden. Wenn nach Gewerkschaftswunsch alle Unternehmer für 40 Stunden bezahlen, aber nur für 35 Stunden Arbeitsleistung erhalten sollen, gibt es für sie nicht den geringsten Grund, einen neuen Mann einzustellen. Schlimmer noch: Sie würden Mitarbeiter entlassen müssen.

Die Bevölkerung – einschließlich der Gewerkschaftsmitglieder übrigens – weiß das. Anders wäre die deutliche Ablehnung der 35-Stunden-Woche und die alternative Vorliebe für flexible Arbeitszeiten und einen früheren Ruhestand (beides mit Abschlägen) nicht zu erklären.

Spät, aber vielleicht nicht zu spät, haben jetzt die Arbeitgeber der Metallindustrie einen Arbeitszeit-Pakt angeboten: flexible Arbeitszeit, früherer Ruhestand, mehr Teilzeitarbeit. Darüber sollte verhandelt werden, denn es liegt in den Händen der Tarifpartner, Modelle auszuhandeln, die beides bringen: Kostenentlastung und mehr Arbeitsplätze.

Freilich wird das Gespräch immer schwieriger, je heftiger sich die Funktionäre einiger Gewerkschaften mit Illusionen heiß reden. Es ist zu hoffen, daß die Tarifverhandlungen wieder Logik an die Stelle der Leidenschaft setzen. Mit klassenkämpferischen Aufwallungen wird kein einziger Arbeitsplatz gesichert, kein neuer geschaffen.

Die schwierigste Tarifrunde ist immer die bevorstehende. Aber auch diese wird mit einem Kompromiß enden. Er wird und muß deutlich machen, daß vor allem die Tarifpartner die Verantwortung für Arbeitsplätze haben. Die Arbeitsbesitzer wie auch die Arbeitslosen hoffen darauf, daß beide Tarifpartner ihre Verantwortung wahrnehmen.

Probe auf die Verfassung

Von Hans-Erich Bilges

Die Anklage im Flick-Zusammenhang wird Auftakt zu einer in der Bundesrepublik beispiellos juristischen Auseinandersetzung sein. Es wird erwartet, daß die Bundesregierung wegen dieses Verfahrens das Bundesverfassungsgericht anruft, denn, so Bundeskanzler Kohl: „Die Vorverurteilungen lassen zweifeln, ob ein unabhängiges und unbeeinflußtes Verfahren möglich ist." Damit spielte er erkennbar vor allem auf Veröffentlichungen in hinlänglich bekannten Hamburger Blättern an. In der Tat ist eine grundsätzliche juristische Auseinandersetzung über die Frage der Vorverurteilung zwingend geboten.

Die Kampagne hat die Betroffenen derart ins Zwielicht gezogen, daß ein objektives Verfahren nach menschlichem Ermessen nicht mehr möglich ist. Da wurden Aussagen von Entlastungszeugen verfälscht oder aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben; es wurde aus Ermittlungsergebnissen berichtet, die die Beschuldigten nicht kannten. Da wurden den Verteidigern Rechtsgespräche mit der Staatsanwaltschaft verweigert, obwohl die StPO dies ausdrücklich zuläßt. Da wurden große Teile der Ermittlungsergebnisse erst eine Woche vor Abschluß der Ermittlungen den Verteidigern zugestellt. Nach bisherigem Kenntnisstand wurde in keinem Fall ein zwingender Schuldbeweis erbracht, sondern nur ein Konglomerat von Verdächtigungen – was ja auch die Agitation vor Anklageerhebung samt offener Spekulation auf Rücktritte und Zusammenbruch der Koalition erklärt.

In den USA gibt es Entscheidungen, daß Strafverfahren selbst wegen schwerer Delikte nicht stattfinden können, wenn durch Vorveröffentlichungen ein solches Klima entstanden ist, daß der Betroffene nicht mit einem unbeeinflußten Urteil rechnen kann. Aber selbst in den USA kennt man kaum den Fall, daß – wie in Düsseldorf nachgewiesen – die Justizbehörde selber durch Indiskretionen die Stimmung schürt. Hier geht es um das Rechtsstaatsprinzip unserer Verfassung.

Die armen Zensoren

Von Manfred Neuber

Die Unesco hat ihre Pariser Jahrestagung noch einmal überlebt. Aber sie hat dank der Standfestigkeit des Westens im Streit über das neue Budget die schlimmsten Auswüchse einer „Neuen Weltordnung für die Medien" kupiert.

Während andere internationale Organisationen – auch die UNO selber – sparsamer wirtschaften müssen, wollte die Unesco im nächsten Jahr satte sechs Prozent zulegen. Die Mehrheit der 161 Mitgliedstaaten, die kaum etwas zahlen, glaubte wie immer den reichen Ländern in die Tasche greifen zu dürfen.

Doch diesmal gebot ihnen der Westen entschlossen Einhalt. Die USA, die ein Viertel des Unesco-Etats bestreiten, drohten mit ihrem Auszug aus der Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft, falls die Dritte Welt zu amerikanischen Lasten das Budget aufblähen würde. Diese Warnung wirkte.

Wie Washington plädierte auch Bonn dafür, keine Erhöhung zu beschließen. Die Skandinavier schalteten sich dann als Vermittler zwischen Nord und Süd ein, als die Null-Lösung keine Aussicht hatte, und sie erreichten einen Kompromiß bei drei Prozent Zunahme des Unesco-Haushalts. Nur die USA stimmten schließlich dagegen.

Schwerer als der Teilerfolg im Finanziellen wiegt jedoch, daß etliche Zusatzanträge der Sowjetunion zur „Neuen Medien-Ordnung" daraufhin vom Tisch verschwanden. Eine genügende Anzahl von Entwicklungsländern kam zu der Einsicht, daß eine Gängelung der Presse nach östlichem Muster in diesem Kreis nicht mehr durchzusetzen ist.

Im Zeitalter der Nachrichten-Satelliten muten manche Vorstellungen der Machthaber in Entwicklungsländern von „positiver Berichterstattung" und „objektivem Journalismus" wie ein Rückfall in Zeiten an, wie sie Evelyn Waugh in den dreißiger Jahren in ihrer Afrika-Novelle „Scoop" beschrieb. Heute besteht die Schizophrenie der Informationspolitik in vielen jungen Staaten darin, daß sie begierig darauf drängen, im globalen Nachrichtenfluß gebührend zur Kenntnis genommen zu werden, daß sie aber jeden kritischen Bericht als Majestätsbeleidigung behandeln. Der Westen hat nicht den geringsten Grund, die Wünsche von Despoten als „Verlangen der Dritten Welt", geschweige denn als neues Medienrecht zu akzeptieren.



„Also, Mr. Nitze, wir bleiben bei unseren 140 Borschtsch-Küchen – dafür verzichten Sie auf alle McDonalds-Restaurants in Europa!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Kennedy-Legende

Von Thomas Kielinger

Es ist schwer, den Mann und die Legende zu trennen. John F. Kennedy wirkt wie die Reliquie der großen Verheißungen, mit denen die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts anhoben. Als die Schüsse am 22. November 1963 diesen Traum zerrissen, fühlten sich viele Zeitgenossen betrogen. In Amerika zumal wirkte der Tod Kennedys wie eine geheime Einladung zum Ausflippen: Die sechziger Jahre begannen jetzt erst richtig; aber mit Gewalt, Rassenunruhen, Mordserien – Malcolm X, Martin Luther King, Robert Kennedy –, der nationalen Malaise mit dem Vietnam-Debakel.

Wieviel davon wäre den Vereinigten Staaten erspart geblieben, hätte John F. Kennedy nicht den gewaltsamen Tod gefunden? Die kritische Betrachtung kommt zu dem Schluß: Nicht viel. Dies zumindest haben die zwanzig Jahre Abstand seit dem Tag von Dallas erbracht: Niemand mehr ist noch versucht, die tausend Tage Kennedy zu glorifizieren. Wir sehen heute in diesem Präsidenten nicht so sehr das Symbol eines politischen Neuanfangs als die jugendliche Fortsetzung überkommener Konzepte der fünfziger Jahre, wie immer auch die Zeitgenossen sich von Glanz und Jugend Kennedys blenden ließen und einen neuen Aufbruch erwarteten.

Jedoch: Es war Kennedy, der „jeden Preis" zu zahlen versprach, den der Kampf „um das Überleben und den Sieg der Freiheit" erfordern würde. Es war Kennedy, der energisch ein Raketen-Aufrüstungsprogramm vorantrieb; es war Kennedy, der die ersten 16 000 Mann US-Soldaten nach Vietnam entsandte. Die demokratische Partei war traditionell der Hort interventionistischer Konzepte zur Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit weltweit. Erst seit Vietnam nagt an dieser Partei der Zweifel.

Mit den Mitteln heutiger liberaler Erkenntnis läßt sich mithin nicht verklären, wie ja auch in der Innenpolitik Kennedy kein König Artus war, mag seine kurze Amtszeit auch mit dem Sagen-glanz von „Camelot" umwoben worden sein – einem Talmiglanz auch insofern, als der Bezugsstoff „Camelot" ein Musical war. Der Bürgerrechtsbewegung stand er nicht führend, sondern reagierend gegenüber. Die Proteste der „Freedom Riders" ärgerten ihn ungemein, so am Vorabend seiner Reise zum Gipfeltreffen mit Chruschtschow in Wien, als er sich eine einige, geschlossene Nation zur Verabschiedung wünschte. Erst der Aufmarsch der Hunderttausende in Washington im August 1963 stimmte ihn um.

Hat es in der Moderne einen Präsidenten gegeben, dessen erste neun Monate im Amt dermaßen nahe am Desaster entlangschlitterten wie Kennedy? In rascher Folge erlebte er in Kuba (die durch sein Versagen kläglich mißlungene Invasion in der Schweinebucht. April 1961), in Wien (sein Versagen bei der Konfrontation mit Chruschtschow, Juni 1961), und Berlin (Bau der Mauer, August 1961) ein Spießrutenlaufen der Ohnmacht und der Fehlkalkulationen. Sich nach der Schweinebucht-Blamage so rasch mit dem Kreml-Boß zu einem Gipfelgespräch zu treffen, hielten schon die Zeitgenossen für einen kapitalen Fehler. Chruschtschow nahm aus Wien den Eindruck nach Hause, es mit einem unsicheren und leicht einzuschüchternden Kantonisten zu tun zu haben. Es gilt als ausgemacht, daß nach dem Mauerbau das Kuba-Abenteuer der Sowjets im Oktober 1962 die letzte Schlußfolgerung aus dieser frühen Begegnung mit Kennedy gewesen ist. Zum unverwelkten Ruhm des jungen Präsidenten gehört, wie er diesen Fehlschluß Moskaus in den dreizehn Tagen des Oktober 1962 durch unbeirrbare Festigkeit zu korrigieren wußte.



Fehlschluß und Festigkeit: Kennedy bei der Kuba-Krise 1962
FOTO: KEYSTONE

Aber auch die Raketen-Krise vom Oktober 1962 trägt ihr Janus-Gesicht. Der beeindruckenden Festigkeit während der Krise selber steht ein unbegreifliches Sich-Gehen-Lassen danach gegenüber, eine geradezu erschreckend naive Auffassung dessen, was für Lehren der Kreml wohl aus der Affäre ziehen würde. Theodore Sorensen, Kennedys Intimus, verriet es uns bereits in seinen 1964 erschienenen Memoiren: Moskau, schrieb Sorensen, habe sich entschieden, „den Versuch, das Wettrüsten zu gewinnen, aufzugeben"; es werde sich, kurzum, „mit strategischer Inferiorität abfinden". Und Robert McNamara, Kennedys (und Johnsons) Verteidigungsminister, sagte noch 1965 einem Interviewer: „Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Sowjets eine nukleare strategische Kapazität von der Größe der unseren zu entwickeln trachten ... Sie haben nicht vor, sich da mit uns zu messen."

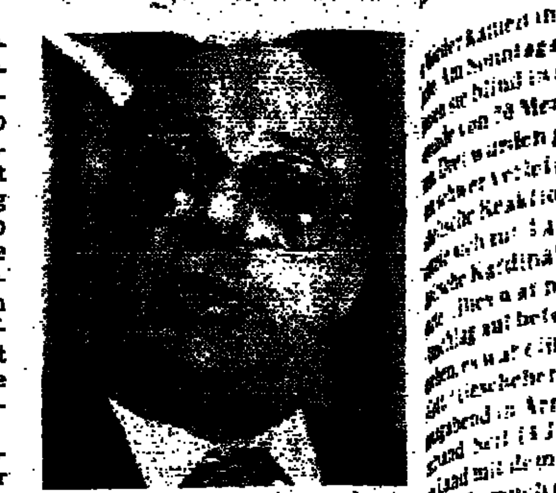
Es war ein Erbe der Kennedy-Amtszeit, daß die Johnson-Administration Mitte der sechziger Jahre die amerikanischen strategischen Systeme auf ihrem damaligen Zahlen- und Modellstand einzufrieren beschloß. Man muß dies im Auge behalten, wenn man die ersten Schritte in Richtung Abrüstung, die John F. Kennedy mit dem Teststoppabkommen einleitete, bewerten will.

Jener Tag in Dallas, vor zwanzig Jahren, liegt weiter wie ein Schatten auf unserer Erinnerung. Aber in der Geschichte waltet, wie C. J. Burckhardt schrieb, das „Gesetz der Kompensation". Eine strahlende Erscheinung, die in vielen Herzen Mut und Inspiration entfachte, wurde hinweggerissen. Die Welt freilich lernte, auf bittere Weise, an Scharfblick und Realismus hinzu. Dem Charisma kommt in der Politik noch immer eine wichtige Rolle zu. Doch liegt zwischen Aufbruch und Illusion nur ein Schritt.

IM GESPRÄCH Rauf Denktasch

Endlich Präsident

Von Evangelos Antonaros



Charmant, zynisch und ein guter Ausbooter: Denktasch

„Mein Ziel ist es gewesen, die Würde der Türken Zyperns wiederherzustellen. Wir wollten keine Touristen mehr in unserem Land sein." So begründete Rauf Denktasch, Volksgruppenführer der Inseltürken seit 1973, die Unabhängigkeitserklärung vom vergangenen Dienstag. Doch so edle Motive der bald sechzigjährige Türkenführer auch in den Vordergrund schieben mag – wer Denktasch gut kennt und seine politische Laufbahn verfolgt hat, kann den Verdacht nicht loswerden, daß persönliche Überlegungen ebenfalls stark ins Gewicht gefallen sind.

„Denktasch hat seinen Lebenstraum erfüllt. Er ist Präsident einer Republik geworden", kommentierte ein westlicher Diplomat in Nikosia. Ganz gewiß: dieses Ziel hat der kahlköpfige, rundliche Mann mit der fleischigen Nase und dem Doppelkinn, der mal erschreckend zynisch, mal bezaubernd liebenswürdig sein kann, seit gut zwanzig Jahren angesteuert.

Das politische Metier hat Denktasch von der Pike auf gelernt: Nach einem Jura-Studium an Londons Lincoln's Inn wurde der damals 25jährige 1949 zum engsten Berater des damaligen Volksgruppenführers Fazil Kücük, der die Karriere des hart arbeitenden Jung-Anwalts förderte.

Als Anfang der sechziger Jahre, also nur ein paar Jahre nach der Ausrufung der Inselrepublik, die Spannungen zwischen Griechen und Türken einen Höhepunkt erreichten, ging Denktasch nach New York, um vor der UNO-Vollversammlung zu sprechen. Daraufhin wurde ihm die Wiedereinreise nach Zypern verweigert. Trotz mehrerer Rückkehrversuche mußte er bis 1968 im türkischen Exil bleiben.

1973 gelang Denktasch der erste Schritt zur absoluten Macht: Er verdrängte seinen Mentor Kücük und ließ sich zum Vizepräsidenten der Republik Zypern wählen, ein Amt, das laut Verfassung einem Inseltürken zusteht. Ein Jahr später besetzten die türkischen Invasionstruppen den Inselnorden. Im Februar 1975 avancierte Denktasch zum Präsidenten des „Türkischen Föderativstaates von Kibris" (Zypern).

Denktasch, der aus seiner konservativ-nationalistischer Überzeugung keinen Hehl macht, hatte seinerzeit besonders enge Beziehungen zum früheren konservativen Ministerpräsidenten der Türkei, Suleyman Demirel, kultiviert. Diese Querverbindungen machten ihn verdächtig in den Augen des türkischen Militärs, das zweimal gegen Demirel geputscht hat. Ankaras Machthaber zeigten denn auch ihren Unmut, als Denktasch seine Teilrepublik ausrief.

Aber mit seinem Alleingang hat er zwei Ziele erreicht. Einmal stieg seine angeschlagene Popularität unter den Türken auf der Insel. Erst vor einigen Monaten hatte es schlecht um ihn ausgesehen, weil viele Landsleute seinen autoritären Regierungsstil nicht mögen. Zum anderen könnte keine türkische Regierung es sich jetzt noch leisten, Denktaschs Autorität in Frage zu stellen. Die wahlpolitischen Scherben wiegen demgegenüber nicht allzu schwer – nicht für ihn, jedenfalls.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Abkehr der SPD vom Nachrüstungsbeschluß, den ihr eigener Kanzler, Helmut Schmidt, betrieben hatte, beherrscht die Aufmerksamkeit der Weltpresse:

LE MATIN

Diese Wende, die die Aufgabe der atlantischen Familie durch eine große europäische Oppositionspartei bedeutet, wird von den Grünen wie das Auftreten einer Todesgefahr empfunden ... Da die SPD bereits gegen die Pershing ist, müssen die Grünen jetzt natürlich einen bedingungslosen Rückzug der Bundesrepublik aus der NATO fordern. Zwischen Sozialdemokraten und Grünen hat die Zeit des Sichüberbietens begonnen. **(Paris)**

DIE PRESSE

Was die SPD mit dem Godesberger Programm begann, hat sie nun mit ihrem Kölner Beschluß beendet. Sie ist ins deutsche Abseits gegangen, gedrängt von einer Welle aus Emotion, Angst, aber auch Berechnung. Der Rechenmeister Willy Brandt, gealtert, geliftet, politisch begierig nach dritter Jugend, hat die Rechnung aber ohne die Lafontaine, Eppler und alle die Irrlichter im deutschen Urwald von heute gemacht. **(Wien)**

TAGESANZEIGER

Entscheidend für das Nein der früheren Jasager war ... der Druck von der Basis. In nur zwei Jahren ist ein enges Beziehungsgeflecht zwischen Sozialdemokratie und Friedensbewegung entstanden, das von der Parteispitze – demonstrativ – erst mit der Teilnahme des Parteivorsitzenden Willy Brandt an der Bonner Friedenskundgebung nachvollzogen worden ist. Das Nein von Köln ist damit der vielleicht größte politische Erfolg der in Zehntausenden von Bürgerinitiativen organisierten Friedensbewegung. Nun also gilt die neue „Beschlußlage": Ihre offenkundige Schwäche liegt darin, daß das Nein trotz Vogels und Bahrs Anstrengungen nur schillernd begründet worden ist. Die Parteiführung ist jeder echten Diskussion der Gründe mit leidenschaftlicher Akribie ausgewichen. Wenn man aber genau hinhörte, erkannte man, daß die Fronten in der Partei nach wie vor gleich verlaufen wie seit Jahren, nämlich entlang dem Ja oder Nein zur Doktrin der nuklearen Abschreckung. So gesehen, sollte man, was die künftige sozialdemokratische Richtung anbelangt, das Nein von Köln nicht überschätzen: Die SPD ist seit Samstag genausowenig „linke Protestpartei" wie sie zu Regierungszeiten jemals „Raketenpartei" war. **(Zürich)**

THE GUARDIAN

Indem sie sich so entschieden von ihrem letzten Kanzler absetzten, haben die Sozialdemokraten anscheinend wie viele andere Parteien nichts anderes getan, als sich nach dem Verlust der Regierungsgewalt der neuen Situation anzupassen. Für den langen Abschied von Helmut Schmidt gibt es jedoch wenig Parallelen in der Geschichte der neuzeitlichen Politik. Er stand neunzig Minuten lang einer Wand der Ablehnung gegenüber und hielt eine außerordentlich ausgeglichene Rede. Dies war ein Vortrag, eine Geschichtslektion, eine Rechtfertigung und eine Art letzten Testaments eines Parteipolitikers ... Einer Oppositionspartei ist es selten möglich, in die Geschichte einzugehen, doch bei dieser Gelegenheit scheint es gelungen zu sein. **(London)**

Nach der Stationierung: Das Gespräch geht weiter

Moskau tendiert jetzt zu erweiterten START- oder zu Fünfergesprächen / Von Herbert Kremp

Ein Spiel ist aus – ein neues beginnt. *Die Sowjetunion hat* eine strategische Niederlage erlitten. Sie hatte durch eine forcierte Rüstungspolitik, die Breschnew hinter dem Schleier der Entspannung und aufgrund der Schwäche westlicher Regierungen betreiben konnte, ihre zwei Hauptziele zu erreichen versucht:

1. Lockerung oder Lösung des europäisch-amerikanischen Bündniszusammenhangs.
2. Verhinderung einer engen politischen Kooperation der westeuropäischen Staaten, vor allem in der Verteidigungspolitik.

Für Breschnew bot sich der „Eckstein" Bundesrepublik Deutschland an, um diese Ziele erreichen zu können. Der sowjetische Führer erkannte seit seinem Aufstieg zum Generalsekretär der KPdSU 1964 mit bewunderungswürdig scharfem Blick, daß unter den Deutschen im Westen des Landes ein Prozeß der moralischen Labilität und politischen Irritation in Gang kommen werde, der auf dem Zustand des westlichen Bündnisses insgesamt und auf dem Zustand des durch die Berliner Mauer noch tiefer gespaltenen Deutschland beruhe. Es komme nur darauf an, die „Reife" des Prozesses abzuwarten, um die Weltmachtstellung der Sowjetunion in Europa endgültig zu sichern.

Die Kombination aus Entspannungspolitik und Rüstung bot sich dabei als ein Hebel an, der seit 1969, mit Beginn der sozial-liberalen Koalition, in Bonn erfolgversprechende Ansätze fand. Die SS 20 mit ihrer Reichweite bis zur Schnittstelle des westlichen Bündnisses wurde sicher nicht der Deutschen wegen erfunden. Sie eignete sich jedoch hervorragend für eine hegemoniale Drohgebärde, unter deren Eindruck in der Bundesrepublik zwei Kräfte gegeneinander zum Kampf antreten würden: Der Verteidigungswille mit der Folge westlicher Nachrüstung und der Wille zum „Aussteigen" mit der Folge, die sowjetische Vorherrschaft hinzunehmen und schließlich anzuerkennen.

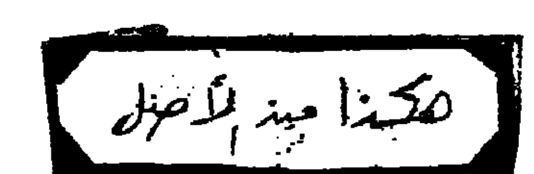
Man muß dem durchaus geschichtswürdigen Machtpolitiker Breschnew zugute halten, daß er die Grundkonstellation des Kampfes richtig vorausgesehen hat. Die Voraussage jedoch, daß in der Bundesrepublik der Wille zum „Aussteigen", zur Verweigerung der westlichen Nachrüstung, obsiegen werde, erwies sich als eine der schwersten *Fehlkalkulationen* sowjetischer Politik. Es wird nachgerüstet – die Entscheidung ist gefallen. Die Verantwortung für den nachgerade epochalen Fehler hat Juri Andropow zu tragen, denn Breschnew ist tot. Aus diesem Grunde herrscht in Moskau Machtkampf.

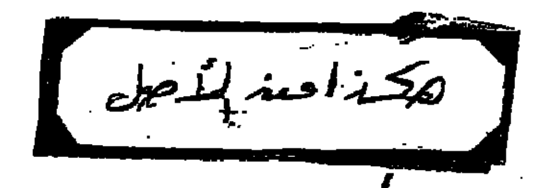
Die sowjetische Politik hat den deutschen „Sicherheitspartner" verloren, mit dessen Hilfe sie die Konsolidierung ihrer Hegemonie in Europa und die Isolierung der USA von Europa am leichtesten hätte erreichen können. Es ist ihr zwar gelungen, die große Koalition der deutschen Parteien in der Außen- und Sicherheitspolitik, die seit Wehners Wende zum Westen in der Bundestagsrede 1960 bestand, aufzusprengen. Aber die Sozialdemokraten sind keine konstitutive, sondern seit dem Ende Schmidts eine in Flucht- und Schwimmbewegungen versetzte Kraft. Die Auseinandersetzung mit dem früheren Bundeskanzler spaltet die SPD nicht arithmetisch, aber geistig. Sie ist für die Sowjetunion nichts mehr wert.

In der Sowjetunion gibt es zwei gegenläufige Tendenzen, die – typisch für totalitäre Systeme – *Machtkampf produzieren: Der in* der Breschnewzeit gestärkte militärisch-industrielle Komplex will das Scheitern des Hegemonialplanes, durch eigene gewaltige Vorrüstung die Nachrüstung der anderen Seite zu verhindern, nicht hinnehmen. Dies führt zu Auftritten der Militärs im Kreml und zu ungewöhnlichen Vorführungen in der Öffentlichkeit, wie es Politbüro-Mitglied Verteidigungsminister Ustinow, stets begleitet von ZK-Mitglied Marschall Ogarkow, zum wiederholten Male praktizieren. Sie fordern den Abbruch der Verhandlungen und den Anfang einer „Eiszeit".

Der politischen Logik folgt aber eine andere Gruppierung, die nach dem Verlust des deutschen „Sicherheitspartners" einen neuen europäischen Vermittler sucht, der die nachrüstenden Amerikaner auf dem Kontinent nicht zu stark werden ließe und womöglich auch dazu gebracht werden könnte, durch die Übernahme eben jener Vermittlerrolle sich selbst an der Konzeption einer eigenständigeren europäischen Verteidigungspolitik zu hindern. Dafür bietet sich nach dem politischen Adam Riese nur noch Frankreich an, dessen Staatspräsident Mitterrand am 16. November im Fernsehen erklärt hatte, Frankreich könne beim künftigen Dialog mit Moskau „eine entscheidende Rolle spielen": „Was es vor allem will, ist, daß die Verhandlungen wiederaufgenommen werden können ... Wir sind niemandes Feind, und ich rechne wohl damit, in der nützlichsten Form zu intervenieren, die meinem Konzept entspricht. Das wird zu dem Moment sein, da es mir notwendig erscheint."

Die Sowjets umwerben Mitterrand seit Wochen, da sie die Raketen-Verhandlungen nicht beenden werden, nur weil in Genf ihre Blütenträume nicht reiften. Die Fortsetzung könnte in der Form kombinierter Verhandlungen über INF (Mittelstreckenwaffen) und START (strategische Waffen) bestehen, oder in der Einberufung einer Konferenz der fünf angemeldeten Atommächte USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien, China. Diese Konferenz würde Mitterrand sehr ehren. Moskau würde dort versuchen, seine alten Ziele mit neuen Mitteln zu erreichen. Das ändert aber nichts am Scheitern seiner Politik in Deutschland.





Nordirland – der Hinterhof Europas wird vergessen

Die Mörder kamen in die Kirche. Am Sonntagabend schossen sie blind in eine Gemeinde von 70 Menschen hinein. Drei wurden getötet, sieben schwer verletzt. Eine „katholische Reaktionstruppe" bekannte sich zur Tat. Der katholische Kardinal O'Fieich erklärte: „Dies war nicht nur ein Anschlag auf betende Menschen, es war ein Anschlag auf Gott." Geschehen am Sonntagabend in Armagh in Nordirland. Seit 14 Jahren lebt dieses Land mit dem Terror. Dies ist der Versuch einer Bilanz.

Von FRITZ WIRTH

Die Nachrichten kommen mit stereotyper, kalter Regelmäßigkeit nahezu täglich aus dem „Hinterhof" Europas: „In der letzten Nacht kamen bei einem Anschlag auf betende Menschen in Nordirland drei Menschen ums Leben." Kaum noch ein Wort über die Motive der Täter, kaum noch ein Gedanke über Schuld oder Unschuld der Opfer. Der ferne europäische Bürger hört, verdrängt und vergißt. Der Terror in Nordirland hat ein Hornhaut-Stadium erreicht. Nachrichten aus diesem Land setzen kaum noch Gedanken und Gefühle in Bewegung. Die Stereotypie des Terrors hat stumpf, ja gleichgültig gemacht.

Vor drei Wochen versuchte das „irische Forum" in Dublin, diese Gleichgültigkeit mit der versammelten Wucht von Statistiken aufzubrechen. Die Veröffentlichungen blieben wirkungslos. Sie platzten in eine Zeit hinein, da das ferne Grenada den Europäern näher lag als Nordirland.

Das Dokument ist die Bilanz des Terrors der letzten 13 Jahre (von 1969 bis 1982) in Nordirland. Diese Bilanz belegt: Es gibt kein Land in Westeuropa, das nach dem Kriege stärker von inneren Unruhen zerrissen worden ist und dafür einen höheren Preis zahlte als Nordirland.

2304 Menschen sind in diesen 13 Jahren in Nordirland gewaltsam getötet worden. Um diese Zahl in der richtigen Perspektive zu sehen: Nordirland hat 1,5 Millionen Einwohner. Auf die Einwohnerzahl Großbritanniens übertragen, würde das eine *Gesamtzahl von 81 000 Toten* ergeben, wenn der Terror Ulsters mit gleicher Wucht auf der britischen Insel tobte. Auf die Einwohnerzahl der Europäischen Gemeinschaft projiziert, würde dies einer Zahl von rund 400 000 Todesopfern entsprechen. Das ist die relative Dimension des Terrors in Nordirland. Auf die Bundesrepublik projiziert, würde es bedeuten, daß seit 13 Jahren jährlich über 6000 Menschen Opfer des Terrors werden.

773 tote Katholiken und 495 tote Protestanten

Von diesen 2304 Toten waren 1297 Zivilisten und 980 Mitglieder von Sicherheitsstreitkräften (Polizisten und Soldaten). 773 dieser getöteten Zivilisten waren Katholiken, 495 Protestanten (die restlichen 29 getöteten Zivilisten waren keine Bürger Nordirlands). Bei dieser Aufschlüsselung nach Konfessionen ist zu berücksichtigen, daß die Katholiken in Nordirland nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.

Dieser Terror hat seit 1972 auf den Süden Irlands und auf Großbritannien übergegriffen. In diesen zehn Jahren sind in der Republik Irland 45 Zivilisten und acht Polizisten Opfer des nordirischen Terrors geworden. In Großbritannien wurden im gleichen Zeitraum 72 Zivilisten durch Anschläge nordirischer Terroristen umgebracht. Insgesamt sind im Nordirland-Konflikt außerdem bisher 370 britische Soldaten getötet worden, wesentlich mehr also als während des Falkland-Krieges. Zu den prominentesten Opfern dieses Terrors gehörten Lord Mountbatten und der politische Berater Margaret Thatchers, Airey Neave.

Die schlimmsten Terrorjahre seit 1969 waren die Jahre 1972 (mit insgesamt 474 Toten) und 1976 (296 Tote). In den letzten sechs Jahren haben die nordirischen Terroristen ihre Anschläge stärker als sonst auf die Sicherheitsstreitkräfte konzentriert. Während 1976 noch 221 der insgesamt 296 Toten Zivilisten waren, hat sich die Zahl der zivilen Opfer inzwischen auf jährlich durchschnittlich 40 reduziert.

Flucht der Bevölkerung durch den Terror

„Hauptstädte" des Terrors waren in diesem Zeitraum Belfast (980 Tote), Londonderry (127), Lurgan (28) und Armagh (21). Die Folge dieses Stadt-Terrors: Nordirland erlebte in den letzten 13 Jahren die größte Bevölkerungsflucht, die in irgendeinem westeuropäischen Land verzeichnet wurde. Allein aus Belfast flohen in diesem Zeitraum 60 000 Bürger. Über 5000 Jugendliche verlassen jährlich Nordirland, um außerhalb des Landes und fern vom Terror eine bessere Berufsausbildung zu suchen. Über die Hälfte von ihnen kehrt nicht wieder zurück. Die Mehrheit dieser Jugendlichen war fünf Jahre alt, als die Unruhen in Nordirland begannen. Das heißt: Sie haben bewußt niemals ein Leben ohne Terror, ohne Angst und Einschüchterung kennengelernt.

„Es gibt", so stellt der Bericht fest, „kaum noch eine Familie in Nordirland, die nicht direkt oder indirekt vom Terror getroffen wurde." Insgesamt 43 000 Bombenanschläge, Schießereien und Brandstiftungen *wurden in den letzten 13 Jahren* in Nordirland registriert. Außer den 2304 Toten wurden dabei insgesamt 24 000 Menschen verletzt, viele von ihnen so schwer, daß sie für den Rest ihres Lebens arbeitsunfähig wurden.

Es kennzeichnet das Klima des Mißtrauens und der Furcht, daß in den letzten 13 Jahren jedes dritte Haus in Nordirland von der Polizei durchsucht worden ist. Der Höhepunkt wurde im Jahre 1973 erreicht, als 75 000 Häuser (das sind ein Fünftel aller Häuser in Ulster) polizeilich durchsucht wurden. Das ist der Alltag des Terrors, der selten die Schlagzeilen erreicht.

Die einzige „Wachstumsindustrie" der letzten 13 Jahre in diesem geschlagenen Land: der Strafvollzug. Im Jahre 1967 saßen in Nordirland 686 Gefangene hinter Gittern, heute sind es 2443, jene 17 Terroristen nicht mitgerechnet, die sich vor vier Wochen mit Gewalt aus dem Maze-Gefängnis in Belfast befreiten. Mit 164 Häftlingen pro 100 000 Einwohnern hat Nordirland heute die bei weitem höchste Verbrechensrate in Westeuropa. In Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik kommen auf 100 000 Einwohner zwischen 85 und 95 Strafgefangene.

Insgesamt wurden zwischen 1970 und 1981 in Ulster 25 483 Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt, 24 Prozent von ihnen im Zusammenhang mit Terrorakten. Das ergibt etwa 6000 wegen Terroraktionen verhaftete Bürger. Darin sind nicht jene 4000 eingeschlossen, die in diesem Zeitraum ohne Gerichtsverfahren vorübergehend interniert wurden.

423 der gegenwärtig 2443 einsitzenden Strafgefangenen verbüßen lebenslängliche Haft. Die zweifellos bedrückendste Zahl dieser Gefangenenstatistik: 66 von ihnen waren noch keine 18 Jahre alt, als sie zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden. 230 der „Lebenslänglichen" verbüßen ihre Haftstrafen im berüchtigten „H-Block" des Maze-Gefängnisses. 830 Gefangene sitzen zur Stunde in diesem Maze-Gefängnis ein, und 730 von ihnen verbüßen Haftstrafen von mehr als vier Jahren.

Das ist die menschliche – oder wenn man will – unmenschliche Bilanz der nordirischen Tragödie. Sie hat nicht nur die jahrhundertealte Kluft zwischen Protestanten und Katholiken noch weiter aufgerissen, sie hat Spuren in fast jeder Familie hinterlassen. Vor allem aber: Sie hat die jungen Menschen dieses Landes härter getroffen als alle anderen Bevölkerungsschichten. Hier ist eine Jugend ohne Hoffnung, voller Haß und Zynismus aufgewachsen, eine Bürgerkriegsjugend, der noch keine Chance gegeben wurde, ein normales Leben zu führen.

Gegenüber dieser menschlichen Tragödie ist der materielle Schaden dieses Konflikts relativ irrelevant, aber dennoch deprimierend. Insgesamt hat der Nordirland-Konflikt den britischen Steuerzahler in den letzten 13 Jahren 11,06 Milliarden Pfund gekostet, das sind umgerechnet rund 45 Milliarden D-Mark. Diese Kosten enthalten 4,2 Milliarden Pfund für die Stationierung der britischen Soldaten in Ulster und für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und über eine Milliarde Pfund an Kompensationszahlungen für die Opfer dieses Konflikts.

Auch die Wirtschaft blieb auf der Strecke

Auf der Strecke geblieben ist eine einst blühende Schiffsbau- und Textilindustrie. Tourismus zum Norden Irlands, der in diesen 13 Jahren mindestens eine Milliarde Pfund Gewinn eingebracht hätte, findet praktisch nicht mehr statt. In Londonderry, Belfast und Lurgan ist die Arbeitslosigkeit heute dreimal so hoch wie in London.

Dies ist ein gezeichnetes Land. Niemand behauptet, daß es leichte und schnelle Lösungen gibt, die Konflikte, die Nordirland zerreißen, zu überwinden. Diese Einsicht ist gewiß schmerzhaft. Viel schmerzhafter aber ist das Gefühl dieser Bürger, irgendwie allein gelassen zu sein und auf eine Wand der Gleichgültigkeit und des Desinteresses zu stoßen. Es würde schon helfen, bei der täglichen Routinemeldung über Tote und Opfer dieses Konflikts sich daran zu erinnern: Dies ist kein fernes Land, dies sind Mitbürger einer Europäischen Gemeinschaft, die so gern stolz auf das Wohlergehen ihrer Bürger ist und doch zugleich so vergeßlich sein kann.



Zum Auftakt der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl eine Demonstration der Grünen: Fotos aus dem Vietnamkrieg sollen warnen. FOTO: DPA

Verkehrte Schlachtordnung

Helmut Kohl erhielt so viel Beifall wie nie zuvor. Hans-Jochen Vogel lieferte ein Rückzugsgefecht. Am peinlichsten war das ganze für Helmut Schmidt. Denn seine eigene Partei kehrte in dieser Bundestagsdebatte dem von ihm miterfundenen NATO-Doppelbeschluß den Rücken.

Von BERNT CONRAD

Als Bundeskanzler Helmut Kohl gestern morgen um 9.00 Uhr an das Rednerpult des Bundestages trat, spürte jeder im überfüllten Plenarsaal: Hier begann ein Kampf mit verkehrter Schlachtordnung. Denn Kohl und seine CDU/CSU-FDP-Koalition verfochten vehement jene Sicherheitspolitik, die der sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt am 12. Dezember 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluß besiegelt hatte. Für die damalige größte Regierungspartei, die SPD, aber ging es nur noch darum, die am Wochenende durch den Kölner Parteitag vorgezeichnete Abkehr vom Schmidt-Kurs auf vielfältige Weise zu begründen.

Kohl und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher machten dies der SPD so schwer wie möglich. Dabei kam ihnen der schlichte Tatbestand zugute, daß der Bundestag schon zweimal dem NATO-Doppelbeschluß in beiden Teilen einmütig zugestimmt hatte. Das erste Mal war das am 14. Dezember 1979, zwei Tage nach der Beschlußfassung in Brüssel, geschehen. „Ich habe oft an diesen Tag zurückdenken müssen", sagte Genscher gestern, zu den Sozialdemokraten gewandt. Damals hatte er selbst festgestellt: „Das Vereinigte Königreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland haben schon jetzt der Dislozierung auf ihrem Boden, zu der es in drei bis vier Jahren kommen wird, zugestimmt."

Diese unmißverständliche Ankündigung der Nachrüstung war von allen Bundestagsfraktionen, auch der sozialdemokratischen, gebilligt worden. Genschers Kommentar: „Über die Stationierung von Pershing 2 und Marschflugkörpern ist vor vier Jahren entschieden worden. Heute lautet die Frage, ob wir zu der einmal getroffenen Bündnisentscheidung stehen oder nicht." Die Bedrohung durch die ungeheuer angewachsene sowjetische SS-20-Rüstung jedenfalls sei seitdem nur noch größer geworden.

An die zweite Entscheidung des Bundestages erinnerte Kanzler Kohl. Er zitierte die auf Antrag der damaligen Regierung Schmidt am 26. Mai 1981 bei nur fünf Gegenstimmen und sechs Enthaltungen verabschiedete Entschließung, in der es hieß: „Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei der konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des Beschlusses der NATO vom 12. Dezember1979 in seinen beiden Teilen. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang, daß der Westen den Bedarf an Mittelstreckenwaffen der NATO im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird."

Als Kohl dies unter großem Beifall der CDU/CSU und der FDP verlas, schwiegen die Sozialdemokraten verlegen. Helmut Schmidt blätterte – wie schon früher auf der Regierungsbank bei Reden seines Gegenspielers Helmut Kohl – scheinbar geistesabwesend in Zeitungen und Akten. Es war ein bitterer Augenblick im Leben des Mannes, der einst als „Schmidt-Schnauze" seine Gegner abgekanzelt und später als international renommierter „Macher" im Kanzleramt ungebrochenes Selbstbewußtsein demonstriert hatte. Nun mußte er, von der eigenen Partei desavouiert, zuhören, wie sein Nachfolger Kohl feststellen konnte: „Die Bundesregierung setzt die von ihrer Vorgängerin eingeschlagene Richtung fort und steuert den Kurs der Atlantischen Allianz."

Niemals zuvor war der jetzige Bundeskanzler so oft vom Applaus der Union und der Freien Demokraten unterbrochen worden. Aus den Ovationen sprachen Selbstbestätigung und Dank: In der Stunde der Konfrontation und der Entscheidung scharten sich die Abgeordneten beider Koalitionsparteien um den Regierungschef, der nüchterner und gleichzeitig überzeugender denn je die Logik einer kontinuierlichen Verteidigungs- und Abrüstungspolitik darlegte.

Ohne Schnörkel kam Kohl zum Kern der Sache: „Es geht darum, ob sich die Partner in der Solidargemeinschaft des Bündnisses weiter auf die Bundesrepublik Deutschland – und wir auf sie – verlassen können." Da er wußte, was ihm die SPD vorhalten würde, wies der Kanzler auf die deutschen Beiträge für einen Genfer Verhandlungserfolg im engen Verbund der NATO-Konsultationen hin und stellte fest: „Die Sowjetunion verfolgt weiterhin das Ziel, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa grundsätzlich zu verhindern und gleichzeitig ihr Raketenmonopol zu bewahren. Dies bleibt für uns unannehmbar."

Kohls peinigenden Fragen nach den Gründen für den Kurswechsel der SPD setzte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel eine Mischung aus Friedenspredigt und Polemik entgegen. Zwar hielt er noch Reste von Gemeinsamkeit aufrecht, beispielsweise in der Ablehnung des draußen auf der Straße demonstrierten Drucks auf das Parlament, wie überhaupt jeder „Flucht in die Gewaltanwendung". Aber seine Attakken gegen die Reagan-Regierung und Kohls angebliche „vasallenhafte Lehenstreue" gegenüber den Amerikanern zeigten bald, daß hier mit verbaler Härte ein Rückzugsgefecht geliefert wurde.

Dabei bediente sich Vogel wieder des von ihm schon oft benutzten Hilfsmittels, den entscheidenden letzten Satz des NATO-Doppelbeschlusses unvollständig zu zitieren, indem er behauptete: „Es geht um die Entscheidung darüber, ob im Lichte der Ergebnisse der Genfer Verhandlungen – und das heißt ja wohl auch im Lichte ihres bisherigen Verlaufs – mit der Stationierung begonnen werden soll. Ihre Anwort ist ‚ja'. Die Antwort meiner Partei, die Antwort der großen Mehrheit meiner Fraktion ist ‚nein'."

Den unentbehrlichen Hinweis des NATO-Doppelbeschlusses auf „konkrete" Verhandlungsergebnisse, in deren Licht der Nachrüstungsbedarf geprüft werden soll, ließ Vogel weg. Das passierte dem Ko-Autor dieses Beschlusses, Helmut Schmidt, natürlich nicht, als er am Nachmittag das Wort ergriff, um seine „Minderheitsposition" in der SPD zu begründen. Geradezu dankbar klatschten die SPD-Abgeordneten jedesmal Beifall, wenn Schmidt Kritik an seinem Nachfolger Kohl oder den Amerikanern übte.

Doch die eigentliche Aussage des Ex-Kanzlers war unmißverständlich: „Die Bundesregierung muß ihr Wort halten, trotz aller Enttäuschungen. Das politische Gleichgewicht würde völlig gestört, wenn sich die Sowjetunion mit ihrer völlig unprovozierten Vorrüstung durchsetzen würde." Verlegen schwiegen Schmidts SPD-Kollegen. Ihre Argumente gegen die Nachrüstung waren widerlegt.

Wer erhält dem Stern aus Stuttgart seinen Glanz?

Mercedes-Benz, ein Stern unter dem deutschen Wirtschaftshimmel, sucht einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Die Favoriten sitzen im Haus.

Von WERNER NEITZEL

Die Kür eines der wichtigsten deutschen Unternehmensführers, des neuen Vorstandsvorsitzenden der Daimler-Benz AG, steht noch immer aus. Seit dem unerwarteten Tod von Gerhard Prinz sind mehrere Wochen ins Land gegangen, ohne daß der Prozeß der Entscheidungsfindung zu einem sichtbaren Ergebnis gekommen wäre.

Der Blick richtet sich zwangsläufig auf die Deutsche Bank, die mit gut 28 Prozent Kapitalanteil größter Einzelaktionär bei Daimler-Benz ist und mit ihrem Vorstandssprecher Wilfried Guth auch den Aufsichtsratsvorsitzenden des Automobilkonzerns stellt. Es ist an ihm, dem Aufsichtsrat einen überzeugenden Kandidaten zu präsentieren, der sich einer möglichst breiten Zustimmung sicher sein sollte.

Gleich mehrere Namen aus dem Kreise des Daimler-Benz-Vorstandes drängen sich als prädestiniert für jenen obersten Managerposten auf. Es sind dies vor allem der Finanzchef Edzard Reuter und Produktionschef Werner Niefer, die beide schon bei der Nominierung des Nachfolgers für den langjährigen früheren Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzenden Joachim Zahn (gekürt wurde dann Gerhard Prinz) zum Favoritenkreis zählten. Darüber hinaus gilt Entwicklungschef Werner Breitschwerdt neuerdings als potentieller Vorstandsvorsitz-Kandidat an der Gerüchtebörse.

Für den 55jährigen Reuter spricht sein Ruf als exzellenter Finanzfachmann, dessen Auslassungen über finanztechnische Probleme oder aber auch dessen Gedanken zur Unternehmensführung zwischen Wirtschaft und Politik einen großen Widerhall *gefunden haben. Der Sohn des* früheren Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuter, gehört dem Daimler-Benz-Vorstand seit 1976 als ordentliches Mitglied an, war zunächst zuständig für Planung und Organisation und seit 1980 für Finanz- und Betriebswirtschaft. Reuters hohe Qualifikation sollte eigentlich das für die Nominierung möglicherweise hinderliche „Handicap" seiner SPD-Mitgliedschaft in den Hintergrund treten lassen.

Produktionschef Werner Niefer (53), der 1979 schon einmal in der engeren Wahl stand, ist vor seiner Berufung in den Daimler-Benz-Vorstand (1976) als Geschäftsführer der MTU-Gruppe für die gesamte Produktion von Großmotoren und Flugtriebwerken zuständig gewesen. Sein großes Verdienst als Produktionschef bei Daimler-Benz ist, innerhalb der so unterschiedlich gelagerten Sparten einen hervorragend funktionierenden Fertigungsverbund aufzubauen und durch neue Fertigungstechnologien den Produktionsapparat mit hoher Flexibilität auszustatten. Der seit 1977 als Entwicklungschef im Daimler-Benz-Vorstand fungierende Werner Breitschwerdt (56) darf für sich in Anspruch nehmen, eine Modellpalette kreiert zu haben, die an Attraktivität kaum Wünsche offen läßt. Einer der Glanzpunkte ist die Kompaktklasse 190, die sehr erfolgreich ist.



Nach Verleger Axel Springer (links) erhielt Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, als zweiter Deutscher die Ehrendoktorwürde der angesehenen Bar-Ilan-Universität. FOTO: MROTZKOWSKI

„Band zwischen Israel und Diaspora gestärkt“

Ehrendoktorwürde der Bar-Ilan-Universität für Galinski

hrk. Berlin

Bei der Verleihung der Ehrendoktor-Würde der Bar-Ilan-Universität (Tel Aviv) an den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, erinnerte der Präsident dieser Universität, Professor Emanuel Rackmann, an die „Kollektivschuld der Deutschen“. Dieser Begriff existiere in Israel: „Er wird auf Deutschland angewandt, aber für eine Kollektivschuld wird niemand bestraft.“ In seinem Land könne „niemals vergessen werden, welche Schuld die Deutschen auf sich geladen haben“. Rackmann bat um Verständnis, wenn er dies in einer derartigen Feierstunde sage: „Aber sonst wäre ich nicht aufrichtig gewesen.“

Unter den Flaggen Deutschlands und Berlins, die Israels blau-weiße Davidstern-Fahne flankierten, assistierte Verleger Axel Springer bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde. Er war im Sommer 1974 als erster Deutscher überhaupt auf israelischem Boden mit den Insignien eines Doktors „honoris causa“ der Philosophie versehen worden.

In seiner Laudatio sagte Professor Rackmann über Heinz Galinski: „Er ist eine Persönlichkeit mit Organisationstalent und ausgeprägtem Bewußtsein für geschichtliche und jüdische Verantwortung ... Seine Standfestigkeit, sein Wissen um die geschichtlichen Zusammenhänge, seine diplomatischen Fähigkeiten, ja, seine ganze Persönlichkeit ermöglichten es ihm, im Leben der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine zentrale Aufgabe zu übernehmen- ... Heinz Galinski hat früh schon die Wichtigkeit der Entstehung des jüdischen Staates erkannt und war unermüdlich tätig, die Bande zwischen Israel und der Diaspora zu stärken.“

Axel Springer begrüßte seine Gäste „in unserem Verlagshaus an der Berliner Mauer, in dem Verlagshaus, das nicht an der Jerusalemer Straße, sondern auf der Jerusalemer Straße gebaut worden ist. Hier werde ich jeden Tag an mein zweites Vaterland erinnert“.

Axel Springer nannte als Grundsätze der Bar-Ilan-Universität „Gottesfurcht, Nächstenliebe und Gelehrsamkeit. Das sind Eigenschaften, für die jüdische Mitbürger in diesem Lande bekannt und geachtet waren, bis dann die Jahre des Unfaßbaren kamen“. Mit Heinz Galinski werde ein Mann geehrt, „der trotzdem die Kraft fand, nach der Tragödie im freien Deutschland die größte jüdische Gemeinde wieder aufzubauen“. Springer erinnerte an die Worte von Leo Baeck 1945: „Unser Glaube war es, daß deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden könnten. Das war eine Illusion. Die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für allemal vorbei.“ Galinski sei es gewesen, der trotz dieser erschütternden Sätze in Berlin das „Trotzdem sprach und wagte“.

In einem sehr persönlich gehaltenen Glaubensbekenntnis schilderte Galinski in seiner Dankesrede seinen Lebensweg bis zu dieser Stunde: „In diesem Augenblick erinnere ich mich zurück an eine Zeit, da jüdisches Leben zu wertlosem Leben degradiert worden war, eine Zeit, in der ich wie Millionen jüdischer Mitbürger aller Rechte beraubt war, eine Zeit, in der Humanität und Menschenwürde aus dem Ehrenkodex einer Kultur-Nation mit Hilfe von Terror, Gewalt und Folter getilgt wurden.“

Sein Dank für das Wiedererstandene gehe „an die Berliner und alle ihre Regierenden Bürgermeister – von Ernst Reuter über Klaus Schütz bis zu Richard von Weizsäcker“. Galinski forderte die jungen Deutschen auf, „die Geschichte nicht als historischen Ballast zu empfinden, sondern als Maßstab gegenwärtigen Handelns“. Kritische Staatsbürger mit scharfsinnigem Geist und demokratischem Bewußtsein seien die besten Voraussetzungen, „um linken wie rechten Demagogen, radikalen Theorien und versponnenen Ideologien keine Chance einzuräumen“.

Als Repräsentant des Senats hob Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) die fünf Prinzipien hervor, von denen sich Heinz Galinski stets leiten lasse: „Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Versöhnung und Mut“. Er sei „längst Teil des Geschichtsbuches unserer Stadt und darüber hinaus“ geworden. Kunz machte deutlich, daß es seine Generation der Vierzigjährigen „sehr schwer fällt, den Begriff der Kollektivschuld akzeptieren zu können“. Schuld sei für ihn in erster Linie ein „personaler Vorgang“.

Bischof warnt vor falschen Vergleichen

XHK, Stuttgart

Die „Friedensbewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Auffassung des württembergischen evangelischen Landesbischofs Hans von Keler zwar eine „notwendige Problemanzeige, aber keine ausreichende Problemlösung“. Vor der gestern in Stuttgart eröffneten 9. Landessynode erklärte von Keler weiter, auch die „Friedensbewegung“ könne „nicht sicher sein, ob der von ihr vorgeschlagene Weg vor atomaren Katastrophen bewahrt oder gar gegen ihren Willen diese Katastrophen gerade befördert“.

Bischof von Keler unterstrich, daß die politische Analyse zur Friedenssicherung, auch die von der „Friedensbewegung“ erarbeitete, nicht „mit dem Wahrheitsanspruch der Offenbarung Gottes umkleidet und als allein gültig ausgegeben werden“ dürfe.

Für unrichtig und „gefährlich“ zugleich hält von Keler die in jüngster Zeit in Sachen Rüstung vorgebrachten Vergleiche mit der Situation nach 1933 und der Vernichtung der Juden. Ein solcher Vergleich sei „zu wenig geschichtsbezogen“ und zeuge von einer „Selbstüberschätzung“ derjenigen, die solche Assoziationen wachrufen, erklärte von Keler.

Der Landesbischof ging in seinem Vortrag auch auf das Thema Schwangerschaftsabbruch ein. Dabei bezeichnete er die Zahl von mehr als 91 000 amtlich geschätzten Abtreibungen im vergangenen Jahr nicht zuerst als ein materielles, sondern als ein geistiges Problem. Seinen Dank sprach von Keler den Ärzten aus, die im Zusammenhang mit der Abtreibung „wieder von Schuld zu reden wagen“, weil dabei menschliches Leben auf dem Spiel stehe.

Politisches Theater: Der Fall K. oder Die Kunst im Zugriff der Macht

L. SCHMIDT-MÜHLISCH, Düsseldorf

Vor der kalkweißen Wand einer Gefängniszelle steht ein junger Mann und trommelt verzweifelt mit den Fingern gegen den Türrahmen. Der Pianist Karlrobert Kreiten, der mit solchen Übungen seine Finger gelenkig hält, kann nicht glauben, daß der Tod für ihn unausweichlich geworden ist. Daß diese Finger nie wieder über die Tasten eines Klaviers gleiten werden. Daß der nationalsozialistische Staat ihn auserkoren hat, an ihm ein Exempel zu statuieren, die Künstler des Landes wieder in Reih und Glied hinter der Maschinerie des totalen Krieges zu formieren.

Die Szene stammt aus einem Theaterstück, das jetzt unter dem Titel „Der Fall Karlrobert K.“ im Düsseldorfer Dumont-Lindemann-Archiv uraufgeführt wurde. Aber sie ist eben nicht nur Theater. Was der Autor und Chef des Düsseldorfer Theaterarchivs Heinrich Riemenschneider in seinem Stück darstellt, ist vor fast genau 40 Jahren wirklich geschehen: Karlrobert Kreiten, damals 27 Jahre alt, der unbestritten begabteste Pianist seiner Generation, wurde am 3. September 1943 durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 7. September erhängt.

Ohne dramatische Zutaten

Heinrich Riemenschneider hat in seinem Stück auf dramatische Zutaten völlig verzichtet. Was er und sein Regisseur Rolf Doerr auf die Bühne bringen, bedarf solcher Effekte nicht. In Vor- und Rückblenden entsteht ein erschreckendes Bild: das Bild eines Menschen – von Rudolf Knor in allen Abgründen von Angst und Hoffnung noch einmal lebendig gemacht –, der, exemplarisch für seine Generation, nicht nur sein Leben verlor, sondern auch die Wehrlosigkeit von Geist und Kultur in totalitären Machtgefügen bis zur letzten, bittersten Konsequenz erfuhr.

Das Schicksal Karlrobert Kreitens ist unter mehr als einem Aspekt politischer Anschauungs-Unterricht. In Bonn geboren und in Düsseldorf aufgewachsen, galt Kreiten als musikalisches Wunderkind. Mit elf Jahren gab er sein erstes großes Konzert. Als 16jähriger errang er in Wien einen Preis beim „Großen Internationalen Klavier-Wettbewerb“. Im gleichen Jahr zeichnete man ihn in Berlin mit dem Mendelssohn-Preis aus. Claudio Arrau, dessen Meisterschüler er war, sagte über seinen Schützling: „Karlrobert Kreiten war eines der größten Klaviertalente, die mir persönlich begegnet sind.“ Die Musikkritik überschlug sich in Ehrenbezeugungen. Kreiten war einer der angesehensten Künstler der Zeit. Und genau das wurde ihm zum Verhängnis.

Gerade unter den im Lande verbliebenen Intellektuellen wuchs 1943 die Kritik am Nationalsozialismus, vor allem am Krieg. Der Staat brauchte ein Opfer, um diese Opposition zum Schweigen zu bringen – eine Denunziation präsentierte dem Staat das gesuchte Exempel. Kreiten hatte einer Freundin seiner Mutter gegenüber geäußert, daß der Krieg seiner Meinung nach nicht zu gewinnen sei. Besagte Freundin stellte ihm eine Falle: Während zwei weitere Damen an der Tür lauschten, verwickelte sie den Pianisten erneut in ein Gespräch über den Krieg. Das Belastungsmaterial war damit unwiderlegbar. Zwei politische Verhaltensmuster in einer Diktatur: exemplarische Bestrafung und Spitzelgesinnung.

Das politische Verhaltensmuster Nummer 3 hat man in der Düsseldorfer Theaterdokumentation ans Ende gestellt: Auf drei mal vier Meter vergrößert ein Artikel des „12-Uhr-Blattes“ vom 20. 9. 1943 unter dem Titel „Künstler und Vorbild“. Darin heißt es unter anderem: „Wie unnachsichtig jedoch mit einem Künstler verfahren wird, der statt Glauben Zweifel, statt Zuversicht Verleumdung, statt Haltung Verzweiflung stiftet, geht aus einer Meldung der letzten Tage hervor, die von der strengen Bestrafung eines ehrvergessenen Künstlers berichtet.“ Und weiter unten steht dann der Satz: „Gerade Prominenz verpflichtet!)“ Der Kommentar stammt aus der Feder eines heute angesehenen Journalisten, des „Frühschoppen“-Chefs Werner Höfer, zur Zeit jenes Kommentars immerhin schon 30 Jahre alt.

Blanke Sinnlosigkeit

Höfer hat immer bestritten, den Tod Kreitens gerechtfertigt zu haben. Die Kopie des Originals verrät hingegen sogar das Honorar, das der Autor für diese „Standortbestimmung“ des Künstlers als politischer Erfüllungsgehilfe der Macht erhielt: 75 Deutsche Reichsmark. Intellektueller Opportunismus, Feigheit, Verdrängung – auch das gehört, wie die Düsseldorfer Gedenkveranstaltung zeigt – zu den politischen Verhaltensmustern von Zeitgenossen.

Karlrobert Kreitens Hinrichtung war nicht nur Unrecht, sondern auch blanke Sinnlosigkeit. Die Düsseldorfer Veranstaltung ist nicht nur Erinnerung. Sie fragt vor allem nach der politischen Moral, bis in die Gegenwart hinein.

Computer-Export auf Wunsch der USA gestoppt

AFP, Stockholm

Vier geheimnisvolle Container, die nach Angaben der US-Regierung hochentwickelte Computer enthalten und vom sowjetischen Geheimdienst KGB in die UdSSR geschmuggelt werden sollten, werden auf Anweisung der Stockholmer Regierung seit Sonntag im schwedischen Hafen Helsingborg festgehalten. Die Container erreichten Helsingborg in der vergangenen Woche an Bord des schwedischen Frachters „Elgaren“, der bereits in Hamburg auf Anordnung der deutschen Behörden gestoppt worden war. Auf Wunsch der USA waren in Hamburg bereits drei Container an Bord der „Elgaren“ beschlagnahmt worden.

In unterrichteten Kreisen hieß es, die Container enthielten einen von der amerikanischen Firma „Digital Equipment Corp.“ hergestellten Computer „VAX-11/782“, der normalerweise für die Steuerung von Raketen oder das Auffinden von Truppen eingesetzt wird.

Ermittlung gegen Polizeichef

dpa, Hannover

Die Staatsanwaltschaft Hannover hat ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und jetzigen Polizeipräsidenten von Bielefeld, Helmut Schirrmacher, eingeleitet. Zu den konkreten Verdachtsinhalten sowie zu dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen wollte sich ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Hannover am Montag auf Anfrage nicht äußern. Nach Zeitungsmeldungen werden Schirrmacher „finanzielle Unregelmäßigkeiten“ vorgeworfen.

Die absolute Moral der Friedensbewegung

Die WELT veröffentlicht heute den dritten Teil eines Aufsatzes von Wolfram Lackner, in dem der Diakoniepastor des Kirchenkreises Flensburg begründet, warum er gegen die Ideologie der Friedensbewegung ist. Morgen folgt der letzte Teil dieses „öffentlichen Selbstgesprächs“.

Von WOLFRAM LACKNER

Die Friedensbewegung wird nicht in erster Linie durch Argumente getragen, die eine brauchbare politische Lösung anbieten. Sie kann aber auch durch politische, wirtschaftliche und militärische Argumente nicht widerlegt werden, weil die Basis ihrer Argumente absolute Moralurteile sind, die sich tatsächlich einer Entkräftung durch Fakten entziehen. Diese Moralurteile bilden einen unangreifbaren moralischen Zirkel.

Der Ausgangspunkt ist einfach: Gut ist gut und böse ist böse! Daran gibt es nichts zu deuten. „Gut“ und „Böse“ werden in der Weise konkretisiert, daß alles „gut ist, was dem Leben dient“ und „böse ist, was zur Vernichtung von Leben führt“. Da Waffen angeblich immer nur zur Vernichtung von Leben bestimmt sind, sind sie allesamt böse. Ihre völlige Abschaffung aber ist gut. Das gilt um so mehr in einer Zeit, in der viele Millionen Menschen auf der Welt dem Hungertode ausgeliefert sind.

Hier wird hochmoralisch, aber unpolitisch gefolgert, daß nur ein kleiner Prozentsatz des Geldes und der Kraft, die für Waffensysteme aufgewendet werden, genügte, um alle Menschen satt zu machen. Die Erde könnte so schön sein, wenn die Menschheit nicht von den Herrschenden daran gehindert würde, ihre Möglichkeiten zu verwirklichen. Diese „Herrschenden“ aber wollen ihre Macht auf keinen Fall aufgeben. So ist auch der moralische Gegner ausgemacht: Das eigentlich „Böse“ ist die Macht der Mächtigen. Durch Großtechnik und Computerisierung steigert sie sich heute ins Unermeßliche. Jeder ist ihr täglich ausgesetzt. Widerstand gegen diese Macht der Mächtigen ist daher das oberste Gebot der Lebensmoral.

Es blieb den protestantischen Vertretern der Friedensbewegung vorbehalten, der Moral ihre letzte Vereinfachung und Steigerung zu geben, indem sie die Friedensbewegung mit dem Begriff der Lebensbewegung und die Gegnerschaft zur Friedensbewegung mit einer Bewegung zum Tode gleichsetzten. Damit schließt sich der Kreis der moralischen Argumentation und nimmt wahnhafte Züge an.

In einem solchen Zusammenhang, einer sich hermetisch abdichtenden moralischen Argumentation, machen sich gewisse psychische Folgen bemerkbar. Realitätsbewußtsein und Traumbewußtsein vermischen sich, wobei das Traumbewußtsein im Endeffekt die Oberhand behält, weil es angenehmer ist. Das Selbstgefühl wird gestärkt, und ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit anderen „Träumenden“ entsteht. Dort, wo das Traumbewußtsein mit dem Realitätsbewußtsein zusammenstößt, da siegt das Auswählprinzip, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“. Die eigentliche Lebensgefahr, die sich in der Realität verbirgt, kann nicht mehr wahrgenommen werden. So stürzt sich der Mensch, der sich weitgehend wahrnehmungsunfähig gemacht hat, letzten Endes in die Gefahr hinein, der er um jeden Preis entgehen wollte. Er schafft sich jene Situation, die eine Bestätigung für seine Wahngebilde ist.

Psychische und moralische Gesetzmäßigkeiten laufen hier parallel. Ist der Traum, wo er begrenzt auftritt, eine notwendige Ergänzung des Tagbewußtseins, so wird er zu einem Unheil, wo er das Tagbewußtsein überwuchert. Ähnlich verhält es sich mit der Moral. Wo sie begrenzt zur Selbsterkenntnis und Wegweisung dient, dort wirkt sie Gutes und ist unverzichtbar. Dort aber, wo sie unbegrenzt zum allgemeinen Erklärungsprinzip erhoben wird, da wirkt sie tödlich. Von dieser Umkehrung der Moral in ihr Gegenteil haben die Völker des europäischen Kulturkreises immer gewußt. Dieses gereifte Verständnis des Menschenschicksals ist in der Neuzeit immer mehr abhanden gekommen. Es scheint so, als würde niemand, der sich von einer absoluten Moral hat infizieren lassen, dem Verhängnis entrinnen können. Nur die Katastrophe, die er selber wissend-unwissend herbeiführt, kann hier heilend wirken; aber unter welchen Opfern!

So taumelt die westliche Menschheit zwischen zwei katastrophalen Polen hin und her: dem Pol der Eigengesetzlichkeit der technischen Zwänge und dem der Eigengesetzlichkeit der absoluten Moral und des Sich-Entziehens in eine Traumwelt. Das eine verstärkt das andere. Dort aber, wo man – wie in der Friedensbewegung – auf die „Einmaligkeit“ unserer „Situation“ wie auf ein Dogma pocht, da hat man sich auch die Möglichkeit verbaut, aus den leidvollen Erfahrungen der eigenen Geschichte zu lernen.

(Wird fortgesetzt)

Weiterer Abbau von Selbstschußanlagen

dpa, Bayreuth

Die „DDR“ hat den Abbau von Selbstschußanlagen vom Typ SM 70 im Bereich Mödlareuth nördlich von Hof an der Saale fortgesetzt. Nach vierwöchiger Pause wurden dabei nach Angaben des Bundesgrenzschutzes (BGS) an drei Tagen auf einer Länge von etwa 1000 Meter weitere 140 SM 70 abgebaut. Bereits Ende September/Anfang Oktober hatte die „DDR“ bei Mödlareuth auf etwa zehn Kilometer Länge rund 1300 Schußapparate abmontiert.

SM 70 wurden nach Darstellung des BGS ausschließlich dort abgebaut, wo seit März dieses Jahres der 500 bis 800 Meter von der Grenze entfernte Schutzstreifenzaun erneuert und verbessert wurde. Auf 24 Kilometern wurden parallel zu dem drei Meter hohen Warnzaun auf einer Breite von drei Metern 25 stromführende Drähte am Boden gespannt. Mit diesem akustischen und optischen Warnsystem ist es den „DDR“-Grenztruppen nach Einschätzungen des BGS möglich, Flüchtlinge vor der Grenze abzufangen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Rotstift des Senats empört die SPD-Linke

Von HERBERT SCHÜTTE

Genau ein Jahr, nachdem die Hamburger Sozialdemokraten mit der Parole „Programme brauchen Mehrheiten" den „Hamburger Verhältnissen" ein Ende machten und die absolute Mehrheit zurückeroberten, steht die Mehrheit für das Senats-Programm auf dem Prüfstand. Bei den Haushaltsberatungen Mitte Dezember wird mit Sicherheit nicht der Etatentwurf 1984 verabschiedet, wie ihn die Landesregierung erarbeitet hat, sondern ein Papier, das in das Rechnungswerk erheblich einschneidet. Heute berät der Fraktionsvorstand die bisher vorgelegten Änderungsanträge, am Wochenende ziehen sich Senat, Parteivorstand und Fraktion nach Timmendorf an die Ostsee zurück. Die Zeichen für diese Klausurtagung stehen auf Sturm. Denn das Mitte/Rechts-Lager der Regierungsfraktion ist überzeugt, daß nicht Klekkern, sondern Klotzen als einzige

Landesbericht Hamburg

Medizin in Frage kommt, um Hamburgs zerrüttete Staatsfinanzen wieder gesunden zu lassen.

Finanzsenator Jörg König wird die Roßkur-Rezepte vom Krankenbett aus beachten müssen: Er ist Ende letzter Woche mit Herz- und Kreislaufbeschwerden ins Krankenhaus eingeliefert worden. Königs Pläne, zur Haushaltssanierung eine Getränkesteuer einzuführen, hat Gastwirte wie Gewerkschafter alarmiert. Der SPD-Fraktionsvorstand – verunsichert über die Konsequenz, daß 33 Millionen Mark erhoffte Steuereinnahmen aus dem Getränke-Hahn rund 1100 Arbeitsplätze in der Gastronomie kosten könnten – hat den Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hamburg der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Uwe Heeschen, als Experten geladen. Erst nach seinem Gutachten soll über den Senatsantrag abgestimmt werden.

Doch der Ärger mit den Gastwirten, die bei steigenden Preisen für Bier und Korn leerwerdende Kneipen befürchten; der Zorn von mehr als 40 000 Hundebesitzern, die im neuen Jahr das Doppelte der bisherigen Hundesteuer entrichten sollen, sind nur das kleinere Übel. Die Gefahr für die Solidarität innerhalb der Regierungsfraktion liegt in der Entschlossenheit der Mitte/Rechts-Mehrheit, „zu einschneidenden und schmerzhaften Sparmaßnahmen ... insbesondere bei den Personalausgaben", wie Fraktionschef Hennig Voscherau es in einem Streichkonzept für eine viertel Milliarde Mark vorgeschlagen hat.

Was Voscherau und seine Freunde als Kurskorrektur auf dem bisherigen Weg zu einer gigantischen Verschuldung empfehlen, hat bei den Linken Empörung ausgelöst. Für sie ist der Zugriff auf den Personalbestand ebenso tabu wie die Drosselung der Sozial-Aufwendungen.

Fraktionsvorsitzender Voscherau will nicht nur den Stellenplan ausdünnen, sondern auch die begehrten B-Stellen herunterzonen. Die Gebäudereinigung soll einer neu zu gründenden Gesellschaft übertragen werden, der Zuschuß für die „Markthalle" – einen speziell von der linken Szene favorisierten Kommunikations-Tempel – völlig entfallen, um nur einige Schwerpunkte des 47 Seiten umfassenden Kürzungs-Katalogs zu nennen. Hier werden heilige Kühe bisheriger SPD-Politik geschlachtet. Bei den Initiatoren des Sparpapiers ist man auch bereit, Staatsbeteiligungen zur Disposition zu stellen.

Für den Ausgang der Klausurtagung wird das Wort des Bürgermeisters entscheidendes Gewicht haben. Noch hält sich Klaus von Dohnanyi bedeckt. Bei seinem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Freitag ist ein Vorschlag, mit dem der Senat liebäugelte, nicht zur Sprache gekommen: Im Rathaus hätte man am liebsten das Weihnachtsgeld für den öffentlichen Dienst auf 2000 Mark begrenzt. Das hätte gut 50 Millionen Mark gebracht, aber die Zustimmung Bonns erfordert. Und die war von vornherein unwahrscheinlich. Der Bürgermeister hat bisher nur zugesagt, daß er konkreten Sparvorschlägen seine Rückendeckung geben will. Aber nicht, wie er es denn gern hätte.

Nach 95 Jahren: These über Mord von Mayerling

AP, Wien

Die letzte österreichische Kaiserin Zita hat in einem Interview der Wiener „Neue Kronen Zeitung" die These aufgestellt, daß Kronprinz Rudolf vor 95 Jahren nicht, wie allgemein angenommen, Selbstmord beging, sondern im Auftrag des französischen Politikers Georges Clemenceau umgebracht wurde. Clemenceau und sein Mitarbeiter Cornelius Herz hätten Rudolf töten lassen, weil sie ihn nicht hätten dazu bringen können, seinen Vater Franz Joseph zu stürzen. Rudolf habe die Verschwörung aufdecken wollen, und dies sei sein „Todesurteil" gewesen, zitierte das Blatt die Witwe von Kaiser Karl I. Die 91jährige hatte bereits im März in einem Interview des Blattes erklärt, Rudolf sei ermordet worden, ohne aber jemanden als Verantwortlichen zu nennen.

Die „Neue Kronen-Zeitung" schrieb, Clemenceau habe Österreich-Ungarn als Verbündeten gegen Deutschland gewinnen und deshalb den Kronprinzen, dessen Neigung für Frankreich bekannt war, zum Sturz Kaiser Franz Josephs bewegen wollen. Da Rudolph sich aber geweigert habe, sei er zusammen mit der Baronesse Mary Vetsera von gedungenen Mördern erschossen worden, um eine Bloßstellung Clemenceaus und Herz' zu verhindern.

Schikanen gegen Hilfstransporte

dpa, Köln

An den Übergängen in den polnischen Machtbereich sind die Abfertigungskontrollen für Hilfstransporte aus der Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit strenger und schikanöser geworden. Auch das Personal an der Grenze zeige sich unfreundlicher, berichteten Sprecher des Malteser-Hilfsdienstes und des Kölner Katholikenausschusses in der Domstadt. Die Lastzüge würden dabei von polnischen Soldaten vollkommen ent- und auch wieder beladen. Dadurch entstünden Wartezeiten bis zu acht Stunden.

Der Erzbischof von Krakau, Kardinal Franciszek Macharski, hat um weitere Hilfe für seine Landsleute gebeten. Ältere Menschen, Rentner und kinderreiche Familien könnten die Lebensmittelpreise, die im Januar wieder drastisch erhöht werden sollen, kaum mehr bezahlen.

Schwiers Kurs paßt der GEW nicht

Der Nachfolger von Jürgen Girgensohn vertritt eine Schulpolitik mit weniger Ideologie

WILM HERLYN, Düsseldorf

„Bildungspolitische Gräben" will Hans Schwier zuschütten, und „wieder zu fairem Argumentieren kommen". Das ist das Programm des neuen nordrhein-westfälischen Kultusministers, der das schwere Amt von Jürgen Girgensohn übernommen hat. Doch daß die ärgsten Widersacher gar nicht bei der oppositionellen CDU liegen, wie man meinen möchte, zeigte jüngst eine Sendung des Westdeutschen Rundfunks, dessen schulpolitische Vorstellungen offensichtlich mit dem Amtswechsel völlig durcheinander geraten zu sein scheinen. Denn in einer erschreckenden Klitterung brachte ein Kommentator im Dritten Hörfunk, ein Walter Bockstein, Schwier in Verbindung zu dem Staatsrechtler Carl Schmitt, dem zu Recht nationalsozialistische Tendenzen zugeschrieben werden – gleichwohl sich der Minister vor dem Deutschen Lehrertag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Leverkusen ausdrücklich von Schmitt distanziert hatte. Bocksteins Schluß: Man werde aufmerksam zuhören müssen, „was Schwier in Zukunft in seine Reden geschrieben bekommt". Doch dann stellte sich heraus: Der Kommentar war von einem Autorenkollektiv zusammengeschrieben worden, den Kommentator Bockstein gibt es gar nicht – „Walter Bockstein", der Anonymus, sollte lediglich diffamieren.

Vorausgegangen war eine Demonstration Schwiers vor allem gegenüber der mächtigen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die seit Jahren im Ministerium den Ton angibt. Er stoppte den noch von Girgensohn geplanten und besonders im Bereich der Gymnasien heftig umstrittenen Entwurf einer neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Schüler der Sekundarstufe I. Die darin enthaltene Materie ist – Kritiker sagen: bewußt – so diffizil und kompliziert, daß wohl nur die Verfasser selbst den ideologischen Sinn verstehen. Das will Schwier deutlich nicht mitmachen: Er entschied sich für weniger Ideologie.

Langjährige Beobachter erinnern sich in diesem Zusammenhang an Diether Deneke Ende der 70er Jahre: Girgensohn hatte damals den Ministerpräsidenten Heinz Kühn um längeren Sonderurlaub gebeten. Dieser stimmte zu und beorderte „zur Vorsicht" seinen Landwirtschaftsminister Diether Deneke kommissarisch ins Kultusministerium. Der fackelte nicht lange und suchte innerhalb weniger Tage, das Ministerium „auf preußische Marschordnung" zu bringen, so daß die verwirrten Genossen flugs Girgensohn im Ausland anriefen und ihn inständig um schnellstmögliche Rückkehr baten.

Das ist jetzt auch die Lage von Schwier: Er muß mit Mitarbeitern fertig werden, die sich mehr als Vertreter eines Interessensverbandes – der GEW nämlich – gerieren denn als Beamte einer obersten Landesbehörde. Und deren Manko es ist, als „nicht austauschbar" zu gelten. Denn welcher Ministerialrat verzichte denn auf sein Gehalt und kehrte zurück in den Schuldienst?

Die „Astor", Glücksspiele und das Recht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs Kreuzfahrtschiff „Astor", das an die südafrikanische Reederei „Safmarine" verkauft worden ist und Ende Februar nächsten Jahres an den neuen Eigentümer übergeben werden soll, bleibt offenbar buchstäblich bis zum letzten Tag ein Sorgenkind der Hansestadt, genauer gesagt ihrer Staatsreederei Hadag, die den Musikdampfer bislang durch eine Tochtergesellschaft betreibt. Bis zum Eigentumsübergang fährt die „Astor" unter deutscher Flagge – mit der logischen Folge, daß an Bord des Schiffes das deutsche Recht gilt. Daran ändert auch nichts, daß die „Astor" im Rahmen einer Charter Ende November in Durban für gut zwei Monate von dem südafrikanischen Reiseveranstalter T. F. C. übernommen wird. – Eine Verwendung des Schiffes, die noch der im Juni abgelöste alte Hadag-Vorstand kontrahiert hatte.

Diese Charter aber ist es, die jetzt Probleme zu schaffen droht. Der damalige Hadag-Vorstandssprecher, Jens F. K. Jacobsen, hatte seine südafrikanischen Vertragspartner brieflich darauf hingewiesen, daß bei jeglichem Einsatz des Schiffes das an Bord geltende deutsche Recht zu respektieren sei. Für diesen Brief gab es einen handfesten Grund: Der Charterer T. F. C. hatte in der Vergangenheit schon mehrfach Schiffe als schwimmende Spielsalons eingerichtet und mit solchen Reisen gute Geschäfte gemacht.

Nun verdichten sich Gerüchte, daß die T. F. C. für Kurzreisen mit der „Astor" ebenfalls Glücksspiele wie Roulette und Baccara zu veranstalten gedenkt, die in der Bundesrepublik generell verboten sind – es sei denn, ihre Veranstaltung würde in Spielbanken staatlich konzessioniert. Das könnte die hanseatische Staatsreederei vor die mißliche Frage stellen, was sie zu unternehmen gedenkt, um an Bord der „Astor" den deutschen Gesetzen zur Geltung zu verhelfen.

Dies und weitere Gerüchte über das Glücksspiel begleitende Amüsiermöglichkeiten sind schöne Aussichten für die Besatzung des Schiffes, die nach dem Verkauf endgültig weiß, daß sie sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen muß. 250 „Astor"-Mitarbeiter und 34 Verwaltungsangestellte der Hadag, die in diesem Zusammenhang ebenfalls ihren Arbeitsplatz verlieren, werden Beträge zwischen jeweils 3900 und 17 000 Mark als Abfindung erhalten. Das sieht ein Sozialplan vor, der vor kurzem nach überaus zähen Verhandlungen vom neuen Hadag-Vorstand und dem Betriebsrat der Reederei vereinbart wurde.

Nachdem dieses überaus dornige Problem gelöst ist, bleibt für den Hadag-Vorstand, der diese Aufgabe seit einigen Monaten zusätzlich zu seiner eigentlichen Tätigkeit – der Leitung der Hamburger Hochbahn AG – wahrnimmt, noch eine weitere bohrende Sorge: Bislang liegt die Devisengenehmigung des südafrikanischen Finanzministeriums für den Kauf der „Astor" durch die „Safmarine" nicht vor. Wenn sie ausbleibt und der Käufer aus diesem oder anderen wichtigen Gründen von seinem vertraglichen Rücktrittsrecht Gebrauch machen würde, wäre die „Astor" jener „Klotz am Bein des Hamburger Senats", der zur Begründung für den überhasteten Verkauf des Dampfers durch einen in der Schiffahrt völlig branchenfremden Reederei-Vorstand herhalten mußte.

Außenminister Iraks sucht Hilfe in Moskau

NEUMANN/DW., Moskau/Bagdad

Der irakische Außenminister Tarik Assis ist zu einem „Arbeitsbesuch" in Moskau eingetroffen. Die Sowjetunion hatte in der vergangenen Woche im Parteiorgan „Prawda" öffentlich in der Frage des iranisch-irakischen Krieges deutlich für Irak Stellung bezogen. In Bagdad gab gestern ein Militärsprecher bekannt, Irak habe sieben iranische Schiffe zerstört, die vom Ölhafen auf der Insel Kharg zu dem iranschen Hafen Bandar fuhren. Ein iranisches Kampfflugzeug sei abgeschossen worden.

Die „Prawda" schrieb in ihrem Artikel zum Golf-Krieg, die iranische Führung habe bisher alle Friedensinitiativen des UN-Sicherheitsrates und Iraks abgewiesen und fahre fort, auf einen Umsturz in Irak hinzuwirken. Teheran wolle bis zum siegreichen Ende kämpfen und heize die chauvinistische Stimmung weiter an. Dabei vergesse es die Ziele der antimonarchistischen Revolution und verfolge jene Iraner, die ihnen zum Erfolg verhelfen wollten. Damit meinte das Parteiblatt vor allem die Zerschlagung der auf Moskau orientierten Tudeh-Partei und die Inhaftierung von Hunderten ihrer Funktionäre.

Diese „umfassende antisowjetische und antikommunistische Kampagne" hatte schon im Juni die Wochenzeitung „Literaturnaja Gaseta" in einer heftigen Kritik am „islamischen Despotismus" des Khomeini-Regimes beklagt. Ebenso wie jetzt die „Prawda" schrieb das Organ des sowjetischen Schriftsteller-Verbandes damals, der iranisch-irakische Krieg begünstige nur die amerikanische Position in der Golf-Region.

Im Sommer hatte sich zum ersten Male angedeutet, daß der Kreml von seiner Neutralität im irakisch-iranischen Konflikt vorsichtig abrücken könnte. Außenminister Gromyko sagte im Juni vor dem Obersten Sowjet, der Konflikt sei sinnlos und komme nur den „imperialistischen Kräften" zugute, die beide Staaten geschwächt sehen möchten. Gromyko tadelte unverkennbar Teheran mit dem Satz: „Wer auch immer sich gegen die Beendigung des Krieges sträuben mag, der ist unvernünftig."

Im Umgang mit Teheran hat Moskau nun offenbar die Geduld verloren. Der Besuch des irakischen Außenministers könnte sich als Anhaltspunkt dafür herausstellen.

Die große Nachrüstungs-Debatte des Deutschen Bundestages blieb von äußeren Störungen verschont

Kohl: Wir halten die Tür weiter offen

Bundeskanzler Helmut Kohl sagte am Montag in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag unter anderem:

Die Sicherung des Friedens in Freiheit – dies bleibt die beherrschende Aufgabe unserer Zeit. In dieser Verantwortung stehen wir bei den Diskussionen, die wir führen, und bei den Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Wir alle sind für den Frieden. Worüber wir streiten, das ist der beste Weg, den Frieden zu erhalten.

Das Leitmotiv meines Handelns bleibt, wie ich es in meiner Regierungserklärung vom 4. Mai dargelegt habe: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

Beim NATO-Doppelbeschluß geht es nicht zuerst um eine technische Frage der Rüstung, nicht allein darum, ob eine Waffenart durch eine andere ersetzt werden soll.

Es geht um das Gleichgewicht der Kräfte und damit um die Grundlage des Friedens in Europa.

Es geht um die Frage, ob Rüstungskontrolle helfen kann, ein Gleichgewicht auf niedrigem Niveau herzustellen und zu stabilisieren.

Es geht darum, ob sich die Partner in der Solidargemeinschaft des Bündnisses weiter auf die Bundesrepublik Deutschland – und wir auf sie – verlassen können.

Es geht darum, ob das Bündnis auf der Grundlage vertrauensvoller und freundschaftlicher Beziehungen Westeuropas zu den USA und Kanada auch in den letzten Jahren dieses Jahrhunderts seine Aufgabe erfüllen kann, Frieden und Freiheit zu sichern.

Schließlich geht es im Kern um die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland willens und fähig ist, sich mit ihren Verbündeten einem Vormachtanspruch der Sowjetunion entgegenzustellen oder nicht.

Die außenpolitische Orientierung unseres Landes steht auf dem Spiel.

Es darf der Sowjetunion nicht gelingen, mit Hilfe ihrer gewaltigen Rüstungsanstrengungen, die durch kein erkennbares Verteidigungs- und Sicherheitsbedürfnis zu rechtfertigen sind,

– uns Westeuropäer einzuschüchtern,

– unsere politische Handlungsfreiheit einzuengen

– und uns von den USA zu trennen.

Nur wenn wir dies verhindern können, bleibt die Tür offen zu einer Friedensordnung in Europa, die auf Gerechtigkeit beruht und nicht auf Gewalt. Nur eine solche Friedensordnung kann den Frieden endgültig sichern. Das sollte auch die Sowjetunion erkennen lernen.

Es ist der politische Wille der Sowjetunion, von dem wir uns bedroht fühlen. Waffen sind tote Gegenstände.

Die Sowjetunion hat die Wahl künftig

– entweder die gleiche nukleare Doppelbedrohung wie Westeuropa hinzunehmen, nämlich die Bedrohung durch Interkontinental- und Mittelstreckenraketen,

– oder mit der NATO zusammen auf eurostrategische Waffen zu verzichten oder sie auf einen niedrigstmöglichen Stand zu bringen.

> ❝ Soll die Sowjetunion ein Instrument behalten, mit dem sie die Geschicke Europas bestimmen kann? ❞

Mit dem Doppelbeschluß hat das atlantische Bündnis ... für die Dauer von vier Jahren darauf verzichtet, die sowjetische Vorrüstung mit der Aufstellung gleichwertiger Waffen zu beantworten. Es hat damit eine einseitige Vorleistung erbracht, die in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die Sowjetunion ist dabei, eine historische Chance zu zerstören, indem sie sich diesem neuartigen und mutigen Ansatz zur Abrüstung starr verschließt.

Aus der eurostrategischen Bedrohung durch die Sowjetunion ergeben sich für uns zwei politische Kernfragen:

1. Ist es mit unserer Sicherheit und mit unserer politischen Unabhängigkeit vereinbar, wenn die Sowjetunion Westeuropa zu einer Zone minderer Sicherheit herabstuft?

2. Soll die Sowjetunion ein Instrument behalten, mit dem sie die Geschicke Europas bestimmen kann?

Solange nicht umfassende Abrüstung militärische Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich macht, bleiben wir auf die bewährte Bündnisstrategie von Abschreckung und Verteidigung auf der Grundlage des Gleichgewichts angewiesen – eine Strategie, die wie die Streitkräfte der Allianz vom Vertrauen der Völker im Bündnis getragen wird.

Präsident Reagan hat mit seinen Vorschlägen vom 22. September und 14. November 1983 zu allen entscheidenden Problemen Lösungswege aufgezeigt, die auf wesentliche Anliegen der Sowjetunion eingehen. Generalsekretär Andropow hat diese Vorschläge mit seiner Antwort vom 28. Oktober 1983 aufgenommen.

Damit sind die Probleme noch nicht gelöst. Aber es besteht eine Grundlage für einen Verhandlungskompromiß. Die Sowjetunion hat ihre Maximalforderungen von Anfang an konsequent verfolgt. Mit ihrem Beharren auf Einbeziehung der britischen und französischen Systeme blockiert sie seit Monaten die Verhandlungen.

Ich behaupte nach wie vor: Der Boden für ein Ergebnis ist bereitet. Aber Voraussetzung für ein Ergebnis ist, daß die Sowjetunion ihr Maximalziel aufgibt, sich ein Monopol bei landgestützten Mittelstreckenraketen gegenüber Westeuropa zu sichern. ...

Wir sind bereit, die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu respektieren. Wir sind jedoch nicht bereit, Westeuropa als eine Zone minderer Sicherheit zu akzeptieren.

Unsere Sicherheit, der Schutz unserer Freiheit, gebieten nunmehr, daß wir mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen beginnen ... Die NATO hat den Umfang der Stationierung von Anfang an qualitativ und quantitativ begrenzt. Damit wird deutlich, daß wir keine Bedrohung für die Sowjetunion schaffen wollen, sondern daß wir die notwendigen Maßnahmen auf ein Minimum dessen beschränken, was für unsere Sicherheit erforderlich ist- ... Der Beginn der Stationierung schlägt die Tür für Verhandlungen nicht zu. Der Westen ist bereit, so lange weiter zu verhandeln, bis ein für beide Seiten annehmbarer Kompromiß gefunden ist. Daß weiterverhandelt wird, liegt auch im wohlverstandenden Eigeninteresse der Sowjetunion.D Mein Angebot in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 gilt: Uns liegt daran, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Paktes zu erreichen. Unsere Politik ist eine Politik des guten Willens und der besten Absichten ...

> ❝ Wer den Doppelbeschluß auflöst, der stellt letztlich das Bündnis selbst und seine Entscheidungs- und Lebensfähigkeit in Frage! ❞

Wir sind nach wie vor bereit, auf der Grundlage der mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und der DDR geschlossenen Verträge den Dialog und die Zusammenarbeit auf allen Gebieten fortzusetzen. Wer den Doppelbeschluß und damit den inneren Zusammenhang zwischen Verteidigung und Rüstungskontrolle auflöst, stellt letztlich das Bündnis selbst und seine Entscheidungs- und Lebensfähigkeit in Frage.

Angesichts dieser Lage muß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegenüber der deutschen und der Weltöffentlichkeit folgende Fragen beantworten:

– Warum will sie offenbar die sowjetische Aufrüstung und die sich daraus ergebende Bedrohung nicht zur Kenntnis nehmen?

– Warum will sie dem Bündnis den notwendigen militärischen Schutz verweigern?

– Warum übernimmt Sie wieder und wieder die sowjetische Argumentation, obwohl sie sich damit im Westen wie auch gegenüber der Mehrzahl ihrer sozialistischen Schwesterparteien isoliert?

– Warum unterstellt sie den Vereinigten Staaten ohne Unterlaß und ungeachtet der gegenteiligen Fakten mangelnden Verhandlungswillen in Genf?

– Und warum erkennt sie nicht die Bemühungen der Bundesregierung an, alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen?

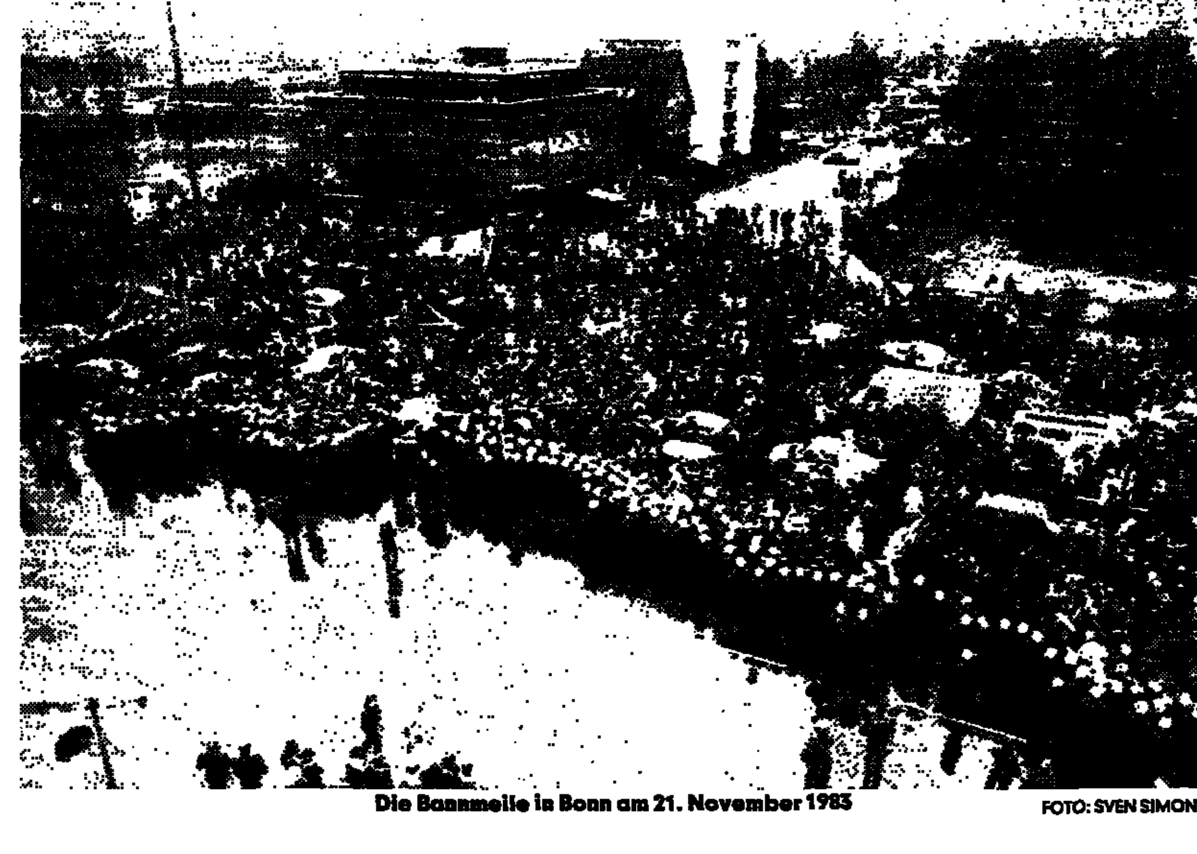
Ich fasse die Prinzipien zusammen, die die Sicherheitspolitik dieser Bundesregierung bestimmen:

Wir gehören zum Westen. Das Bündnis für Frieden und Freiheit ist elementarer Bestandteil deutscher Politik. Hier verbinden sich unsere Grundwerte, unsere Lebensform und unsere Sicherheit. Nur ein wehrhaftes und einiges Bündnis kann den Frieden in Freiheit sichern. Das Bündnis dient dem Frieden Europas und der Welt. Es bleibt Grundlage einer Politik der Verständigung mit dem Osten.

Die Bundesregierung steht fest zum NATO-Doppelbeschluß. Wenn die Verhandlungen zunächst ohne Ergebnis bleiben, wird das Bündnis bis zum Jahresende die Einsatzbereitschaft der ersten Pershing-Raketen und Cruise Missiles herstellen. Die Bundesrepublik Deutschland trägt hierbei ihren Anteil. Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika auch danach in Genf nichts unversucht lassen werden, einen Verhandlungserfolg zu erzielen.

Standfestigkeit zum NATO-Doppelbeschluß steht heute für das Überleben des demokratischen Europas, die Bewahrung des atlantischen Bündnisses und die Fortführung gleichberechtigter Beziehungen mit der Sowjetunion.

Die Bundesregierung bleibt bei der klaren Orientierung in der Sicherheitspolitik, die das deutsche Volk braucht.



Die Bannmeile in Bonn am 21. November 1983 FOTO: SVEN SIMON

„Wer die Nachrüstung billigt, ist deshalb noch kein Vasall der USA“

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfred Dregger, wandte sich in seinem Beitrag zur Nachrüstungdebatte des Deutschen Bundestages vor allem gegen den von SPD und „Grünen“ erhobenen Vorwurf, die USA und mit ihnen die Bundesregierung hätten bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen gegenüber der Sowjetunion keine Kompromißbereitschaft gezeigt. Dregger zählte dazu drei westliche Konzessionen auf: Zum einen habe der Westen auf gleichen globalen Obergrenzen bei den Mittelstreckensystemen bestanden, aber seine Bereitschaft bekundet, die in Asien stehenden SS-20-Raketen nicht in den europäischen Kräftevergleich einzubeziehen. Und das, so Dregger, obwohl es in Asien keine westlichen Gegenwaffen gebe und die dort stationierten SS-20-Raketen auch Europa erreichen könnten sowie, kurzfristig nach Westen verlegt, dann ausschließlich auf Europa gerichtet werden könnten.

Zum zweiten erwähnte Dregger als Konzession des Westens dessen Bereitschaft, den jetzt schon weit über tausend sowjetischen Sprengköpfen auf SS-20-Systemen nur 572 und damit die Hälfte entgegenzustellen. Schließlich könne die Pershing 2 weder Moskau noch Leningrad erreichen: auch die Reichweite der Marschflugkörper sei nur halb so groß wie die der sowjetischen SS 20. Dregger resümierte, von Wettrüsten könne mit Blick auf den Westen nicht die Rede sein. Vor allem an die SPD gewandt, fragte er, ob die Sowjets jemals bereit sein würden, entsprechende Konzessionen in umgekehrter Richtung zu machen.

Scharf kritisierte der Fraktionsvorsitzende die Tatsache, daß die SPD mit „Scheingründen“ ihr Abrücken vom Doppelbeschluß betrieben habe. Sie bestehe auf „einseitigen und völlig unbegründeten Schuldvorwürfen an die Adresse der USA“. Dregger zitierte das Mitglied der SPD-Grundwerte-Kommission, Frau Professor Gesine Schwan, die erklärt habe: „Die SPD gibt nicht zu, ... daß sie die Bedrohung durch die Sowjetunion nicht mehr zur Kenntnis nimmt, ja daß sie sie sogar tabuisiert. Und (deshalb) ... ist die SPD gezwungen, zu ihrer eigenen Legitimation den Amerikanern die Schuld zu geben ... So gerät sie wirklich in den Zwang, mit den Argumenten der Sowjetunion gegen die Amerikaner zu argumentieren.“

Mit Blick auf den Waldspaziergang meinte Dregger, die SPD-Vorwürfe an die Adresse der USA seien nicht schlüssig. Diese Formel sei von amerikanischer und nicht von sowjetischer Seite ins Gespräch gebracht worden. Damit wäre es nach, Dreggers Auffassung Sache der sowjetischen und nicht der amerikanischen Seite gewesen, diese Formel auszuloten. Aber die sowjetische Seite habe das Gegenteil getan, sie habe sie ausdrücklich abgelehnt, sowohl am Verhandlungstisch als auch in der Öffentlichkeit.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der als Vorsitzender der FDP und damit erster liberaler Redner in diese Debatte eingriff, setzte sich ebenfalls mit dem Schwenk der Sozialdemokraten in der Sicherheitspolitik kritisch und besorgt auseinander. Er meinte, es gehe darum, jetzt die Grundelemente der Bonner Politik zu bestätigen, die weit über den NATO-Doppelbeschluß hinausführten. Verursacht durch die SPD, breite sich vor allem bei den deutschen Verbündeten die Sorge aus, die Bundesrepublik überlasse sich einer „neuen Spielart eines unberechenbaren Nationalismus“. Sie fürchteten, die Deutschen könnten „wie Schlafwandler in den Neutralismus“ treiben. Unsere Verbündeten, so Genscher weiter, wüßten die Bedeutung Deutschlands aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer Größe richtig einzuordnen. Bislang sei es die Leistung der deutschen Politik gewesen, daß sie die nationale Frage an die Entstehung Europas gebunden habe. Daran müsse festgehalten werden. Zweifelnd fragte Genscher, ob das Bekenntnis des Oppositionsführers Vogel zur NATO für die ganze SPD gelte. Der Außenminister nannte Gründe für seine Zweifel. Für Lafontaine, den saarländischen SPD-Vorsitzenden, sei die Ablehnung das NATO-Doppelbeschlusses lediglich eine Zwischenstation für den Austritt aus der NATO. Zu fürchten sei, daß Lafontaine nach seinem Nein zum Doppelbeschluß mehr und mehr Anhänger finde auch für sein Nein zum atlantischen Bündnis. Genscher appellierte mit großem Ernst an die Sozialdemokraten, ihre Partei würde „in Gänze“ für die Stärke des westlichen Bündnisses gebraucht.

Nachdrücklich begrüßte es der Außenminister, daß sich der SPD-Fraktionsvorsitzende ungeschmälert zur Freiheit des Parlaments bekannt habe. Zur Legitimation des Bundestages fügte Genscher hinzu, jeder Wähler habe vor der Bundestagswahl vom 6. März die Absicht der neuen Koalition Kohl/Genscher gekannt, daß bei einem möglichen Scheitern der Genfer Mittelstreckenverhandlungen der Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses erfüllt werde. Deshalb sei das Wahlergebnis vom letzten März eine Bekräftigung dieser Politik. Wer mit dem Doppelbeschluß zu den international eingegangenen Verpflichtungen stehe, sei kein Vasall der USA. Genscher nannte die jetzt anstehende Entscheidung ein Zeichen dafür, wo der Standort der Bundesrepublik sei, ob im Westen oder ob sie abdrifte aus dem Verbund der Demokratien.

Der Außenminister erinnerte daran, daß die Bundesrepublik auf eigene Atomwaffen nur in der Erwartung habe verzichten können, daß sie nicht von solchen bedroht werde. Das sei der Sinn ihres Beitritts zum Nichtverbreitungsvertrag gewesen. Unwidersprochen sei ihr damit das Recht zugesprochen worden, sich andernfalls des Schutzes einer anderen Atommacht zu versichern. Die Bundesrepublik könne ein sowjetisches Monopol an Mittelstreckenraketen nicht hinnehmen. Nach Genschers Worten würde dadurch die Drohung zum Mittel der Politik. Es wäre, so Genscher, der Anfang der politischen Erdrosselung Westeuropas.

Für die Grünen sagte deren Abgeordneter Hans-Otto Schily, der Beschluß zur Stationierung westlicher Mittelstreckenwaffen sei ein Akt der Unterwerfung unter die zunehmend aggressiver werdende amerikanische Militärstrategie und letztlich ein Fiasko für Europa. Er bezeichnete es als eine „reale Gefahr“, daß jeder fünfte Wissenschaftler auf der Erde für die Rüstung tätig sei. Damit könne der Krieg „herbeigeforscht“ werden. Die Berufung der Bundesregierung auf das Konzept der Kriegsverhinderung durch Abschreckung sei trügerisch und ein Vabanque-Spiel. Sie beinhaltet nach seinen Worten die Alternative zwischen „Freiheit oder Weltuntergang“, dies könne niemals sinnvoll sein. Schily sagte, im nuklearen Zeitalter sei die Bedrohung des Gegners zugleich auch eine Bedrohung fur uns selbst.

Tränengas, aber nicht von der Polizei

W. K./rb. Bonn

Bei Versuchen von Demonstranten, Gewalt in die angekündigte „friedliche Belagerung des Bundestages“ zu bringen, wurden am Montag vormittag mehr als hundert teilweise vermummte Personen vorläufig festgenommen. Die Polizei setzte gegen Gruppen, die am Morgen in die Bannmeile des Parlamentsviertels eindrangen und die Bundesstraße 9 am Bundeskanzleramt völlig blockiert hatten, Wasserwerfer ein. 400 bis 500 Demonstranten warfen Steine und Farbbeutel gegen das Kanzleigebäude der Botschaft von El Salvador.

Eine Kakophonie von Alarmsirenen, Lärmrasseln und Trillerpfeifen, die vor der Eröffnung der Debatte aus Zufahrtsstraßen zum Bundeshaus schallte, täuschte jedoch über die Stärke der aus dem Bundesgebiet angereisten Demonstranten. Auf den Stellplätzen hatten sich gegen sieben Uhr knapp 1500 zumeist jüngere „Belagerer“ eingefunden. Der Bonner Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung“ rechnete dagegen zum Auftakt mit mindestens 3000 Teilnehmern und richtete die Hoffnung auf diejenigen Anhänger, die tagsüber arbeiteten und deshalb erst nach Feierabend auf dem Demonstrationsschauplatz erwartet wurden.

Die wichtigsten Zufahrten zum Regierungsviertel waren schon kurz nach sieben Uhr gesperrt. Auf der durch Bonn führenden Bundesstraße 9 kam es zu kilometerlangen Stauungen, die von den Kraftfahrern auch für heute einkalkuliert werden müssen. Bei dem Versuch der stärksten Gruppierung, auf der Heussallee zum Bundeshaus durchzubrechen, griffen Demonstranten zu einer List. Sie schoben Kinderwagen vor sich her, so daß Polizisten eine Gasse öffneten, durch die sich jedoch sofort die nachdrängenden Gruppen schoben. Nach zweihundert Metern wurden sie gestoppt. Mit Hilfe von Wasserwerfern wurde die Einbruchstelle abgeriegelt.

*

Nordrhein-Westfalens Innenminister Dr. Herbert Schnoor betonte gegenüber der WELT, die Polizei habe dem Wasser weder, wie Grüne behaupteten, „CN“ zugesetzt noch Tränengas verwendet. Tränengas sei offensichtlich von Demonstranten versprüht worden, um die Polizei zu desavouieren.

Nach dem gescheiterten Versuch, die Bannmeile zu brechen, bildeten „Pfadfinder“ autonomer Gruppen „Schwerpunkte“ für weitere Aktionen auch in der Innenstadt. Dort blockierten sie Straßen und Plätze. Die Objekte und ihre Lage in der Stadt wurden aus einer „Alternativen Stadtkarte“, auf der die Organisatoren 150 Institutionen, diplomatische Vertretungen und Unternehmensleitungen eingezeichnet hatten, ausgewählt. Zu den gestrigen „Schwerpunkten“ gehörten das Konrad-Adenauer-Haus (CDU/CSU), die Parteizentrale der SPD und das Thomas-Dehler-Haus der FDP sowie die MAN-Zweigniederlassung.

Unter den Akteuren der „Friedensbewegung“ waren auch gestern die Meinungen über die zweckmäßigsten Aktionen zur Nachrüstungsdebatte geteilt. Die Befürworter eines radikaleren Vorgehens in den autonomen Gruppen (Bundeszentrale Kassel) hatten sich „das Rednerpult im Bundestag“ zum Ziel gesteckt. Der „traditionelle Flügel“ der Bewegung votierte dagegen für dezentrale Aktionen überall im Bundesgebiet.

Mehrere tausend Bereitschaftspolizisten und Angehörige des Bundesgrenzschutzes sollen bis zum Abschluß der Bundestagssitzung mögliche Störungen der Debatten verhindern. Sicherheitsexperten schließen nicht aus, daß militante Kleingruppen vor allem aus Hamburg, dem Ruhrgebiet und dem süddeutschen Raum Gewalttätigkeiten vorhaben. Unter den ersten Gruppen der Demonstranten waren gestern vor allem kommunistische rote Fahnen und Parolen zu sehen.

Vogel: Nicht alle Chancen genutzt

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel entgegnete dem Bundeskanzler unter anderem:

Sie haben gerade in den Monaten vor den großen Friedenskundgebungen mit einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts gedroht ... Sie haben gerade in dieser Zeit den Pazifisten vorgeworfen, sie hätten Auschwitz erst möglich gemacht. Sie lassen gerade in dieser Zeit amtlich immer wieder verbreiten, die Friedensbewegung sei kommunistisch gesteuert und folge den Anweisungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Moskau. Sie ermutigen den Generalsekretär Ihrer Partei, an der Verleumdung, die Sozialdemokraten seien die fünfte Kolonne, d. h. eine Spionage- und Sabotagetruppe Moskaus, unverändert festzuhalten.

Dies ist empörend, Herr Bundeskanzler, und ich sage es hier an dieser Stelle. Wir Sozialdemokraten stimmen mit der Friedensbewegung, die Sie in dieser Weise bekämpfen, durchaus nicht in allen Punkten überein. Aber sehen Sie wirklich nicht, daß es sich hier um eine der breitesten und engagiertesten Bewegungen der Gegenwart handelt, und zwar weit über unsere Grenzen hinaus, bleiben Sie bei der Aussage, die Friedensbewegung gäbe es gar nicht?

Geschwiegen haben Sie auch zu den verfassungsrechtlichen Problemen und zu der Frage, in welcher Form die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zu einer etwaigen Stationierung erteilt werden muß. Ob dafür eine Äußerung der Bundesregierung oder ein einfacher Beschluß des Bundestags ausreicht, oder ob es dafür eines Vertragsgesetzes bedarf.

> ❝ Andropows jüngster Vorschlag enthält das Eingeständnis, daß die Sowjetunion mehr Raketen stationiert hat, als sie zu ihrer Sicherheit braucht. ❞

Weiter, Herr Bundeskanzler, schweigen Sie zu einer noch viel grundsätzlicheren Frage. Nämlich zu der nach dem Spannungsverhältnis zwischen dem Mehrheitswillen unseres Volkes und dem Mehrheitswillen des Parlaments. Gewiß, unser Grundgesetz gibt dazu eine eindeutige Antwort. Nach ihm gibt der Mehrheitswille des Parlaments den Ausschlag. Der Mehrheitswille des Volkes kann ihren Willen erst bei den nächsten Wahlen und in dem Umfang Geltung verschaffen, in dem es dann noch möglich ist.

... Wer diese Meinungsverschiedenheiten verschweigt oder bemäntelt, braucht sich nicht zu wundern, daß auch eine Diskussion über das Bündnis in Gang kommt ... Es ist einer unserer Hauptvorwürfe gegen Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, daß Sie ... Freundschaft mit Gefälligkeit und kooperative Einordnung in ein Bündnis mit vasallenhafter Lehenstreue verwechseln.

Sie geben sich zuversichtlich, daß es im Falle der Stationierung nur zu einer vorübergehenden Trübung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa und zu einer vorübergehenden Trübung, oder wenn ich Sie heute richtig verstanden habe, überhaupt zu keiner Trübung der deutsch-deutschen Beziehungen kommen wird. Nach allem, was wir wissen, ist es leider viel wahrscheinlicher, daß es bitterste Rückschläge geben wird. Und wir wissen doch auch in diesem Haus, wer dafür vor allem zu zahlen haben wird. Nämlich die Menschen im anderen deutschen Staat.

Der Beschluß des Jahres 1979 und der nachhaltige Einsatz des damaligen Bundeskanzlers haben zunächst bewirkt, daß die USA und die Sowjetunion in Genf im November 1981 Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen aufgenommen haben. Während dieser Verhandlungen haben sich beide Seiten bewegt. Beide Seiten – auch die Vereinigten Staaten.

Zuletzt hat nicht irgendwer, sondern der erste Mann der Sowjetunion folgendes öffentlich angeboten:

1. Eine Reduzierung der Zahl der auf Westeuropa gerichteten Systeme auf 140, und damit eine Reduzierung der Sprengköpfe auf etwa 420.

2. Die Verschrottung der überzähligen Systeme, d. h. den Verzicht auf ihre Verlagerung in den Fernen Osten.

3. Dies ist ein völlig neues Element, wer die Souveränitätslehre der osteuropäischen Staaten kennt: Die Kontrolle der Verschrottung an Ort und Stelle.

4. Die Festsetzung einer gemeinsamen Obergrenze für Flugzeuge mittlerer Reichweite. Im Gegenzug, so lautet dieses öffentliche Angebot, sollen die USA auf die Stationierung neuer Systeme verzichten.

Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag enthält das Eingeständnis der Sowjetunion, daß sie ihre Rüstung weit überzogen hat, daß sie viel mehr Raketen stationiert hat, als sie zu ihrer Sicherheit bedarf. Wir halten diesen Vorschlag für verhandlungswürdig und für verhandlungsfähig, er hätte auf seine Ernsthaftigkeit genauestens ausgelotet werden müssen.

Danach stehen wir heute vor zwei Optionen. Die eine lautet, die Bundesregierung stimmt der Stationierung zu. Dann wird es auf westlicher Seite alsbald einige hundert modernster Raketensysteme mehr geben. Aber auch die Sowjetunion wird nicht eine einzige ihrer Systeme abbauen, die Stationierung vielmehr verstärkt fortsetzen, zumindest auf die DDR und die Tschechoslowakei ausdehnen. Gleichzeitig werden die schon jetzt bedrohlichen Spannungen zwischen den Weltmächten weiter zunehmen ... Das ist Ihre Option.

Die andere Option lautet so: Die Bundesrepublik stimmt der Stationierung nicht zu. Dann erscheint eine drastische Reduzierung der sowjetischen Systeme erreichbar. Die Bedrohung mit nuklearen Waffen nimmt erstmals ab. Der Stationierungswettlauf wird unterbrochen, die Konfrontation zwischen den Supermächten wird gemildert. Die Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik erhält neuen Auftrieb ... Das ist unsere Option.

Sie haben die Sowjetunion immer wieder gedrängt, sich zu bewegen, ihre Überrüstung abzubauen. Das war richtig. Aber was haben Sie den Vereinigten Staaten gesagt? Paul Nitze, der Chefdelegierte der Vereinigten Staaten, hielt eine Vereinbarung für möglich, bei der auf westlicher Seite keine einzige Pershing-2-Rakete stationiert worden wäre. Er hatte eine solche Vereinbarung bei dem sogenannten Waldspaziergang vorgeschlagen. Herr Bundeskanzler, Sie haben noch nicht einmal diesen Vorschlag öffentlich unterstützt.

Ich werfe Ihnen vor, Herr Bundeskanzler, daß Sie Möglichkeiten, die sich daraus für eine Politik der Beendigung des Rüstungswettlaufs ergeben, nicht genügend genutzt haben. Daß Sie in Washington den Eindruck haben entstehen lassen, Sie seien zu fast allem bereit, was die gegenwärtige amerikanische Administration will und fordert.

Ein zentraler Punkt der Genfer Verhandlungen war bis zuletzt das Problem der englischen und französischen Systeme. Wir haben vorgeschlagen, ihre Berücksichtigung bei den START-Verhandlungen oder bei den weiteren Rüstungskontrollverhandlungen verbindlich zuzusagen. Sie haben sich dem widersetzt, auch heute. Sie sind immer auf den Satz ausgewichen, die Supermächte könnten in Genf nicht über Waffen anderer Staaten verfügen. Aber darum geht es doch gar nicht. Es geht darum, daß diese 162 Systeme in Europa existieren, daß sie auf Osteuropa gerichtet sind, daß sie bei SALT 2 nicht angerechnet wurden.

> ❝ Kommt es zur Stationierung, so werden wir alles daransetzen, damit diese Entscheidung korrigiert wird. ❞

Wer wollte denn, meine Damen und Herren, umgekehrt die Vereinigten Staaten davon überzeugen, sie müßten 162 Systeme ignorieren, wenn diese in der Karibik oder gar in Mittelamerika von Verbündeten der Sowjetunion stationiert und von dort aus auf das Territorium der Vereinigten Staaten gerichtet werden. Ein vergleichbarer Versuch der Sowjetunion hat doch 1962 zur Kuba-Krise geführt.

Wie soll es weitergehen? Kommt es nach Ihrem Willen zur Stationierung, so werden wir alles daransetzen, damit diese Entscheidung korrigiert wird. Wir werden nicht resignieren, wir werden uns mit Entschiedenheit gegen die Forsetzung der Stationierung in der Sowjetunion und gegen neue Stationierungen in der DDR und der Tschechoslowakei wenden. Und wir werden unablässig darauf drängen, daß die Weltmächte von neuem verhandeln, um den Rüstungswettlauf zum Stehen zu bringen, damit die Raketen, die jetzt stationiert werden, auf beiden Seiten wieder abgebaut werden.

Aber das genügt nicht, Friedenssicherung verlangt mehr. Sie verlangt neue und verstärkte Ansätze im Rahmen einer umfassenden Strategie. Deshalb treten wir ein für die Eröffnung einer neuen und konstruktiven Debatte über die künftige Strategie des Bündnisses.

„Unser Feind kommt aus Syrien“

Bei der libanesischen Armee in Souk-el-Gharb / „Das ist kein Bürgerkrieg“

Trotz des Waffenstillstandes vom 25. September werden die Stellungen der libanesischen Armee täglich von Drusen-Milizen und syrischen Geschützen unter Feuer genommen. Auch das Gebiet um den Flugplatz von Beirut und das christliche Ost-Beirut liegen unter ständigem Beschuß. Unser Korrespondent war in den umkämpften Stellungen von Souk-el-Gharb.

Von PETER M. RANKE

An den Wänden der großen Villa sieht man noch die israelischen Hinweis-Zeichen des Stabsquartiers. Auch heute beherbergt die einstmals herrschaftliche Residenz des kuweitischen Botschafters in den Pinien-Bergen oberhalb Beiruts ein Hauptquartier. Die libanesische Armee befehligt von hier aus die 8. und 5. Brigade im Schuf und vor Aley. Die Truppen in der Stadt Beirut unterstehen *direkt dem Verteidigungsministerium* in Yarze. In dem neuen Betonbau dort ist fast kein Fenster mehr heil, weil das Ministerium immer wieder unter Feuer gerät. In der Botschafter-Villa fanden die Israelis im vorigen Sommer ein Depot mit großkalibrigen Artillerie-Granaten. Ein Stabsoffizier weist uns ein. Das Gebiet östlich und südöstlich von Beirut wird von der Armee bewacht. Im Norden und im Süden an der Küstenstraße halten Milizmänner der christlichen „Lebanese Forces“ die Front.

Die Kollegen von einst sind heute Feinde

Es gibt keine durchgehenden Stellungen, das bergige und zerklüftete Gelände erlaubt nur Stützpunkte. Das sind oft verlassene Dörfer oder einzelne Villen, die mit Sandsäcken und Stacheldraht verwehrt sind. Die wichtigste dieser Einzelstellungen ist der frühere christliche Wohn- und Ferienort Souk-el-Gharb auf dem Höhenkamm rund 800 Meter über Beirut. Solange diese Position hält und solange die schiitische Amal-Miliz in West-Beirut noch nicht in die Kämpfe eingreift, kann Beirut nicht den prosyrischen Truppen der Drusen, Palästinenser und Iraner in die Hände fallen.

„Das hier ist kein Bürgerkrieg, sondern wir wehren uns gegen die Hilfstruppen der Syrer und gegen die syrische Übermacht an Artillerie, Raketen und Munition“, betont Oberst Hokayim, der Befehlshaber der 5. Brigade in Souk-el-Gharb. Wie seine Soldaten, meist Schiiten und Christen, trägt er eine Tarnuniform, die offenbar *aus Amerika kam. In der Hand* hält er ein Funkgerät. Sein Befehlsstand ist das halbzerstörte Ferienhotel „Haschyar“, dessen Fenster und Türen völlig hinter Sandsäcken verschwinden. Die Pinien rundherum sind zerschossen oder verbrannt. Vor dem Hotel stehen verschlammte Schützenpanzer mit der libanesischen Flagge an den Antennen.

In nicht so weiter Ferne sind schwere Granatwerfer-Einschläge zu hören. Aber Oberst Hokayim meint: „Heute ist es ruhig.“ Seine Soldaten sind angewiesen, defensiv zu handeln und nur punktuell zurückzuschießen. Nach Informationen des Stabes stehen den knapp viertausend Mann der 5. Brigade in zweihundert bis tausend Meter Entfernung gegenüber: *Zweitausend* Drusen der *Dschumblatt-Partei* mit Grad-Raketen und Stalinorgeln, 1200 Drusen aus der syrischen Armee und knapp zweitausend Palästinenser verschiedener Gruppen. Der Kommandeur dieser Feindtruppe ist ein ehemaliger „Kollege“ unseres Obersten: der frühere Generalstabschef Nadim Hakim, ein Druse. Er lief im September über und sitzt jetzt im Dschumblatt-Schloß Mukhtara.

Hinter uns heult die Sirene eines Ambulanzwagens. Ein Schwerverwundeter wird nach Beirut gebracht, über steile Feldwege durch Hänge mit Weinreben und Olivenbäumen. Obwohl alle Soldaten hier oben Schutzwesten und Stahlhelm tragen, gibt es immer wieder Verwundete durch Splitter oder direkten Beschuß. Die Drusen sind gute Scharfschützen und liegen im Hinterhalt. Das Gelände ist unübersichtlich. Nur ein Ziel ist von Freund und Feind klar auszumachen: Beirut und der Flugplatz liegen direkt unter uns.

Wenn also, wie in den letzten Tagen wieder, Salven aus den Stellungen der Drusen und Palästinenser im Häusermeer von Beirut, vor allem im christlichen Viertel, einschlagen, dann ist das gezielter Beschuß und kein fehlgeleitetes Feuer. Dieser Beschuß soll die Regierung Amin Gemayel unter Druck setzen und ankündigen, wie nahe der Feind vor der Stadt steht.

Es war die Offensive der Drusen-Milizen im September im Schuf und der gleichzeitige Aufstand der Schiiten in West-Beirut, die die junge Armee Libanons daran hinderte, alle Stellungen der abziehenden Israelis zu übernehmen. Die „Lebanese Forces“ und die Christen in Bamdoun bezahlten die Tatsache, daß die Armee nicht genug einsatzfähige Soldaten hatte, mit blutigen Opfern. Immerhin gelang es durch das Aushalten im Bamdoun, die christliche Bevölkerung zahlreicher Dörfer im Schuf nach Deir-el-Kamar zu evakuieren. Dort allerdings wird sie heute belagert.

In Souk-el-Gharb hat die libanesische Armee ihre erste Feuerprobe bestanden, ja besteht sie fast jeden Tag von neuem. Die 5. Brigade ist hochmotorisiert, überall stehen Jeeps und Schützenpanzer. Ein halbfertiges Haus ist zur „Garage“ für amerikanische Patton-Panzer geworden, frische Munition ist gerade aus Beirut gekommen. Vom Frachter *gleich an die Front. Die Moral der* Panzersoldaten ist gut. Immer wieder sagen sie: Das ist kein Bürgerkrieg. Unsere Armee muß gegen Syrien und seine Hilfstruppen kämpfen. Libanon steht im Krieg gegen Syrien.

Ohne die christlichen Milizen geht es nicht

Fragen nach der Religion weichen Soldaten und Offiziere aus. Wir sind Libanesen, heißt es immer wieder. Nur ungern geben Offiziere vor TV-Kameras Erklärungen ab, denn sie wollen Repressalien gegen ihre Familien vermeiden, die oft unter der Fuchtel der Syrer oder Palästinenser im Norden und Osten leben. Zivilisten sind kaum noch in Souk-el-Gharb. Zwei Frauen, die Wasser in Kanistern holen, lächeln zwar, geben aber auf unsere Fragen keine Antwort. Es gibt hier oben keinen elektrischen Strom mehr, kein Telefon, nur Brunnenwasser.

Inzwischen ist die Armee auf acht Brigaden mit rund 34 000 Mann gewachsen, aber das ist noch immer viel zu wenig zur Verteidigung des Landes, ja auch nur Beiruts. Ohne die christlichen Milizen geht es nicht. Daß heute im Schuf, im Norden und Süden die Armee und die „Lebanese Forces“ Seite an Seite kämpfen, sehr zum Ärger der Opposition, ist paradoxerweise dem Drusenchef Dschumblatt und den Syrern zu verdanken, die diese Konstellation herbeizwangen.

Junge US-Bürger sehen deutsche Wirklichkeit

DW. Hannover

„Für uns existiert die Berliner Mauer jetzt nicht mehr nur auf dem Papier oder auf Bildern.“ Paul M. Cole, 28 Jahre alt und Assistent des Instituts für strategische und internationale Studien der Georgetown-Universität in Washington, schildert seine Erfahrungen: „Es gibt keine Grenzen bei uns. Hier stehst du plötzlich an einer Mauer, kommst nicht weiter, und die Leute auf der anderen Seite dürfen noch nicht mal winken. Es ist unglaublich.“

Für 20 junge Amerikaner war die Besichtigung der Grenzanlagen das Schlüsselerlebnis ihres Besuches in Deutschland. Die US-Bürger waren auf Initiative der 1. Panzerdivision in Hannover., unterstützt vom Bundesverteidigungsministerium, in die Bundesrepublik Deutschland ge*kommen, um als Angehörige der* „zweiten NATO-Generation“ eine Woche lang das Land des wichtigsten Partners der USA „wirklich“ zu erleben.

In den Eindrücken der Amerikaner klang immer wieder die Erfahrung der unmittelbaren Nähe des sowjetischen Einflußbereiches durch. Mary Losty, Assistentin des früheren US-Verteidigungsministers James Schlesinger: „Letztlich bleiben unsere Studien doch Papier; erst wenn man mit den Menschen spricht oder vor der Mauer steht, weiß man, was hier wirklich los ist.“

Generalstreik in Nordwestindien

dpa, Neu-Delhi

Mit einem Generalstreik hat die Bevölkerung des nordwestindischen Bundesstaates Punjab gestern gegen die fortgesetzten Unruhen und Morde protestiert. Geschäfte, Behörden, Büros und Schulen in dem an Pakistan grenzenden Staat seien geschlossen und der Verkehr stark beeinträchtigt, berichtete die Polizei.

Der Streik ist u. a. von der konservativ-hinduistischen Oppositionspartei „Bharatiya Janata Party“ (BJP) ausgerufen worden. Zu Zwischenfällen ist es nach Polizeiangaben nicht gekommen. Die Streikorganisatoren haben für Dienstag in den Punjab benachbarten Staaten Haryana und Himachal Pradesh ebenfalls zu einem Generalstreik aufgerufen.

„Der Tag danach“: Eine Film-Idee wird zum Spektakel des Schreckens

Von TH. KIELINGER

Es war nur eine Frage der Zeit, bis auch dieser Film gedreht werden mußte. Die zeitgenössische Psyche jedenfalls ist ausreichend vorbereitet auf das Szenarium des Weltendes. Denn unsere Sicherheit ist an eine Doktrin gekoppelt, die für den Fall eines Atomkrieges „die gegenseitig zugesicherte Vernichtung“ in Aussicht stellt. Ein Irrtum, ein falscher Knopfdruck – und schon kann die Zivilisation verglühen: Aus solchem Stoff ist das Innenfutter von Abschreckung sowie der Ablauf von Horror-Filmen gewirkt. Ein gefundenes Fressen für Hollywood. Man wundert sich, daß es nicht schon früher aufgetischt worden ist.

Der Countdown zum Spektakel lief in den USA am 20. November ab, das voyeuristische Panorama des *Schreckens entfaltete sich zwischen* 20.00 Uhr und 22.15 Uhr. Schätzungsweise 70 Millionen Amerikaner, aufgescheucht durch ein seit Wochen dröhnendes Trommelfeuer der Medien, schalteten den Kanal der „American Broadcasting Company“ (ABC) ein, um sich dem Schlüssellocherlebnis vom „Tag Danach“ („The Day After“) anheimzugeben.

Der Film zeigt den Untergang von Kansas City im Kugelblitz mehrerer atomarer Explosionen und schildert, wie in dem etwa 40 km weit entfernten Universitätsstädtchen Lawrence, im US-Bundesstaat Kansas, das Überleben nach der Katastrophe dahinsiecht – nur um auch hier allmählich zu ersterben.

Das Idealbild wird in einer Bilderflut ertränkt

Scriptschreiber Edward Hume, Direktor Nicholas Meyer und ABC-Filmboß Brandon Stoddard versprachen sich, als sie vor zwei Jahren das Projekt auszuhecken begannen, so etwas wie eine moderne Katharsis, die von der Schilderung des nuklearen Weltendes ausgehen müsse: „Wir wollten einfach den öffentlichen Dialog über ein wichtiges Thema anfachen“, gab Stoddard zu Protokoll. Furcht und Mitleid als Auslöser reinigender Erweckung. Dies Idealbild wird leider in einer Bilderflut ertränkt.

Der Schreckensausmalung liegt keine Analyse der politischen Verhältnisse zugrunde, kein klärender Begleitdialog über Krieg und Frieden und die Mittel der Verhütung atomarer Krisen. Es dominiert die nackte, unvermittelte Wucht der Szenen, nachdem aus Lautsprechern, Autoradios und von Fernsehnachrichtensprechern flüchtig der Ablauf einer Berlin-Blockade, das Vordringen kommunistischer Verbände auf westdeutsches Territorium als Anlaß des ersten nuklearen Schlagabtauschs angerissen worden ist.

Der Film arbeitet mit den simplen Methoden der Einschüchterung, indem er alle intellektuellen Milderungen ausgeschaltet sein läßt. Im ganzen Land standen daher Gemeindezentren und Beratungspsychologen auf Wache, um „verstörte Bürger, die Rat suchen würden“, auffangen zu können., wie es in den lokalen Bekanntmachungen hieß.

ABC selber war sich der möglichen Wirkung seines Produkts auf dem Markt der Angst (und der Angstmacherei) wohl bewußt. Es verteilte 500 000 Broschüren in alle Himmelsrichtungen, um vor allem Schulkinder mit „Diskussionsstoff“ zu versorgen.

„Glaubst Du, daß Ereignisse in Deinem Leben vorherbestimmt sind?“, lautete beispielsweise eine Frage. Und: „Hat Deine Haltung zu dieser Frage Deine Einschätzung der Zukunft bereits beeinflußt?“ Der amerikanische Erzieher-Verband warnte Eltern, Kinder unter 12 Jahren diesen Film sehen zu lassen.

Ob der Film „terrorisiert“, wie einige Kritiker behaupteten, muß freilich dahingestellt bleiben. Eher handelt es sich, wie Henry Kissinger in einer anschließend an den Streifen ausgestrahlten Diskussionsrunde anmerkte, um eine „Orgie von Bildern über Fakten, die uns seit dreißig Jahren geläufig sind“. Ein Kritiker sprach von „Nuklearpornographie“. Eingeblendet in die ungefilterte Ablichtung aus dem verseuchten nach-explosiven Gelände wurden immer wieder Szenen der Rührung. Denise, die Farmerstochter, rennt wie wahnsinnig aus dem Keller ins Freie, auf der Suche nach ihrem Bräutigam, um verirrt und verseucht in ihr Haus zurückzukehren, wo sie, auf die Treppe gekauert, das Brautkleid an sich krampft. In den Notunterkünften der Uniklinik von Lawrence bringt eine Frau ihr Baby Tage nach dem Atomschlag zur Welt, wobei sich ihr verrußtes Gesicht beim Anhören der ersten Schreie des Neugeborenen gefühlsverzerrt abwendet.

Auch hier traf Kissinger den Nagel auf den Kopf, als er urteilte: „Der Film stellt das atomare Problem von seiner simplicistischen Seite dar. Die eigentliche Frage ist: Wie vermeidet man einen solchen Krieg, und wie bewahrt man dabei die Freiheit?“

Die Reagan-Administration, ein wenig durch die Publicity in Bedrängnis gebracht, übergab der Öffentlichkeit eine 18 Seiten lange Dokumentation über die bisherige Abrüstungs- und Abschreckungspolitik des Präsidenten. Außerdem schickte man Außenminister Shultz an die Front, der in einem ersten Interview, im Anschluß an den Film, das Erwartete von sich gab: daß ein nuklearer Krieg nicht akzeptabel sei und daß die Politik aller US-Regierungen der letzten vierzig Jahre erfolgreich den Ausbruch eines solchen Krieges verhindert habe.

Den größten Erfolg streicht ABC ein

Für die amerikanische Friedensbewegung, die sich hauptsächlich um die Idee eines nuklearen „Freeze“ gruppiert, kam der 7-Millionen-Dollar-Film wie ein unverhoffter Segen nach Monaten vernichtender legislativer Niederlagen. Ob das ABC-Spektakel vom „Tag Danach“ die sinkenden Aktien dieser Bewegung aufwerten kann, muß man dennoch mit großer Skepsis abwarten.

Den größten Erfolg, das ist schon jetzt unbestritten, darf die Fernsehgesellschaft ABC für sich einstreichen. Die Atom-Show wurde im November ausgestrahlt, das heißt zu einer Zeit, in der die einzelnen Kanäle von unabhängigen Instituten nach Einschaltquoten bewertet werden, die ihrerseits den Mediengewaltigen erlauben, die neuen Preise für Werbespots festzulegen. ABC bot für den „Tag Danach“ günstige Tarife an: „nur“ 15 000 Dollar pro 30 Sekunden Werbezeit, statt der bei Erstaufführungen üblichen 175 000 Dollar. Gemessen an der Einschaltquote von „The Day After“ aber wird ABC in den kommenden Monaten seine Werbepreise spielend anziehen können. Die Orgie des Schreckens hat für die Business-Seite der Medaille durchaus seine freundlichen Aspekte.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

[illegible]

Chirac nennt Mitterrand „monarchisch"

AFP, Paris

Der Pariser Bürgermeister und Chef der französischen Oppositionspartei RPR, Jacques Chirac, hat den Redestil von Staatspräsident François Mitterand als monarchisch kritisiert. In Anspielung auf ein Fernseh-Interview Mitterrands meinte Chirac, mit Mitterand fühle man sich in die Zeit von Ludwig XIV. zurückversetzt. Mitterrand hatte in dem Gespräch erklärt, er entscheide als Präsident allein über den Einsatz der französischen Atomwaffen und sei Garant für die Unabhängigkeit Frankreichs. „L'e tat c'est moi' – der Staat bin ich – scheint der Staatschef sagen zu wollen", erklärte Gaullistenführer Chirac, der im übrigen mit Mitterrand darin übereinstimmte, daß eine Stationierung Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland nötig sei.

CSU wehrt sich gegen Spekulation

dpa, München

Die CSU ist Spekulationen entgegengetreten, wonach der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit „DDR"-Vertretern über einen zweiten Milliardenkredit in Verhandlungen gestanden habe. „Strauß ist in keiner Weise in einen weiteren Kredit an die DDR verwickelt", versicherte CSU-Pressesprecher Godel Rosenberg im Gespräch mit dpa. Der CSU-Vorsitzende habe zwar den ersten Milliardenkredit eingefädelt, er sei jedoch „weder offiziell noch inoffiziell, weder hinter den Kulissen noch unter dem Tisch" in weitere Kreditgespräche „involviert".

Rosenberg widersprach damit einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel". Darin heißt es, daß aus einer schriftlichen Ostberliner Zusammenfassung über die Gespräche mit Strauß im Sommer dieses Jahres „eine Art Verpflichtung zur Zahlung der zweiten Milliarde" herauszulesen sei.

Auf London wartet viel Ärger

Grenada und Zypern sind die Hauptthemen der Commonwealth-Konferenz in Neu-Delhi

FRITZ WIRTH, London

Margaret Thatcher, die seit einigen Monaten gewiß nicht über einen Mangel an politischen Mißgeschicken und steifen Brisen klagen kann, die ihr direkt ins Gesicht blasen, reist heute in ein schon notorisch politisches Tiefdruckgebiet. In Neu-Delhi wird morgen die Commonwealth-Konferenz eröffnet, auf der es seit Jahrzehnten nun schon böser Brauch geworden ist, vor allen Dingen auf die Briten einzuschlagen.

Obwohl Großbritannien in dieser Völkergemeinschaft, der inzwischen ein Drittel aller Bürger dieser Welt angehören, keine größeren Rechte, Pflichten und Privilegien hat als alle anderen 47 Commonwealth-Mitglieder, ist es seit der Geburtsstunde dieser Organisation der immerwährende Sündenbock. London ist zum beliebten Abladeplatz des Ärgers und zuweilen immer noch nicht ganz bewältigter Erinnerungen an Kolonialzeiten geworden. Das nahm besonders während der Rhodesien-Querelen solche Formen an, daß Premierminister wie Wilson, Heath und Callaghan diese Veranstaltungen zu hassen begannen.

Politische Machtlosigkeit

Diese Gemeinschaft war niemals arm an Problemen und stets reich an guten Worten. Die politische Machtlosigkeit des Commonwealth wurde selten deutlicher demonstriert als während des Grenada-Konflikts, als sich die Opfer und Ausgelieferten dieses Konflikts nicht an die Commonwealth-Veteranen wie England und Kanada um Hilfe wandten, sondern gleich an die erste und beste Adresse in Washington.

Dieser Konflikt hat Wunden im Commonwealth aufgerissen, die auch in Neu-Delhi kaum geheilt werden dürften. Das Commonwealth ist über die amerikanische Intervention nach wie vor tief zerstritten. Neun der 48 Mitglieder – und zwar ausschließlich Länder der Karibik – stehen hinter der Grenada-Initiative Präsident Reagans, 20 Mitglieder einschließlich Indien, Singapur und fast alle afrikanischen Commonwealth-Länder verurteilen sie. Der Rest hat eine Position im neutralen Niemandsland bezogen, und dazu gehört das gesamte „alte" Commonwealth mit Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland.

Grenada wird das Hauptthema der Konferenz bleiben. Mit den üblichen rhetorischen Nachhutgefechten wird es jedoch nicht getan sein. Das Thema einer Commonwealth-Friedenstruppe ist akut. Und da Frau Thatcher lediglich bereit ist, einem derartigen Unternehmen moralische und materielle Unterstützung zu geben, aber keine britischen Soldaten abstellen wird, dürfte der kanadische Premier Pierre Trudeau wohl eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung dieses Projektes spielen.

Die Hoffnung, daß die internen Konflikte des Commonwealth-Landes Zypern in Neu-Delhi auch nur um einen winzigen Schritt einer Lösung nähergebracht werden, sind gleich Null. Präsident Spyros Kyprianou wird mit Sicherheit versuchen, die Konferenz zum Forum seines Protestes zu machen, und die Briten dürften an ihre Rolle als Garantiemacht für Zyperns Unabhängigkeit erinnert werden, doch ansonsten dürfte kaum mehr als die Ohnmacht des Commonwealth im Umgang mit derartigen Krisen vor der eigenen Haustür offenbar werden.

Frau Thatcher hat guten Grund, mit gemischten Gefühlen nach Neu-Delhi zu fliegen, denn sie muß zum ersten Mal in ihrer Amtszeit ohne jenen Mann zu dieser Konferenz anreisen, der die letzten beiden Treffen in Lusaka und Melbourne mit seiner beträchtlichen politischen und diplomatischen Expertise so eindeutig beherrschte, auf Lord Carrington. Er war der Architekt des „Wunders von Lusaka", als er dort den Durchbruch im Rhodesien-Konflikt erreichte, der schließlich zur Unabhängigkeit Zimbabwes führte, und Carrington war es, der 1981 in Melbourne den großen Namibia-Aufstand verhinderte.

Der damalige britische Außenminister konnte in Melbourne die afrikanischen Commonwealth-Mitglieder und besonders Nigerias Präsident Shagari überzeugen, daß die sogenannte Namibia-Kontaktgruppe, der die USA, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Kanada angehören, nach wie vor das wichtigste Instrument zur Lösung des Namibia-Problems sei und gewann damals zumindest wertvolle Zeit.

Die Hürden werden höher

Diese Zeit und besonders die Geduld der schwarzafrikanischen Staaten ist in den letzten zwei Jahren jedoch sichtlich ausgelaufen. In Melbourne hatte das Commonwealth das Jahr 1982 zum „Namibia-Jahr" erklärt, in dem diese Hürde ausgeräumt werden sollte. Sie ist heute eher noch höher geworden. Lord Carringtons Nachfolger Sir Geoffrey Howe, der als Neuling auf dieser Konferenz auftritt und zu den meisten Staatsmännern und Kollegen noch keinen Kontakt hat, wird in den nächsten acht Tagen in Neu-Delhi eine wahrscheinlich höchst unangenehme politische Feuertaufe zu überstehen haben.

Ebenso vergeblich wird man in Neu-Delhi wohl versuchen, der sogenannten „Melbourne-Erklärung" neues Leben einzuhauchen. Diese Erklärung, die im Oktober 1981 in Melbourne in der Erregung und Betroffenheit über das Attentat an Präsident Sadat unterging, sollte das Verhältnis zwischen den Staaten der Dritten Welt und den Industrienationen neu regeln.

Der neuseeländische Premier Muldoon sah das Schicksal dieser Erklärung damals schon sehr präzise voraus, als er feststellte: „Jedes Dokument über eine neue Weltwirtschaftsordnung, das nicht die Unterschrift des amerikanischen Präsidenten trägt, ist wertlos." Es bedurfte nicht erst des Grenada-Konflikts, um zu belegen, daß dieser Realismus des skeptischen Robert Muldoon heute so gültig ist wie vor zwei Jahren.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Dumme dienen, Kluge umgehen?

„Leserbrief: Intelligente Drückeberger"; WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Herren,

den ebenso wahren wie leider viel zu selten getroffenen Feststellungen von Detlef Stichling ist eigentlich nur eine Ergänzung anzufügen: Die Wehrdienstumgeher des Jahres 1983 haben sich dem Verhalten der Vätergeneration der Jahrgänge 1937 ff. nur angepaßt. Denn in diesen Jahrgängen ist der Anteil der Tauglichen gewiß sicher höher, der Anteil der Gedienten ungleich geringer als der bei den heute 20jährigen. Der Prozentsatz der damals tauglich Gewesenen steigt, und der Anteil der Ungedienten fällt mit steigender Position der Betreffenden in allen Bereichen des Lebens – Paradebeispiel sind Universitätsprofessoren, Manager und Politiker.

Zur Interpretation dieses Sachverhaltes bieten sich drei Versionen an:

● Der Grundwehrdienst (GWD) bewirkt eine Verzögerung in Ausbildung und beruflicher Karriere, wobei den Ungedienten dieser zeitliche Vorsprung den Einstieg in die offenen Positionen möglich machte, die durch den Blutzoll von 15 männlichen Geburtsjahrgängen vorzeitig freigeworden sind: sei es, daß es „nur" 15 oder 18 Monate sind, sei es (Ausspruch eines naturwissenschaftlichen Ordinarius), daß die durch den GWD bewirkte „Verkümmerung der geistigen Potenz" eine längere Rekonvaleszenz erfordert und damit das zeitliche Nachhinken noch weiter ausdehnt.

● Körperliche Fitneß (und damit „Tauglichkeit") und geistige Qualität verhalten sich umgekehrt proportional zueinander (wobei sich das erstaunlich hohe Jogger-, Tennis- und Volkslaufmarschpotential natürlich erst im Nachhinein entwickelt hat).

● Der Dumme dient, der Kluge umgeht, und aus der darin vermuteten Intelligenzdifferenz wird dann die Karrieredistanz abgeleitet.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Oswald Hahn,
Rückersdorf

Rotor-Segler

„Mit Unterdruck über den Atlantik"; WELT vom 10. November

Der Artikel des Herrn Leibel aus Paris erweckt den Eindruck, das Verfahren mit dem „Turbo-Segel" sei von Herrn Cousteau erfunden.

Erste Großversuche wurden bereits in den 30er Jahren durch den Ingenieur Anton Flettner (1.11. 1885 – 19.12.1961) unternommen. Er hatte einen Zweimaster anstatt mit Masten und Takelage mit zwei hohen Rotoren ausgerüstet.

Im Gegensatz zu dem von ihm erfundenen Flettner-Ruder für Flugzeuge und Schiffe hat sich seine Erfindung des Rotors als Antrieb nicht durchsetzen können.

In meiner Jugendzeit habe ich das Versuchsschiff auf der Ostsee „schippern" sehen.

Mit freundlichem Gruß
C.-H. Krause,
Wohltorf

Kein Ausweg

„Wo ist die ‚neue' Heimat?"; WELT vom 11. November

Sehr geehrte Redaktion,

als Mitglied der Sozialausschüsse bin ich auch Gewerkschaftsmitglied. Neben vielem anderen schreiben Sie: „Hilfreich wäre zudem, wenn die Baukonjunktur nachhaltig in Schwung käme".

Was soll denn da in Schwung kommen? Die Wiederaufbauphase ist schon lange Vergangenheit. Darüber hinaus wurde durch Abriß- und Kahlschlagsanierungsprogramme die Überkapazität der Bauwirtschaft alimentiert, von Zersiedelungstendenzen ganz zu schweigen.

Im Zuge der „Nostalgie" setzte sich breit der Denkmalschutzgedanke durch, und Deutschlands Mittelstädte wurden oft historisch getreu restauriert.

Unsere Bevölkerung entwickelt sich rapide zurück. Mühsam wird dieses Phänomen durch Einwanderung aus dem Ausland kaschiert. Sonst nämlich hätten wir schon lange eine blühende Abbruchkonjunktur.

Nein, hilfreich sind allein auskömmliche Mieten und eine hinreichende Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals.

Das kapiert auch ein Gewerkschaftsmitglied, wenn endlich damit Schluß gemacht wird, ihm neuen Neubauschwung vorzugaukeln.

Mit freundlichem Gruß
L. Hoffmann,
Hamburg 76

Aus der Karl-May-Gesellschaft

„War Shatterhand ein Sexmonster?"; GEISTIGE WELT vom 22. Oktober

Der Beitrag „War Shatterhand ein Sexmonster" präsentiert sich dem nicht informierten Leser wie die objektive Berichterstattung der WELT über die Tagung einer literaturwissenschaftlichen Gesellschaft.

Dem ist aber keineswegs so: Die Presse war nicht zur Berichterstattung aufgefordert, und der Autor Gerhard Klußmeier (den ich persönlich gut kenne und sonst sehr schätze) schrieb aus eigenem Antrieb. Er gibt aufgrund seiner Mitgliedschaft und Kenntnis eben dieser Gesellschaft Interna aus dem Spektrum derzeitiger Karl-May-Forschung preis; Interna, die noch nicht ausdiskutiert sind. Weil dies aber kein unbefangener Leser wissen kann, sei hier kurz rekapituliert, worum es eigentlich geht.

Eine Gruppe von jüngeren Literaturwissenschaftlern untersuchte kürzlich mit Hilfe psychoanalytischer Untersuchungsmethoden einzelne Werkspartien von Karl May und trug die Ergebnisse in der Form schriftlicher Abhandlungen den Mitgliedern der Karl-May-Gesellschaft vor, und zwar ganz unabhängig von der Mitgliederversammlung in Regensburg. Die vorgetragenen Thesen blieben nicht unwidersprochen, die Diskussion darüber ist – wie gesagt – nicht abgeschlossen.

Auf der Mitgliederversammlung der Karl-May-Gesellschaft in Regensburg gab es statt dessen für die Öffentlichkeit einige Vorträge, die durchaus im Sinne der Satzungsziele der Gesellschaft geeignet sind, einen angemessenen Platz in der Literaturgeschichte für Karl May zu finden:

● Man wurde informiert über Möglichkeiten und Probleme einer historisch-kritischen Werkausgabe.

● Eine kritische Auseinandersetzung mit dem zwiespältigen Syberberg-Film nahm den Titelhelden Karl May ausdrücklich vor einer Negativ-Psychologisierung in Schutz.

● Eine Textlesung aus dem Alterswerk sollte den immanenten Kunstwerk-Charakter des Textes demonstrieren.

● Daran anknüpfend folgte eine Untersuchung der Initiationsmotive im Spätwerk Karl Mays.

● Als Zentralveranstaltung wurde Karl-Mays apogryphe Prozeßschrift „Frau Pollmer, eine psychologische Studie" untersucht.

Besonders dieser brisante Text bietet (und das läßt sich denken) viele Angriffsflächen zu mancherlei Spekulationen über Mays Vita sexualis, handelt es sich bei Frau Pollmer doch immerhin um Mays geschiedene erste Gattin. Dennoch wurde in vornehmer Weise konstatiert, daß dieser bisher unbekannte May-Text nicht eigentlich objektiv-biographisch zu werten ist, sondern als eine Arbeit von besonderer literarischer Qualität, wie sie seit Strindberg vielleicht nicht mehr zu lesen war (so Professor Dr. Heinz Stolte).

Von May-Forschung und Laienpsychologie war also auf dem „Zusammentreffen der May-Vereinigung" weder im Tagungsprogramm noch in irgendwelchen Resümees auch nur mit einem Wort die Rede. Deshalb wäre es angemessen, durch die Veröffentlichung meiner Darstellung mögliche falsche Eindrücke bei WELT-Lesern zu korrigieren.

Hartmut Kühne,
Hamburg 71

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Wir haben keinen Grund, gegen unsere Welt Mißtrauen zu haben, denn sie ist nicht gegen uns. Hat sie Schrecken, so sind es unsere Schrecken, hat sie Abgründe, so gehören diese Abgründe uns, sind Gefahren da, so müssen wir versuchen, sie zu lieben."

Rainer Maria Rilke, dt. Dichter (1875–1926)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Publizist und Verleger Professor Johannes Binkowski feiert am 27. November seinen 75. Geburtstag. Binkowski, Verleger und Chefredakteur der „Schwäbischen Post" in Aalen und der „Gmünder Tagespost", war von 1970 bis 1980 auch Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger gewesen. Johannes Binkowski ist in Oberschlesien geboren. Er studierte Theologie, Philosophie und Pädagogik und engagierte sich zunächst als Dozent in der Erwachsenenbildung. Die Nationalsozialisten verboten 1937 sein Werk „Religiöse Erwachsenenbildung". Binkowski wurde außerdem mit Schreibverbot belegt. Vor allem als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger hatte sich Binkowski später immer wieder für den Zugang der Tageszeitungen zu den neuen elektronischen Medien verwandt, um die publizistische Existenz der Zeitungen zu sichern. Einen besonderen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht er in der Ausbildung des Nachwuchses in den Redaktionen. Dieser Aufgabe widmet er sich bis heute als Beauftragter für die Journalistenausbildung im Präsidium des Bundesverbandes der Zeitungsverleger. Seiner Initiative ist die Gründung der Stiftervereinigung der Presse e. V. zu verdanken. Lange saß Professor Johannes Binkowski auch im Präsidium des Internationalen Zeitungsverlegerverbandes, dem er heute als Ehrenvizepräsident angehört.



Flotte Musik machten 90 Bundeswehrmusiker: Für den Dirigenten Oberstleutnant Andreas Lukacsy gab es noch den Konzert Glückwünsche von Elfie Wörner, der Ehefrau des Verteidigungsministers. FOTO: KEIL

EHRUNG

Die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität hat als erste in Deutschland die Jean-Giraudoux-Medaille erhalten. Der französische Dichter Giraudoux war als Germanistikstudent 1905 für ein Jahr nach München gekommen. In dieser Zeit wurde stark sein Deutschlandbild geprägt. In seinem Werk warb er immer wieder für die deutsch-französische Verständigung. Jean Giraudoux hatte zu Beginn des Jahrhunderts enge Kontakte zu Künstlern und Intellektuellenkreisen in München hergestellt.

VERANSTALTUNG

Mit Pelzmänteln und Stiefeln gegen die Kälte gewappnet, lauschten an die 1000 Gäste einem Festkonzert, zu dem das Stabsmusikkorps der Bundeswehr in das Zelt der Bonner Beethovenhalle eingeladen hatte. Die durch einen Brand beschädigte Halle fehlte jetzt im Winter. Dennoch war der Beifall groß, als der Dirigent, Oberstleutnant Andreas Lukacsy, zum letzten Mal das große Amerika-Programm durchspielte. Das Stabsmusikkorps hatte Bundespräsident Karl Carstens auf dessen Amerika-Reise begleitet und bis zu 5000 Zuhörer in Philadelphia, Washington oder Houston, Texas, gefunden, wenn auf öffentlichen Plätzen gespielt wurde. Von den Meistersingern bis zum sinfonischen Rock and Roll reichte das Programm. Der Reinerlös des Bonner Konzertes wird dem Altenhilfswerk „Die gute Tat" der „Kölnischen Rundschau" überwiesen. Nach einer ersten Zählaktion sind in diesem Jahr rund 19 000 DM für diesen guten Zweck zustande gekommen. Unter den Konzertgästen waren auch Verteidigungsminister Manfred Wörner und Ehefrau Elfi.

Ungebrochene Sehnsucht nach freien Spielräumen: Jugend in der „DDR“

Jeans und Parka als Weltanschauung

Da hat er also vor einiger Zeit grünes Licht bekommen – der „Sonderzug nach Pankow“ des Udo Lindenberg aus Hamburg, und wenngleich ihm das eigentliche Infahrtkommen vor Ort – sprich: in der „DDR“ – auch erst noch bevorsteht, so fällt einem zu diesem Textfragment aus Lindenbergs schamlos-charmanter Polit-Anmache doch eine Menge mehr ein als nur der 25. Oktober 1983, an dem die „Oberindianer“ der „DDR“ den in den Köpfen des volkseigenen Nachwuchses so präsenten Fremden ihre Stammesgrenzen passieren ließen. Denn dieser „Sonderzug nach Pankow“ ist, bei Lichte besehen, eigentlich schon recht lange und zudem außerordentlich erfolgreich unterwegs auf besagtem Terrain. Gewiß, ein Vergleich mit entsprechenden Geschehnissen in der Ulbricht-Ära der „DDR“ macht deutlich, wie sehr man gelernt hat, was den Umgang mit westlicher Kultur angeht: Nicht mehr so sehr die aggressive, mit schwerem ideologischen Geschütz operierende Bekämpfung und versuchte Ausgrenzung von unliebsamen kulturellen Tendenzen findet statt, sondern – die je und je taktisch motivierte Integration: *Man springt in der „DDR“ inzwischen*, wenn das paradoxe Bild erlaubt ist, über den kleinen Schatten, um vom größeren abzulenken.

Der westdeutsche Literaturwissenschaftler Manfred Jäger hat hierfür den außerordentlich präzisen Begriff von der „pragmatischen Willkür“ gefunden. Im Falle Lindenberg durfte dieser drinnen singen und sagen, was sonst tabu ist – während draußen vor der Tür des Palastes der Republik die Ausgesperrten „Wir wollen rein!“ riefen. Draußen vor der Tür und drinnen im Saal – das sind die Pole der neuen Ära in der „DDR“, die mit dem Namen Honecker verbunden ist. Und dazwischen liegt die Fülle der alten Schikanen und Maßnahmen gegen all jene, denen das Blauhemd der FDJ zuwider, Bluejeans und Parka jedoch eine ganze Weltanschauung sind.

Diese letzte Formel ist, auch wenn sie so klingen mag, ganz und gar keine Übertreibung, sondern das Bekenntnis einer literarischen Kultfigur seit über zehn Jahren – ein Bekenntnis des Edgar Wibeau aus dem in Ost- und Westdeutschland ungebrochen erfolgreichen Prosa- und Theaterstück „Die neuen Leiden des jungen W.“ von Ulrich Plenzdorf. Was Plenzdorf Anfang der siebziger Jahre mit *Hilfe seines Helden sagen durfte*, war eigentlich für den Eingeweihten vor Ort keine Sensation, sondern ein offenes Geheimnis: Und wenn ich das so sage, dann rede ich nicht von angelesenen Informationen, sondern rekapituliere eigene Erfahrungen, die bis ins Jahr 1976 reichen. Was auch immer im Westen Deutschlands als kulturelles Phänomen, als Mode, Trend oder Idol ins Rampenlicht der grenzüberschreitenden Medien geriet – es erreichte uns nicht nur. Es überzeugte auch.

... alles ist hier doch so langweilig – ZDF, 21.45 Uhr

Das mag leichtfertig klingen, den Ruch von Manipulierbarkeit erzeugen. Aber ich glaube nicht, daß solche Urteile zutreffen. Der Jazz in den fünfziger Jahren, die Musik der Beatles und Rolling Stones, Rock 'n' Roll und Bluejeans, lange Haare und Parka – diese Importe waren ja nur die eine Seite der Medaille. Die zweite bot anderes: Gruppen und Kreise, in denen man Gedichte und Prosa schrieb und las, die nie eine Chance hatten, gedruckt zu werden.

So war und ist die Übernahme sogenannter westlicher Kultur in der „DDR“ also nie nur der spielerische Anschluß an neue ästhetische Welten, sondern immer zugleich das bekenntnishaft getragene Abzeichen einer unabhängigen Subjektivität, der Ausdruck des Strebens nach Selbstbestimmung inmitten politischer Verhältnisse, für die Selbstbestimmung noch im letzten Einzelfall ein Anschlag auf die Sicherheit der herrschenden Ordnung ist. Gegenkultur: das ist das Stichwort, das im übrigen die durchaus notwendigen Bemühungen um ein deutsch-deutsches Kulturabkommen konterkariert und nicht selten sogar einer gewissen Lächerlichkeit preisgibt. Denn ein deutsch-deutsches Kulturabkommen – ungeschrieben zwar, aber unübersehbar *in seiner Substanz – gibt es* seit Beginn der Existenz zweier deutscher Staaten nach 1945; und selbst in der gemeinsamen Übernahme der amerikanischen Variante von Kultur – ob Musik, Tanz, Literatur – liegt mehr deutsch-deutsche kulturelle Gemeinsamkeit, als je ein paragraphenreiches Abkommen auf der Ebene der Administrationen mit sich bringen könnte. Der Grund ist klar und einleuchtend: ungebrochene Sehnsucht nach freien Spielräumen. Hüben wie drüben.

Daß die Jugend in diesem Zusammenhang den Ton an- und die Geste weitergibt, kann nicht verwundern. Sie hat – wo auch immer – noch am wenigsten zu verlieren. Im Gegenteil: Sie kann das Wesentlichste dabei gewinnen: nämlich sich. Daß der Preis dieses gar nicht so spielerischen Spiels im anderen Teil Deutschlands für den einzelnen ungleich größer ist, sollte man dabei nicht vergessen.

ULRICH SCHACHT

KRITIK

„Wir sind immer gut für einen Skandal“

Was für die Marlitt und Hedwig Courths-Mahler die Herrschaften von Adel waren, das sind für den heutigen Groschenroman Ärzte oder Anwälte. Für die Norwegerin Sigrid Undset, immerhin 1928 mit dem Literatur-Nobelpreis ausgezeichnet, waren es Maler. „Jenny“, gemeinschaftlich vom norwegischen Fernsehen und vom NDR für den Bildschirm aufbereitet (Mittwoch und Sonntag, *ARD) belegt* es.

Die Titelfigur weiß auch den Grund dafür: „Wir sind immer gut für einen Skandal.“ Und der lag 1911, als der Roman entstand, nicht erst dort, wo sich eine Frau mit einem verheirateten Mann, noch dazu dem Vater ihres Verlobten, einließ. Schon daß sie auf eigenen Füßen stehen wollte und allein in Rom weilte, statt einen Mann zu nehmen und Kinder zu kriegen, galt als unerhört.

Alle Vorurteile der Entstehungszeit und alles, was eine wahrhafte verlogene Moral einmal als Problem ansah, hat Regisseur Per Bronken denn gebündelt in die mehr als drei Stunden seines Zweiteilers verpackt. Zugegeben, mit grandiosen Land*schaftsaufnahmen aus Rom, aus der* Campagna und aus Norwegen unterlegt. Das Schwülstige der Sprache indes mit ihrer fatalen Neigung, das „Anliegen“ der Autorin in Sentenzen kristallisieren zu lassen, und die schier haarsträubende Handlung der Schnulze mit programmiertem Selbstmord „wegen der eigenen Schuld“ wurden durch so viel Schönheit nicht erträglicher.

Den Rest besorgte eine Übersetzung, die ein „Wenn“ für den Konditional auch dann nicht kannte, wenn der jeweils sprechende Mund nicht im Bild war. Aus Liv Ullmann, von der uns gesagt ist, daß sie eine große Schauspielerin sei, wird dann ein denkbar unattraktives Häufchen Verklemmung. Mit derart stereotypen Reaktionen zudem, daß Katja Medboe (Cesca) und Vibeke Falk als Ehefrau-Furie ihr mühelos die Schau stahlen.

So wurde denn nur bewiesen, daß schon 1928 mit dem Nobelpreis nicht literarische Qualität prämiiert wurde.

KATHRIN BERGMANN





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

(Nur über die Sender des ZDF)

10.00 heute
10.03 Vor den Augen der Welt
12.10 Kinder, Kinder
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

09.55 Aus dem Bundestag
bis ca. 18.00 Fortsetzung der Debatte zur Nachrüstung
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Unterhaltungsspiel mit Sigi *Harreis*
Heute: Tanz, vertreten durch Birgit Keil, Irene Mann, Silke Sense und *Heinz Spoerli*, gegen Märchen, vertreten durch Trudl Gerster, Ellis Kaut, sowie zwei Kindermannschaften



Das Unterhaltungsspiel, das sie moderiert, gehört nach wie vor zu den beliebtesten: „Montagsmalerin“ Sigi Harreis
FOTO: TELEBUNK

21.00 Panorama
Themen u. a.:
Nachrüstungswochenende in Bonn / Wehrjustiz / Sondermülldeponie in Schönberg / Umweltgift Kadmium
Moderation: Peter Gatter
21.50 Dallas
Konkurrenzkampf

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

22.35 Tagesthemen
23.05 Arena
Streit vor Mitternacht
Thema: Intellektuelle und Antisemitismus
Moderation: Justus Boehncke
0.05 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mandara
3. Das Geheimnis um Shabu
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Linda Fields
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Konferenz der Tiere (3)
Zeichentrickserie nach Erich Kästner
19.00 heute
19.30 Auf dem falschen Dampfer?
Beruf: Seemann – Zwischen Abenteuer und Technik
19.55 Spiel um den Supercup
HSV – FC Aberdeen
Live-Übertragung aus Hamburg
Dazw. heute-journal
21.45 heute im Parlament
Ausschnitte aus der Bundestagsdebatte zum NATO-Doppelbeschluß
22.05 ... aber alles ist hier doch so langweilig
Jugendliche in der „DDR“
22.50 Leben des schizophrenen Dichters Alexander März
Fernsehspiel von Heinar Kipphardt
Mit Ernst Jacobi und Michael Hinz u. a.
Regie: Vojtech Jasny (Wh. v. 1975)
Seit elf Jahren befindet sich der Patient Alexander März in der Psychiatrischen Landesanstalt Lohberg. Die Diagnose lautet: „Paranoide Schizophrenie“. Als Dr. Kofler den Patienten Alexander März kennenlernt, ist dieser bereits seit sechs Jahren hospitalisiert – einer der aufgegebenen Fälle der hinteren Abteilung. Dr. Kofler gehört zu der Generation jüngerer Psychiater, die der Institution der traditionellen psychiatrischen Anstalt kritisch gegenüberstehen.
00.30 heute



Horst Frank ist der geheimnisvolle Prof. Hass im dritten Teil der Serie „Mandara“, um 16.35 Uhr im ZDF
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
21.00 Weltreise (7)
21.45 Entdeckungsreise in die eigene Stadt
22.15 Drei vor Mitternacht

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Mit Weltenbummlern unterwegs
19.00 Weltwunder der Technik (2)
19.30 Ökoland (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Opfer sein – ein Zufall (2)
21.00 Die eigene Geschichte
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Das schwarze Kabinett
Flüsternde Schatten
US-Spielfilm, 1958
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Jeder kann für sich was tun (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Jeder in einer anderen Welt
21.00 Drei aktuell
21.15 Mathilde Möhring
Von Th. Fontane

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (23)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Wenn Bäume reden könnten ...
21.00 Antiquitäten in Serie
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Die Unbestechlichen
Amerik. Spielfilm, 1975
23.20 Avanti! Avanti!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Der neue Sound
19.30 Pop Stop
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Schnüffler
22.55 Im Gespräch
23.35 Rundschau

LÄNDERSPIEL / Nach dem traurigen 2:1-Sieg auf der Suche nach Spielern

● Nach der mühsamen Qualifikation für die Endrunde der Europameisterschaft ist im deutschen Fußball eine Bestandsaufnahme gefordert. Sie darf nicht im sportlichen Bereich (neue Spieler) steckenbleiben. Auch das Umfeld der Nationalmannschaft muß einbezogen werden. Beispiel: Derwalls Assistent Horst Köppel weigert sich, Spiele in München zu beobachten, weil Kollege Lattek und Manager Hoeneß ihn *nur mit Mißachtung strafen ...*

● Die internationale Presse, oft zum überschwenglichen Lob für die deutsche Mannschaft bereit, spricht jetzt von „beschämenden Leistungen“ („Dat Belang van Limburg“). Europas führende Sportzeitung, „L'Equipe“ aus Frankreich, schreibt: „Es ist klar geworden, daß die deutsche Mannschaft mit denen der Vergangenheit nur noch den Namen gemeinsam hat. Was ihr heute noch bleibt, ist nur ihr Kampfgeist, aber sogar der geht oft verloren.“

● Ein neuer Spieler wird Jupp Derwall schon jetzt von seinem früheren Assistenten Erich Ribbeck, zuständig für die Olympia-Auswahl, empfohlen: Dieter Schatzschneider. Der Mittelstürmer des HSV erzielte beim 1:0 in Israel seinen vierten (von sieben) Treffer für das Team, das sich jetzt in zwei Spielen gegen Frankreich endgültig für Los Angeles qualifizieren muß. Die beiden Spiele sollen im Frühjahr 1984 ausgetragen werden.

Derwalls wichtigster Trost: „Die schlimmsten drei Tage meines Lebens liegen hinter mir . . .“

BERND WEBER, **Saarbrücken**

Am Ende eines Spiels, das – selbst milde betrachtet – als beschämend bezeichnet werden muß, standen alle ganz schön belämmert da. Bundestrainer Jupp Derwall strich sich immer wieder verlegen durchs silbergraue Haar, rückte sich in fahrigen Bewegungen die Brille zurecht und fand wenig originellen Trost in der Erkenntnis, daß „die schlimmsten Tage seines Lebens“ hinter ihm lägen und daß es jetzt einfach bergauf gehen müsse.

Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge war noch lange nach Spielschluß bleich im Gesicht: „Mir schlottern die Knie, mir wird schlecht“, sagte er. Und: „Wenn ich daran denke, daß wir beinahe gegen den sogenannten Fußball-Zwerg Albanien in der Europameisterschaft ausgeschieden wären – es wäre eine Katastrophe gewesen.“

Die Nationalmannschaft ist nicht ausgeschieden, weil der Kölner Libero Gerd Strack zehn Minuten vor dem Abpfiff nach einer weiten Flanke des Stuttgarters Bernd Förster im rechten Moment den Kopf hinhielt, den 2:1-Sieg und damit möglicherweise auch Derwalls Kopf rettete. „Ich hätte es auch überstanden, wenn wir ausgeschieden wären“, behauptete der Bundestrainer später.

Es ist jetzt selbstverständlich müßig darüber zu diskutieren, ob der Deutsche Fußballbund, ob Präsident Hermann Neuberger seinen obersten Trainer tatsächlich im Amt belassen hätte, wenn das Spiel unentschieden ausgegangen wäre. Fest steht, daß die Mannschaft, früher immer der Stolz des deutschen Fußballs, nur noch ein wahrer Trümmerhaufen ist. Und nur wer naiv ist, mag sich noch mit dem zufrieden geben, was der Stuttgarter Karl-Heinz Förster nach den grausamen 90 Minuten im Ludwigspark-Stadion als Weisheit letzter *Schluß unter die Leute zu bringen* versuchte: „Das wichtigste ist doch, daß die Mannschaft die Endrunden-Teilnahme geschafft hat.“ Da müßten in Detailfragen schon einmal Abstriche gemacht werden. Und zudem, nächstes Jahr in Frankreich, würde „garantiert alles viel besser werden“.

Wer an diesen Versprechen zweifelt, muß nicht bösartig sein. Hatten die Nationalspieler nicht auch zu Anfang des Jahres, nachdem sie nach einer geradezu jämmerlichen Vorstellung in Portugal mit 0:1 verloren hatten, versprochen, daß sich das so schnell nicht wiederholen würde? Hatte es nach dem 1:1 gegen Ungarn in Budapest, nach einer ähnlich miserablen Leistung, nicht ähnliche Beteuerungen gegeben? Und was ist geblieben von den hastig artikulierten Vorsätzen, nach der 0:1-Niederlage gegen Nordirland, diese Scharte gegen Albanien „um jeden Preis“ auszuwetzen? Nationaltorwart Harald Schumacher erkannte: „Da haben wir wohl zu laut getönt und zu sehr hochgestapelt.“

Derwalls vermeintliche Elite-Kikker können von Glück sagen, daß sie ihr entscheidendes Gruppenspiel in Saarbrücken, „im Derwall-Land“ also, austrugen. In keiner anderen deutschen Stadt hätten die Zuschauer zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer so unendlichen Geduld auf das stümperhafte Gekicke reagiert. Selbst nachdem die Albaner nur noch zehn Spieler auf dem Feld hatten (Sekunden vor dem Halbzeitpfiff war ihr Torschütze Tomori nach einem Foul am Bremer Völler vom *Platz geflogen)*, fiel den Deutschen kaum mehr ein, als die Bälle immer wieder planlos nach vorne zu schlagen.

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schrieb gestern: „Im taktischen Bereich herrscht großer Nachholbedarf. Wenn eine Mannschaft so chaotisch reagiert, ist das ein Armutszeugnis.“ Der Sport-Informationsdienst (sid) sieht „die Nationalelf in einer beängstigenden Sackgasse“.

Derwall führte das Verletzungspech als Hauptgrund dafür an, daß vieles schief ging. Richtig ist, daß er auf wichtige Spieler häufig verzichten, daß er nach Verletzungen von so zentralen Figuren wie Karl-Heinz Rummenigge, Bernd Schuster und Rudi Völler immer wieder improvisieren mußte. Doch das ist nur ein Teil dessen, was den heftigen Verfall der Nationalmannschaft ausmacht. Derwall mag sich drehen und wenden, wie er will, er wird nicht umhinkommen (wenn er sein Amt bis zum Ablauf seines Vertrages ausüben will), sich von einigen Spielern zu trennen, und zwar sofort.

Daß der Kaiserslauterner Hans-Peter Briegel nur noch ein Schatten früherer Tage ist, kann auch dem unbedarftesten Zuschauer im Ludwigspark-Stadion nicht verborgen geblieben sein. Derwall holte sein einstiges Kraftpaket in der 34. Minute vom Platz. Wegen einer Verletzung, wie es später hieß. Nun gut, die mag ihn tatsächlich behindert haben, aber gegen Nordirland war Briegel nicht verletzt, und auch dort bot er nicht einmal Durchschnittsware.

Wolfgang Dremmler von Bayern München ist gewiß einer der sympathischsten Spieler in der Nationalmannschaft. Gleichwohl, in seiner derzeitigen Verfassung hat er dort nichts zu suchen. Das gleiche gilt für den Kölner Pierre Littbarski, für den Bremer Johnny Otten (der Briegel *ersetzte) und gewiß auch* für Bernd Förster, dessen einzige gute Tat in den 90 Minuten die Flanke auf Strack war.

Ob er sich denn nun auf die Suche nach neuen Nationalspielern mache, wurde Derwall gefragt. Das tue er immer, antwortete der. Aber es bringe jetzt nichts, eine Personaldebatte mit neuen Namen zu beginnen. Zugestanden sei dem Bundestrainer, daß die großen Persönlichkeiten in der Bundesliga derzeit nicht zu finden sind – das weiß jeder. Sich dennoch nahezu bedingungslos weiter auf Stützbalken zu verlassen, wäre fatal. Wenn Derwall nicht der erste Bundestrainer in der DFB-Geschichte werden will, der entlassen wird, muß er jetzt eine neue Mannschaft aufbauen. Nicht was einer hat, sondern was er sich schafft, ist sein Reich. Viel Zeit bleibt Derwall nicht.

NACHRICHTEN

Katapult eingeschläfert

Rom (sid) – Das aus Köln stammende Rennpferd Katapult mußte bei einem Galopprennen in Rom getötet werden. Der Hengst im Besitz von Gustav Frank erlitt 300 Meter vor dem Ziel einen Beinbruch. Zu diesem Zeitpunkt hatte Jockey Dave Richardsen mit Katapult noch Siegchancen.

Matthäus: 2,06 Promille

Mönchengladbach (sid) – Die Blutprobe von Fußballspieler Lothar Matthäus nach dessen Autounfall am 30. *Oktober hat einen Promillewert* von 2,06 ergeben. Nach Bekanntwerden der Werte sagte Matthäus: „Ich habe Mist gebaut. Glück im Unglück ist, daß kein anderer zu Schaden gekommen ist.“

Athleten gegen Boykott

Lausanne (dpa) – Die Athleten-Kommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hat sich in Lausanne gegen jeden Boykott der Olympischen Spiele 1984 ausgesprochen. In einer Resolution wird an alle Parlamente, politische Parteien und Nationale Olympische Komitees (NOK) appelliert, den Sportlern die *Teilnahme in Sarajevo und Los Angeles* zu ermöglichen.

Köln leiht Konopka aus

Dortmund (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund hat Harald Konopka bis zum Saisonende vom 1. FC Köln ausgeliehen. Der Vertrag tritt allerdings erst am 30. November in Kraft, damit Konopka beim Bundesligaspiel am Samstag im Westfalenstadion zwischen Dortmund und Köln nicht eingesetzt werden kann. Die Höhe der Ausleihgebühr wird auf 30 000 Mark geschätzt.

Graf eine Runde weiter

Sydney (sid) – Die Heidelbergerin Steffi Graf erreichte bei den mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennismeisterschaften von Neusüdwales die zweite Runde. In Sydney bezwang das 14 Jahre alte Talent die Amerikanerin Kristin Kinney mit 4:6, 6:2, 6:3. Andrea Betzner (Villingen) mußte dagegen nach ihrer 3:6, 2:6-Niederlage gegen Anne White (USA) ausscheiden.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 25. Spieltag: Iserlohn – Mannheim ERC 0:2, Rosenheim – Freiburg 2:2, Kaufbeuren – Köln 4:3, Landshut – Schwenningen 6:4, Düsseldorf – Rießersee 1:6.

1. Mannheim	25	17	2	6	122:75	36:14
2. Landshut	26	17	2	7	122:76	36:16
3. Rosenheim	25	13	8	4	105:79	34:16
4. Köln	25	13	3	9	103:85	29:21
5. Freiburg	25	11	4	10	79:89	26:24
6. Schwenning.	25	10	4	11	87:76	24:26
7. Iserlohn	25	9	3	13	88:93	21:29
8. Kaufbeuren	24	8	4	12	92:117	20:28
9. Düsseldorf	*25*	*6*	*3*	*16*	*66:115*	*15:35*
10. Rießersee	25	4	1	20	74:133	9:41

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 5, 24, 27, 32, 34, 44, Zusatzzahl: 3. – **Rennquintett**, Rennen A: 11, 6, 2. – Rennen B: 22, 24, 27.

(Ohne Gewähr)

Deutscher Fußball – er kann nicht anders

Vielleicht kommt jetzt einer der kühnen Albanien-Bezwinger, einer dieser Narren am Hofe König Fußballs, und befiehlt den Jubel. Zu Harald Schumacher, der der Meinung ist, wenn er im Tor stehe, habe sich die Nation hinter ihm zu versammeln, würde das schon passen. Schließlich, oh, was für ein Augenblick (verweile doch, du bist so schön?), haben wir (?) Albanien besiegt und sind dabei, wenn in Frankreich die Europameisterschaft ausgespielt wird.

Hier wird der Befehl verweigert. Denn: Wer für die Zukunft sorgen will, muß die Vergangenheit mit Ehrfurcht und die Gegenwart mit Mißtrauen betrachten.

Den Mut, so etwas überhaupt auszusprechen, leite ich aus dem Dementi von Jupp Derwall ab. Er hat „beim Augenlicht meiner Kinder“ geschworen, nicht gesagt zu haben, „daß einige dieser Herren echt und ernstlich krank sind“. Gemeint waren Journalisten aller Medien, die sich erdreistet hatten, auf dem weißen Nationaltrikot noch mehr schwarze Stellen zu entdecken als den Bundesadler.

Derwall hat uns also wieder ge*sundgeschrieben*. Das beruhigt vor allem deshalb, weil ja auch sein Chef, DFB-Präsident Hermann Neuberger, Mitglied des Verbandes Deutscher Sportpresse ist. Wenn er kritisiert, neue Spieler fordert, alte (nicht an Jahren, aber von ihrem Talent her) daheim in Barcelona besucht, wenn er also Jupp Derwall Ratschläge gibt – dann ist der Herr Neuberger, gottlob, auch nicht krank.

Ist ja wohl auch ein ganz gesunder Standpunkt, nicht gleich in Jubel auszubrechen, wenn dem Fußballvolk gleichsam von oben mit kräftigen Worten diktiert wird, was es vom Gesundheitszustand des deutschen Fußballs zu halten habe. Jupp Derwall: „Es ist absolut dummes Zeug, wenn es heißt, der deutsche Fußball läge am Boden.“ Berti Vogts: „Das Allerschlimmste ist, daß nun wahrscheinlich jeder wieder vom schlechten Nachwuchs und vom Niedergang des deutschen Fußballs spricht. Beides ist Quatsch.“

STAND ● PUNKT

Derwalls Mannschaft hat mit Mühe und Not – gegen Albanien – den Hof erreicht. Berti Vogts Junioren-Team (also das personifizierte Abbild der deutschen Fußball-Zukunft) muß bei der Europameisterschaft zusehen, wie das Land auftritt, das sie nicht besiegen konnten – Albanien. Karl May, lebte er noch, *er hätte Stoff für ein neues Buch* über die Skipetaren. Uns blamiert es.

Richtig, daß keiner der Betroffenen noch etwas über eine Krise lesen will (es fällt auch schwer, sie immer wieder zu beschreiben). Aber sie können sich jetzt trösten. Eine Krise gibt es nicht mehr. Sie kann ja nur auftreten, wenn sich zwischen Erst- und Zweitklassigkeit etwas zurückentwickelt. Das ist eben vorbei. Diese Erkenntnis faßte die „Bild“-Zeitung zum Beispiel so zusammen: „Hilfe, wir sind nur noch zweitklassig“ – nach der Niederlage gegen Nordirland. Und: „Höchstens zweitklassig“ – nach dem 2:1 über Albanien. Die Krise ist überwunden, hier steht der deutsche Fußball, er kann nicht anders.

Nur, bitte, bitte, sag das doch einmal einer von den Neubergers, Derwalls, Vogts'. Die Zuschauer, von denen Begeisterung förmlich verlangt wird, zahlen für Champagner, bekommen Wasser serviert, sehen, wie die Nationalspieler weiter Schampus trinken (24 000 Mark Prämie für das Erreichen der Endrunde) und fühlen sich immer öfter veralbert. Das wichtigste Resultat aller Bildung bleibt die Selbsterkenntnis.

Ehrfurcht vor der Vergangenheit: Da gab es zum Beispiel einen Franz Beckenbauer, dessen amateurhafte Lust am Spiel ihn materiell, den Fußballfreund an Erlebnissen reich gemacht hat. Mißtrauen in die Gegenwart: Denn wer den Fußball nur als Geschäft *ausbeutet*, läßt den Sport verkümmern. Sorgen für die Zukunft: Vielleicht hat Derwall recht, wenn er sagt, sein Fachwissen sei unangreifbar. Soll er's jetzt zeigen. Wissen ohne Ordnung ist wie eine Rumpelkammer, in die man allen Hausrat geschmissen hat.

FRANK QUEDNAU

FUSSBALL

Keine Angst vor Rowdys

DW. **München**

Nur sportliche Sorgen hat der FC Bayern München vor dem Europapokal (UEFA-Cup) gegen Tottenham Hotspur, das morgen um 20.00 Uhr stattfindet. Der Einsatz von Wolfgang *Grobe und Klaus Augenthaler* bleibt fraglich. Auch Karl-Heinz Rummenigge („Ich kann erst am Dienstag Konkretes sagen“) hat seine Oberschenkel-Verletzung noch nicht auskuriert.

Furcht vor rabiaten Londoner Fußball-Fans besteht nicht. Ein Sprecher der Münchner Polizei: „Wir sind bestens vorbereitet. Als Tottenham in der letzten Saison in München gespielt hat, blieb alles ruhig.“ 1400 Karten für das Spiel sind nach England gegangen. Zur Abschreckung veröffentlichten Londoner Zeitungen die vorbeugenden Maßnahmen der Münchner Polizei. Beim Länderspiel Englands in Luxemburg hatten britische Fans Sachschäden in Höhe von 2,5 Millionen Mark verursacht.

Der Hamburger SV, Pokalsieger der Landesmeister, trifft heute (20.00 Uhr) im sogenannten Supercup auf den FC Aberdeen (Pokalsieger der Pokalsieger).

EISHOCKEY

Krise in Düsseldorf

DW. **Düsseldorf**

Der ehemalige deutsche Eishokkey-Meister Düsseldorfer EG kommt trotz eines Trainerwechsels nicht aus der Krise heraus. Nach der 1:6-Niederlage gegen den SC Rießersee (erster Auswärtssieg des Tabellenletzten) sagte Vereinspräsident Manfred Weyergraf: „Wir müssen uns auf die Abstiegsrunde vorbereiten und alles tun, um zu überleben. Wir kommen in große finanzielle Schwierigkeiten.“

Die Düsseldorfer hatten Trainer Heinz Weisenbach entlassen, nach*dem es aus 13 Spielen nur 8:18 Punkte* gegeben hatte. Seine Nachfolger, das Trainergespann Otto Schneitberger/Peter Hejma, stehen zur Zeit bei 7:17 Punkten nach zwölf Spielen. Peter Hejma: „Als wir die Arbeit aufnahmen, konnten wir nicht ahnen, daß in der Mannschaft so eine labile Stimmung herrscht. Es gibt Cliquen, in denen die Aggressionen bei ausbleibendem Erfolg förmlich wuchern.“

Im Spiel gegen Rießersee wurde der eigene Nationalspieler Uli Egen ausgepfiffen, nachdem er das Publikum mit Gesten beleidigt hatte ...

HANDBALL

Gummersbach hatte Mühe

DW. **Bonn**

Sechs Mannschaften des Deutschen Handball-Bundes (DHB) haben das Viertelfinale in den Europapokal-Wettbewerben erreicht. Bei den Männern setzten sich der VfL Gummersbach, THW Kiel, TuSEM Essen und (bereits letzte Woche) der TV Großwallstadt durch. Von den Frauen-Teams zogen Bayer Leverkusen und der VfL Oldenburg in die Runde der letzten acht ein, während Pokalfinalist VfL Sindelfingen ausscheiden mußte.

Im Landesmeister-Wettbewerb ging Gummersbach nach dem 16:11-Hinspielerfolg bei Atletico Madrid in der Dortmunder Westfalenhalle knapp an einer Niederlage vorbei. Mit Mühe gewann der Deutsche Meister das Rückspiel vor nur 3000 Zuschauern mit 19:18. Der THW Kiel setzte sich dagegen nach 31:24 im *Hinspiel gegen den finnischen Meister* BK Karis auch im zweiten Spiel deutlich mit 29:24 durch.

Im Wettbewerb der Pokalsieger kam TuSEM Essen trotz einer 18:20-Niederlage aus dem Hinspiel in die nächste Runde.

Moskau: 1984 zu Umweltkonferenz nach München

AP/DW. Bonn

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat in seiner Antwort auf den Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl angedeutet, daß die Sowjetunion bereit ist, an der internationalen Umweltschutzkonferenz teilzunehmen, zu der die Bundesrepublik Deutschland für 1984 *nach München einladen will. Wie ein* Regierungssprecher gestern in Bonn mitteilte, verwies Andropow dabei auf die Gespräche, die Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Moskau geführt habe. In Bonn wurde die Andeutung Andropows als weiteres Indiz dafür gewertet, daß der Kreml auch nach der Stationierung westlicher Mittelstreckenraketen das Gespräch mit den NATO-Staaten nicht abreißen lassen will.

Der Wortlaut des Briefes, mit dem Andropow ein Schreiben des Bundeskanzlers von Ende Oktober beantwortete, ist bislang in Bonn noch nicht veröffentlicht worden. Im ersten Teil seiner Antwort hatte Andropow die sowjetische Position bekräftigt, nach der amerikanische Raketen in Europa nicht aufgestellt werden dürften.

Agitation mit Bundesmitteln

Fortsetzung von Seite 1

zuführen. Die seit einigen Jahren von der Bundesbahn eingeführte Trennung ihrer Erfolgsrechnung in einen „eigenwirtschaftlichen", einen „gemeinwirtschaftlichen" und einen „staatlichen" Bereich, mit der der DB-Vorstand die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten deutlich zu machen versucht, wird vom Bundesrechnungshof aus grundsätzlichen Erwägungen in Zweifel gezogen. Vor einer weiteren Verfeinerung dieser getrennten Rechnung solle die Bahn die damit verfolgten Ziele zu klären versuchen.

So wird kritisiert, daß die Bahn in größerem Umfang ihren Arbeitern „mittelbare Lohnerhöhungen" zukommen lasse, die weder tarifgerecht noch wirtschaftlich seien und auch nicht auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Einvernehmen der Bundesressorts basierten. Außerdem werde der Mehrzahl der Bundesbahnarbeiter entgegen einem ausdrücklichen Ersuchen des Deutschen Bundestages weiterhin der Höchstsatz der sogenannten Leistungszulage gezahlt, was den Bund inzwischen 350 Millionen Mark im Jahre koste.

Bei Stationierung Pause von neun Monaten?

Chance neuer amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen

AP/rtr/dpa, Washington

Zwischen der ersten Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und einer zweiten Phase der Aufstellung wird, nach Informationen der „Washington Post", bis zum September 1984 eine Pause von neun Monaten liegen.

Wie die Zeitung gestern schrieb, hätten einige Politiker in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien die amerikanische Regierung gedrängt, dieses Moratorium zwischen den beiden Phasen der Raketenaufstellung zu veröffentlichen, um es mit einer neuen Möglichkeit für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa in Verbindung zu bringen. Die amerikanische Regierung habe dazu bisher geschwiegen, weil sie sich über die nächsten diplomatischen Schritte noch nicht einig sei.

Nach Angaben der „Washington Post" habe das US-Verteidigungsministerium bereits in der vergangenen Woche erklärt, daß eine Pause zwischen der Stationierung der ersten 41 und weiteren Mittelstreckenwaffen in Westeuropa bereits im ursprünglichen Stationierungsplan der NATO vorgesehen war. Die Gründe dafür seien technischer Art.

Die Stationierung sei, so fährt die Zeitung unter Berufung auf Quellen im US-Verteidigungsministerium fort, in der ursprünglichen Entscheidung des Bündnisses aus dem Jahre 1979 innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren geplant worden. Man sei damals davon ausgegangen, daß Moskau eine Vereinbarung über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen hinauszögern würde, bis zunächst einige der insgesamt 572 vorgesehenen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa stationiert sind.

Der Leiter der amerikanischen Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Kenneth Adelman, und der Abteilungsleiter im Washingtoner Verteidigungsministerium, Richard Perle, hatten am Sonntag im amerikanischen Fernsehen erklärt, es werde „ein paar Monate dauern", bis die nächsten Systeme aufgestellt werden. „Wir hoffen, daß es vor dem vollständigen Abschluß der Stationierung zu einer Übereinkunft kommen wird", sagte Adelman. Beide Regierungsvertreter äußerten die Ansicht, daß sowjetische Drohungen, bei Stationierungsbeginn den Verhandlungstisch verlassen zu wollen, nicht als endgültige Position der sowjetischen Regierung aufzufassen seien. Perle: „Wenn sie den Verhandlungstisch verlassen, kehren sie auch wieder zurück."

Kreml lobt SPD-Beschluß

Kritik an Schmidt und an Bundeskanzler Kohl

DW. Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat gestern das Abrücken der SPD vom NATO-Doppelbeschluß begrüßt und zugleich den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt wegen seines Festhaltens an dieser Vereinbarung kritisiert. Nach einer Aufzählung aller sowjetischen Vorschläge zur Verringerung der Mittelstreckenwaffen kommentierte die „Prawda": „Alle die oben angeführten Tatsachen sind die Gründe – wenngleich bei weitem nicht alle – die die SPD endlich zu dem logischen Schluß geführt haben, der einmütigen Forderung nach Ablehnung der Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen."

Dann erwähnt die Parteizeitung „eine kleine Minderheit, vor allem eine kleine Gruppe in der SPD-Führung, angeführt von H. Schmidt", die versucht habe, „die abenteuerlichen Pläne der Vereinigten Staaten und der NATO zu rechtfertigen". Von dem Nein des Kölner SPD-Parteitages „gewinnen alle antimilitaristischen Kräfte in der BRD und vor allem die Partei selbst".

Die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti warf Bundeskanzler Helmut Kohl vor, er zeige „zunehmende Solidarität mit den von Atomwaffen Besessenen". Das Verhalten Kohls sei nichts weiter als die „Solidarität einer Atomgeisel". Das Votum der deutschen Sozialdemokratie hingegen reflektiere „die Forderungen von Millionen von Einwohnern in Westdeutschland".

Das US-Außenministerium gab keinen Kommentar zur SPD-Entscheidung ab. Ein hoher Beamter des State Department hatte allerdings bereits vor dem Kölner Beschluß erklärt, er sei von der Haltung der Partei „enttäuscht, aber nicht überrascht".

Walesa bejaht Proteste gegen höhere Preise

DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist zum zweiten Mal in diesem Jahr mit den im Untergrund aktiven Führern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zusammengetroffen und hat deren Aufruf zu Protesten gegen die angekündigten zehn- bis fünfzigprozentigen Preiserhöhungen für Lebensmittel unterstützt. In einer von Walesa und von Zbigniew Bujak unterzeichneten Erklärung der Nationalen Koordinierungskommission heißt es, es sei „die Pflicht der Gewerkschaft, den Kampf zur Verteidigung der Interessen des Volkes zu organisieren". Es stehe fest, daß nach Inkrafttreten der Verteuerungen die meisten polnischen Familien nicht mehr mit ihrem Geld auskommen könnten.

Walesas Frau Danuta teilte gestern in Danzig mit, die Zusammenkunft zwischen ihrem Mann und der von Bujak geleiteten Kommission habe am Samstag und Sonntag stattgefunden. Nach Angaben von Frau Walesa ist der Arbeiterführer gestern morgen als Zeuge in einem Verfahren gegen zwei Arbeiter der Lenin-Werft vom Woiwodschaftsgericht Danzig vorgeladen worden. Marian Grenca und Marian Solciaz waren am 15. August festgenommen worden, weil sie am dritten Jahrestag der Streiks in der Werft Blumen und Kränze am Mahnmal für die Opfer der Unruhen von 1970 niedergelegt hatten.

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat die „Solidarität" beschuldigt, sie trage zur Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage Polens bei. Während der Plenartagung des KP-Zentralkomitees verurteilte der General die Aufrufe der verbotenen Gewerkschaft zu Kurzstreiks und Demonstrationen, mit denen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen protestiert werden soll.

In seiner mit eintägiger Verspätung vom polnischen Rundfunk wiedergegebenen Rede riet Jaruzelski den Polen, daß sie mehr arbeiten sollten, wenn sie sich nicht mit weiteren Preiserhöhungen und Versorgungsengpässen abfinden wollten. Der General sagte: „Jeder Werktätige kann unter unseren gegenwärtigen Bedingungen nur zwischen zwei Möglichkeiten wählen – entweder er akzeptiert die Minderung seines Lebensstandards durch die Krise oder er verstärkt die Bemühungen um die Aufrechterhaltung dieses Standards."

Nicaragua mobilisiert „Volksmiliz"

Managua spricht von Abwehrmaßnahme gegen eine angeblich drohende US-Intervention

rtr, Managua

Nicaraguas Verteidigungsminister Humberto Ortega hat eine Mobilmachung der rund 250 000 Mann starken „Volksmiliz" des Landes als vorbeugende Abwehrmaßnahme gegen eine angeblich drohende Intervention der USA angekündigt. Auf einer Pressekonferenz in Managua sprach Ortega von neuen Warnungen, die die linksgerichtete Sandinisten-Regierung erhalten habe.

Der Rundfunk meldete, Angehörige der Miliz hätten damit begonnen, Gräben auszuwerfen, die besonderen Schutz gegen Bombenangriffe und Tiefflieger gewähren sollten.

WERNER THOMAS, Managua

Das Fernsehen unterbricht regelmäßig sein Programm, um das Volk zu alarmieren. Da zeigt ein Soldat der sandinistischen „Volksarmee", wie eine Kalaschnikow gehandhabt wird. Da werden die Bürger aufgerufen, sich auf die „Verteidigung gegen den Feind" vorzubereiten. Gelegentlich ruft eine Männerstimme die Losung: „A vencer al Invasor" (Der Invasor wird besiegt).

Vom Dienst zum Drill

In Managua herrscht Kriegspanik. Die meistdiskutierte Frage lautet: „Wann kommen die Amerikaner?" Die Comandantes haben zwar seit Monaten die „Invasion" angekündigt und massive Verteidigungsanstrengungen unternommen, die totale Mobilisierung der Nation wurde aber erst nach den Grenada-Ereignissen eingeleitet.

Managua gleicht zur Zeit einer riesigen Kaserne. Überall exerzieren die Milizen und Reservisten, auf Fabrikgeländen, Schulhöfen, auf freien Plätzen und abgesperrten Straßen. Die „Milicianos" unterziehen sich einem täglichen Training: von montags bis freitags zwischen 19 und 21 Uhr, *samstags in den Nachmittagsstunden* und sonntags von morgens bis abends. Fast alle Bediensteten des Staates tragen die braungrünen Uniformen der Milizbrigaden, von der Arbeit marschieren sie gleich zum Drill.

Das Sandinisten-Regime läßt Gräben ausheben und unterirdische Bunker bauen. „Die Yanquis werden uns auch bombardieren", heißt es in einem Rundschreiben. Obgleich die Regierung das Horten von Lebensmitteln verurteilt, kaufen Hausfrauen die Geschäfte leer. In vielen Supermärkten fehlen Dosennahrung und Öl. Vor den Tankstellen stauen sich lange Autoschlangen – das Benzin mußte nach den Angriffen der „konterrevolutionären Rebellen" auf Treibstofftanks noch schärfer rationiert werden als zuvor.

Die „Barricada" und der „Nuevo Diario", die beiden Sprachrohre der Revolution, bereiten die Bevölkerung auf die Zukunft vor. Dieser Krieg sei zu gewinnen, schreiben sie und erinnern an die Vietnam-Erfahrungen der Amerikaner. Die sandinistischen Führer scheinen sich jedoch von der eigenen Propaganda weniger beeinflussen zu lassen. Der Junta-Chef Daniel Ortega hetzte durch die vier Contadora-Länder Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama, um noch einmal die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu prüfen. Diese vier Staaten bemühen sich seit einem Jahr vergeblich um eine Vermittlung.

„US-Bürger sind sicher"

Innenminister Tomas Borge, einer der mächtigsten Comandantes, versicherte dem amerikanischen Botschafter Anthony Quainton, daß die US-Bürger in Nicaragua sicher seien. „Ich selbst sorge für ihren Schutz." Einer der erklärten Gründe der Grenada-Intervention war die Angst um die Sicherheit der auf der Karibikinsel lebenden Amerikaner.

Vertreter der US-Regierung dementierten die Meldungen aus Managua, daß in den nächsten Tagen oder Wochen eine Invasion drohe. UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick, Beraterin Präsident Reagans in Mittelamerika-Fragen, hatte bereits am vergangenen Donnerstag in der Dominikanischen Republik erklärt, es werde nichts passieren. Auch Botschafter Quainton beruhigte die Comandantes. „Meine Kinder kommen nach Managua zurück", sagte der Diplomat. „Wenn eine Invasion vorbereitet wäre, würde ich sie nicht kommen lassen. Ich will mit meiner Familie Weihnachten in Managua verbringen." (SAD)

CSU will Wahl Weizsäckers mittragen

In Berlin dringt Strauß auf schnelle Entscheidung über Carstens-Nachfolge

HANS-RÜDIGER KARUTZ, Berlin

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gab gestern bei seinem Antrittsbesuch als Bundesratspräsident in Berlin eindeutig zu erkennen, daß die CSU eine Wahl Richard von Weizsäckers zum Bundespräsidenten mitträgt. Zugleich sprach er sich im Beisein Weizsäckers vor Journalisten für eine unverzügliche Entscheidung aus: „Es muß diesem Spiel ein Ende gemacht werden."

Strauß versicherte zwar, er habe in seiner Unterredung mit Weizsäcker – sie wurde überwiegend unter vier Augen geführt – nicht über die Bundespräsidentenfrage gesprochen. Zugleich sagte er aber: „Ich habe keinen Wunschkandidaten, aber ich habe meine Meinung über die Äußerung des Regierenden Bürgermeisters, der sich über dieses Amt eindeutig in positiver Weise geäußert hat." Seine Einstellung zum Kandidaten Weizsäcker sei so, „daß ich nicht den geringsten Zweifel daran (an seiner Wahl, d. Red.) habe.

Auf die Frage der WELT, ob die CSU-Wahlmänner in der Bundesversammlung für Weizsäcker stimmten, entgegnete Strauß: „Bei uns gibt es keine Kommandos. Wenn die CSU-Delegierten in die Bundesversammlung kommen, wird niemand zu ihnen sagen: ‚Stillgestanden, wählt Weizsäcker!'" Wenn sie ihn wählten, woran er nicht zweifele, „dann ist das kein Befehl der Parteizentrale, sondern die freiwillige Entscheidung der Delegierten nach dem Grundgesetz". Strauß fügte hinzu, nicht er habe „das lange Warten in dieser Frage zu vertreten". Eine Anspielung auf den CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl.

Ende Oktober hatte Strauß in Interviews zur Bundespräsidenten-Frage erklärt, „nach der Enttäuschung in Hessen und dem Rückschlag in Bremen brauchen wir jede Stimme". Die CDU müsse sich überlegen, „ob sie Weizsäcker in Berlin entbehren kann".

Zu den Themen des fast anderthalbstündigen Gesprächs zwischen Strauß und Weizsäcker gehörte nach Angaben des Ministerpräsidenten auch eine ausführliche Erörterung „aller Einzelheiten, Zusammenhänge und Ausblicke" im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit an die „DDR". Mit der Vokabel „Ausblicke" zielte Strauß offenkundig auf die seit längerem vertraulich verhandelten Bitten Ost-Berlins nach weiteren durch Bonn garantierten Milliarden-Krediten.

Während sich Weizsäcker gestern in ausgesuchter Gastfreundschaft um Strauß kümmerte, stand das politische Berlin im Zeichen der sich abzeichnenden öffentlichen Bekanntgabe durch Bundeskanzler Kohl, Weizsäcker als Unions-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu benennen. Im Rathaus Schöneberg wurde mit diesen Schritt bereits zum Ende dieser Woche gerechnet.

Der designierte Nachfolger Richard von Weizsäckers im Amt des Regierenden Bürgermeisters, CDU-Fraktionschef Eberhard Diepgen, wies gestern Presseberichte über die intern getroffene Wahl- und Nachfolge-Entscheidungen als „Spekulationen" zurück. Die WELT hatte am 18. und 19. November zuerst über die jüngste Entwicklung in Berlin und Bonn berichtet. In einem Interview mit dem Sender Freies Berlin forderte Diepgen jedoch abermals eine schnelle Entscheidung des Kanzlers. Sie sei „überfällig".

Unterdessen wurde bekannt, daß Weizsäcker vor einigen Tagen im engsten Berliner CDU-Führungskreis auf Drängen der Kreisvorsitzenden eindeutig seine Absicht bekundete, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren und das Amt des Regierenden Bürgermeisters an Eberhard Diepgen weiterzugeben. „Wir haben ihm die Pistole auf die Brust gesetzt und erklärt, daß wir endlich Klarheit wünschen. Wir haben dann von Richard von Weizsäcker eine deutliche und klare Antwort bekommen", berichtete einer der Teilnehmer der vertraulichen Runde. Bereits am Rande dieser Zusammenkunft haben dann einflußreiche CDU-Politiker dem 42jährigen Fraktionschef Eberhard Diepgen gegenüber erklärt, daß er auf dem Nominierungs-Parteitag für den Regierenden Bürgermeister auf die Stimmen ihrer Delegierten zählen könne.

Zugleich beklagten sich am Montag führende FDP-Politiker intern darüber, von Weizsäcker trotz der fortgeschrittenen Entscheidungsprozesse bisher nicht ausreichend informiert worden zu sein. Der Partner der CDU im Senat fürchtet nach dem Weggang Weizsäckers ein Stimmungstief in Berlin, das sich aus Unsicherheit, Besorgnis, Enttäuschung und Gleichgültigkeit speist. Zugleich sieht sich die FDP vor dem Problem, mit dem Weizsäcker-Wechsel nun auch über ihren eigenen Spitzenkandidaten zu entscheiden. Justizsenator Hermann Oxfort, der für den Fall einer neuerlichen CDU/FDP-Koalition nach den Wahlen im Mai 1985 Bürgermeister werden soll, möchte seine führende Rolle jetzt von der Partei bestätigt wissen.

Von den Senatoren, die Weizsäcker 1961 von Bonn mit nach Berlin brachte, trägt sich bisher niemand mit Abwanderungsabsichten. Mittelfristig bleiben jedoch vermutlich weder Professor Rupert Scholz (Bund) noch Professor Wilhelm Kewenig (Hochschulen) in Berlin.

Kostensenkung über Bürokratie-Abbau

Beamtenbund verabschiedet Karlsruher Programm / Bekenntnis zum Streikverbot

GÜNTHER BADING, Bonn

„Aufgabe der Personalführung muß es sein, die bei den Mitarbeitern vorhandene Bereitschaft zu fördern, vermeidbarer Bürokratisierung entgegenzuwirken und Vorschläge für den Abbau von zu viel Bürokratie zu unterbreiten." Was sich wie Vorwürfe traditioneller Kritiker des öffentlichen Dienstes liest, ist Bestandteil des „Karlsruher Programms" des Deutschen Beamtenbundes, das vom Bundesvertretertag des DBB verabschiedet worden ist.

Dem Bereich „Staatsaufgabenkritik" ist breiter Raum darin gewidmet. So heißt es in dem Programm, mit dem die Schwerpunkte der Arbeit des DBB in den nächsten vier Jahren festgelegt worden sind: „Auch der staatliche Aufgabenbestand bedarf einer regelmäßigen kritischen Überprüfung. Es reicht nicht aus, Staatsaufgabenkritik lediglich sporadisch zu betreiben."

Dieser Passus trägt die deutliche Handschrift des erneut – und voraussichtlich, aus Altersgründen, zum letzten Mal – im Amt bestätigten Vorsitzenden Alfred Krause. Er tritt seit jeher dafür ein, auf dem Weg über die Überprüfung und nötigenfalls den Abbau staatlicher Aufgaben die Kosten des öffentlichen Dienstes zu senken. Dagegen hält er den Zugriff auf die Einkommen der einzelnen Staatsdiener – wie etwa durch die für 1984 vorgesehene Besoldungspause – für nicht gerecht.

Neben der Kritik an der zunehmenden Verordnungs- und Regelungsflut befaßt sich das Programm naturgemäß mit den Einkommen, der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung sowie den Mitspracherechten der Arbeitnehmer und der Beamten. Entschieden weist der DBB „jeden Versuch zurück, die staatlichen Haushalte über einseitige Eingriffe in den öffentlichen Dienst, insbesondere in die Einkommen der Mitarbeiter, zu sanieren". Seinen Beitrag zur Entlastung der Haushalte leiste der öffentliche Dienst bereits durch „sparsame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung, die im übrigen durch Aufgabekritik, Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung noch zusätzlich verbessert" werden könne.

DIE ANALYSE

Im beamtenrechtlichen Teil bekennt sich der Deutsche Beamtenbund „unverrückbar" zu den in der Verfassung verankerten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Konkret heißt es auch: „Wir bekennen uns zum Streikverbot für Beamte" ebenso wie zur Tarifautonomie für Arbeiter und Angestellte. Der DBB zieht damit klare Grenzen gegenüber den zunehmenden Forderungen aus dem Bereich der DGB-Gewerkschaften, über die Zulässigkeit des Beamtenstreiks nachzudenken. Auch in einigen der 50 Organisationen des Beamtenbundes war Kritik am Streikverbot angeklungen.

Ebenso entschieden bekennt sich der DBB zur Forderung nach besonderer Verfassungstreue der Beamten. Allen Tendenzen, wie sie beispielsweise unter der SPD/FDP-Regierung erkennbar waren, die Treuepflicht der Beamten nach Funktionen abzustufen, oder Unterschiede zwischen Verhalten in und außer Dienst zu machen, wird eine klare Absage erteilt. „Wer die im Grundgesetz verfaßte freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung ablehnt, kann nicht Beamter sein. Bewerber, bei denen ernsthafte Zweifel bestehen, daß sie später als Beamte ihre Pflicht zu aktiver Verfassungstreue mit Überzeugung erfüllen, können nicht Beamte werden." Damit bezieht der DBB unmißverständlich Position zugunsten der immer häufiger angefeindeten Überprüfung von Bewerbern auf ihre Verfassungstreue.

In der aktuellen Diskussion um Arbeitszeitverkürzung setzt der DBB auf die Senkung der Lebensarbeitszeit auf 60 Jahre. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit sei „im Rahmen der allgemeinen Entwicklung" vorzunehmen.

Aktuell wird in den nächsten Tagen die Forderung des Beamtenbundes, an dem gegliederten Aufbau der Sozialversicherung festzuhalten und alle Tendenzen zur Einheitsversicherung abzulehnen. Die noch vom früheren Bundessozialminister einberufene Kommission zur „Harmonisierung" der Alterssicherungssysteme dürfte in Kürze ihren Bericht vorlegen, der neben anderem die eigenständige Beamtenversorgung an die allgemeine Rentenvorsorge anpassen möchte.

Aus fürs Depot?

Wb. – An so manches Hü und Hott des Hauses Grundig hat man sich in den letzten Jahren gewöhnt. So schnell wie diesmal ging es aber bislang kaum einmal wieder heraus aus den Kartoffeln: Gerade ein Vierteljahr nach der Einführung – die Übergangswehwehchen sind noch längst nicht ausgestanden – will Max Grundig sein Depot-Vertriebssystem schon wieder aufgeben. Ähnlich wie Telefunken hatte Grundig seinen Fachhändlern Geräte der Unterhaltungselektronik auf eigene Rechnung ins Lager gestellt, abgerechnet wurde erst nach Verkauf an den Endverbraucher.

Der Vorteil des Systems: Die vom Hersteller fest vorgegebenen Preise sicherten auch dem Händler eine feste Spanne, die er auf eigene Faust am von Preiskämpfen umtobten Rundfunk- und Fernsehgerätemarkt nur noch selten realisieren konnte. Von den Kartellbehörden kam freilich bei Grundig wie schon zuvor bei Telefunken der Einwand, das System diene lediglich der Umgehung des Preisbindungsverbots.

Daß nun auch die EG-Kommission den Finger gehoben und ein förmliches Verfahren einzuleiten gedroht hat, dürfte für den 75jährigen Unternehmer-Patriarchen aus Fürth kaum der ausschlaggebende Grund gewesen sein, seine Depots wieder aufzulösen. Denn Nachgiebigkeit gegen irgendwelchen Druck von außen, gleich von welcher Seite, war noch nie Grundigs herausragende Eigenschaft. Selbst die Drohung, auch die Fachhandelsbindung des Grundig-Vertriebs zu verbieten, wenn die Depots hochgehalten würden, dürfte daran wenig geändert haben. So bleibt die Vermutung, daß der Markt auf die Innovation aus Fürth nicht so reagiert hat, wie er sollte. Über seine offizielle Begründung scheint Max Grundig noch nachzudenken: Sie soll erst heute in Fürth verkündet werden.

Geschmacksache

hdt – Zu dieser Jahreszeit pflegten früher die privaten Haushalte ihre Winterkartoffeln einzukellern, aber das gehört inzwischen weitgehend der Vergangenheit an. Die Kartoffel verschwindet immer mehr aus den bundesdeutschen Speiseplänen, ganze 74 kg beträgt gegenwärtig noch der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch, und nur jeder vierte Haushalt kellert heutzutage noch ein. Alle anderen kaufen die Erdäpfel lieber gebindeweise im Supermarkt oder auf dem Wochenmarkt. Der Preis allein ist nicht die Ursache für die ständig sinkende Nachfrage, trotz derzeit stolzer Höhe. Die durchaus nahrhafte und vielseitig zu verwendende Knollenfrucht bleibt nämlich immer noch ein sehr preiswertes Nahrungsmittel, aber sie ist eben das Opfer von Wandlungen im Verbrauchergeschmack geworden. Die heimische Landwirtschaft hat sich bereits darauf eingestellt, vor zehn Jahren baute sie noch auf 500 000 Hektar Kartoffeln an, heute nur noch auf 230 000 Hektar, ganze 3,3 Prozent der Ackerfläche in der Bundesrepublik.

AGRARPOLITIK / EG-Reformpläne stoßen weiter auf heftige Kritik

Der Handel warnt davor, Probleme auf die Verbraucher abzuwälzen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Mit allen Mitteln will der Europäische Agrarhandelsverband den Tendenzen entgegentreten, die Schwierigkeiten bei der Eindämmung der heimischen Überproduktion auf den Außenhandel und die Verbraucher abzuwälzen. In Gesprächen mit Vertretern der EG-Kommission wurde jetzt noch einmal darauf hingewiesen, daß der mittelständische Handel wegen der Lawine von Interventionsmaßnahmen und Handelsregelungen de facto aus dem Im- und Exportgeschäft verdrängt worden sei. Auch aus dem EG-Binnenhandel sei er zum Teil ausgeschaltet worden.

In einer Grundsatzerklärung stellt der europäische Verband fest, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht nur nach sozialpolitischen Gesichtspunkten gesteuert werden dürfe. Das Instrument der Marktordnungen und Handelsregelungen, das ursprünglich wirtschaftlich neutral wirken sollte, sei durch politische und administrative Fehler ausgehöhlt und umfunktioniert worden. „Die Hauptursache liegt darin, daß man entgegen wirtschaftlicher Logik die Garantiepreise sowohl zur Marktsteuerung als auch zur Einkommenssicherung der Produzenten nutzen wollte", stellt der Verband fest.

Die Reformvorschläge der EG-Kommission stoßen beim Handel auf Bedenken. Die Produktionsquoten bei Milch seien problematisch, sofern sie nicht zeitlich begrenzt und mit einer Preisanpassung an die Absatzmöglichkeiten verbunden sind. „Derartige Systeme haben die Eigenschaft, in kürzester Zeit verwaltungsmäßig aus dem Ruder zu laufen und zu Absatzmärkten mit gespaltenen Preisen zu führen", betonen die Agrarhändler.

Nach den bisherigen Beratungen wollen die zuständigen Minister eine gemeinschaftliche Garantieschwelle und begrenzte Garantiemengen für jeden Erzeuger zunächst für vier Jahre festsetzen. Dabei ist eine Überprüfung nach drei Jahren vorgesehen. Welche Mengen garantiert werden sollen, ist nach wie vor strittig, wobei Großbritannien von dieser Maßnahme überhaupt wenig hält.

Die Kommission hatte vorgeschlagen, die Anlieferungen von 1981 plus einem Prozent zu nehmen. Ein anderer Vorschlag läuft auf den Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1983 abzüglich zwei Prozent hinaus. Andere meinen, es müßte die Produktion von 1983 genommen werden. Im ersten Fall würde eine Erzeugung von 97,2, im zweiten von 97,8 und im dritten von 103,4 Millionen Tonnen garantiert werden. Im letzten Fall, der politisch für am leichtesten durchsetzbar gehalten wird, würde ein Überschuß von rund 25 Prozent festgeschrieben werden. Finanziell verkraftbar wurde bisher nur eine Produktion von 97 Millionen Tonnen angesehen.

Nach Ansicht des Handelsverbandes bedeutet die Absicht, daß die Quoten mit einer vorsichtigen Preispolitik einhergehen sollen, nach allen Erfahrungen keinerlei Garantie. Selbst in den letzten Jahren, als sich die heutige Entwicklung bereits abzeichnete, seien die Preise noch zum Teil überdurchschnittlich angehoben worden, merkte ein Teilnehmer an.

Direkt im Gegensatz zu einer Politik der Produktions- und Ausgabenbegrenzung stehen nach Ansicht der Händler die kürzlich vom Ministerrat verabschiedeten Maßnahmen bei Obst und Gemüse: „Hier droht eine Kartellierung der Binnenmärkte auf der Angebotsseite, eine weitere Ausdehnung der Massenproduktion zu Lasten der Qualität, umfangreichere Interventionsmöglichkeiten (das heißt Produktionsvernichtung) und eine scharfe Reduzierung der Importmöglichkeiten auf den Bereich einiger weniger Präferenzländer."

Außerdem opponiert der Handel gegen die Beschneidung der Einfuhrmöglichkeiten bei Rind- und Schaffleisch, gegen die Einführung einer Fettsteuer und gegen den erschwerten Marktzugang für Getreidesubstitute. Für die notwendigen Verhandlungen im Gatt möchte die Kommission ein Mandat erhalten. Nach den Spielregeln des Gatt müßte die EG eine Kompensation anbieten, wenn sie die Einfuhr bestimmter Produkte erschweren will.

Einig sind sich die Händler mit der EG-Kommission, daß der Grenzausgleich abgebaut werden sollte. Dagegen wehrt sich aber die Bundesregierung.

IFO-STUDIE

Die Leistungsbilanz wird 1984 einen Überschuß ausweisen

DANKWARD SEITZ, München

Einen mit 13,5 Milliarden Mark deutlich höheren Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz erwartet das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für 1984, nachdem für das laufende Jahr lediglich mit einem Plus von 9,5 Milliarden Mark und damit nur wenig mehr als im Vorjahr (8,6 Milliarden) gerechnet werden kann. Da diese Entwicklung entscheidend vom Warenverkehr geprägt sein wird, schließen die Konjunkturforscher sogar einen Überschuß von 15 Milliarden Mark aus heutiger Sicht nicht aus.

Das Institut geht bei seiner Prognose davon aus, daß die Exporte der Bundesrepublik im nächsten Jahr 7,1 (real vier) Prozent und damit etwas stärker als der Welthandel steigen werden, dessen Wachstum auf drei bis vier Prozent veranschlagt wird. Vorausgesetzt wird allerdings, daß die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern nicht wieder zum Erliegen kommt, was gegenwärtig aber nicht zu erwarten sei.

Mit ähnlichen Wachstumsraten von 6,8 (real vier) Prozent rechnet das Ifo bei den Importen, da die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der Bundesrepublik vermutlich anhalten wird. Die Gesamteinfuhr im Verlauf des nächsten Jahres werde allerdings schwächer als 1983 expandieren, weil vom Lageraufbau bei industriellen Vorprodukten kaum noch Impulse zu erwarten seien. Insgesamt wird sich der Warenbilanzüberschuß, so das Institut, daher wieder sowohl real auf 62 Milliarden als auch nominal auf 51 Milliarden Mark erhöhen.

Vor allem auf dem erwarteten Rückgang des Warenbilanzüberschusses auf real 60,0 (70,6) Milliarden und nominal auf 47,0 (51,3) Milliarden Mark im laufenden Jahr basiert die Annahme des Ifo-Instituts, daß der Leistungsbilanzüberschuß 1983 nicht höher als 9,5 (8,6) Milliarden Mark ausfällt. Dies wird darauf zurückgeführt, daß sich zum einen der kräftige Anstieg der Auslandsnachfrage erst zum Teil in der Exportentwicklung niedergeschlagen hat und die Importe in der ersten Jahreshälfte aufgrund der konjunkturellen Besserung stürmisch zugenommen haben. Im Warenverkehr rechnet das Ifo daher 1983 bei der Ausfuhr nur mit einem nominalen Plus von einem (real plus minus null) Prozent gegenüber einem Zuwachs von nominal 2,3 (real vier) Prozent.

Bei den „unsichtbaren" Posten der Leistungsbilanz erwartet das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut für 1984 nur geringe Veränderungen. In der Übertragungsbilanz könnten sich die Tendenzen zu einem steigenden Nettobeitrag an die EG-Haushalte wieder durchsetzen, so daß das Defizit vermutlich wieder von 27,0 (28,2) Milliarden Mark 1983 auf 28,0 Milliarden Mark steigen wird. Dagegen wird in der Dienstleistungsbilanz mit einem weiteren Abbau des Passivsaldos auf 11,0 Milliarden nach 12,0 (16,2) Milliarden Mark im laufenden Jahr gerechnet. Daß dieses Defizit erstmals seit langem 1983 gesunken ist, wurde nach Feststellungen des Ifo entscheidend von der Kapitalertragsbilanz und den real sinkenden Reiseausgaben der Deutschen im Ausland geprägt.

Lücken im Bankengesetz

Von CLAUS DERTINGER

Kaum daß nach dem Beinahe-Zusammenbruch des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH-Bank) angeregt wurde, die Bankenaufsicht in einigen Punkten zu verbessern, bezogen die Bankiers öffentlich Abwehrstellung. Man könne nicht neben jeden Kreditsachbearbeiter einen staatlichen Kontrolleur setzen, warnte Bankenverbandspräsident Schroeder-Hohenwarth den Gesetzgeber vor einer Überreaktion.

Natürlich kann man es den Bankiers nicht verdenken, daß sie Front machen gegen alles, was ihre geschäftliche Freiheit einengen könnte. Aber das kann für den Gesetzgeber kein Grund zum Verzicht auf die Verbesserung unzureichender Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG) sein. Mit dem Hinweis, formal habe die SMH-Bank überhaupt nicht gegen das KWG verstoßen, liefern prominente Bankiers übrigens selbst ein überzeugendes Argument für den Gesetzgeber, einiges an diesem „Grundgesetz" des Kreditgewerbes zu ändern.

Einmal beweist das Debakel der SMH-Bank, die mehr als die Hälfte ihrer 900 Millionen Mark dubioser Kredite an die zusammengebrochene IBH-Gruppe über ihre Luxemburger Tochter geschleust hat, wie wichtig es ist, die Geschäfte der ausländischen Töchter deutscher Banken transparenter zu machen und auch auf sie die in der Bundesrepublik geltenden bankenaufsichtsrechtlichen Regeln anzuwenden. Das soll mit der ohnehin in Vorbereitung befindlichen Novelle zum KWG erreicht werden, die in ihrem Kern vorsieht, daß die Kredite der Mütter und Töchter zusammen das Achtzehnfache des Eigenkapitals der Mutter nicht überschreiten. Mit der Ausdehnung dieses sogenannten Grundsatzes I des KWG auch auf die Töchter, deren Kapitalmehrheit sich im Besitz der Mütter befindet, soll der Aufbau gefährlicher Kreditpyramiden verhindert werden. Das akzeptieren die Banken prinzipiell; nur wollen sie den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Neuregelung möglichst lange hinausgeschoben sehen.

Revisionsbedürftig im Kreditwesengesetz ist freilich noch mehr. Einmal die Großkreditregelung. Nach dem KWG sind Großkredite Ausleihungen an einen Kreditnehmer, die 15 Prozent des Bankeigenkapitals übersteigen. Der einzelne Großkredit darf laut Gesetz 75 Prozent des Bankkapitals nicht überschreiten, die fünf größten dürfen das Dreifache und alle zusammen das Achtfache nicht übersteigen. Die Erfahrungen bei den Zusammenbrüchen mancher kleiner Banken, vor allem aber das Desaster der SMH-Bank zeigen, daß diese Höchstkreditgrenzen einfach zu weit gezogen sind. Wenn selbst die Verbandsoberen betonen, daß solide Banken weit darunter bleiben, was spricht dann dagegen, zum Beispiel die Höchstgrenze für den einzelnen Kredit auf 50 Prozent herabzusetzen? Das wäre immer noch deutlich mehr als die zehn oder 20 Prozent, die in anderen Ländern erlaubt sind.

Bei der SMH-Bank machten übrigens die Kredite an die IBH-Pleitefirmen mehr als das Achtfache des Eigenkapitals aus. Die Bank hat diese Kredite einfach nicht zusammengerechnet und sich dabei auf die Bestimmung im Paragraphen 19 des KWG berufen, wonach die einzelnen IBH-Unternehmen nur dann als ein einziger Kreditnehmer anzusehen wären, wenn sie aktienrechtlich einen Konzern bilden, einer einheitlichen Leitung unterstehen oder durch Gewinnabführungsverträge miteinander verbunden sind.

Der Fall SMH, aber auch Dispute zwischen anderen Banken und der Bankenaufsicht sollten Anlaß sein, die bislang formaljuristische Definition „eines Kreditnehmers" durch eine neue, am möglichen Risiko orientierte, zu ersetzen, die eine Verschleierung von Risiken verhindert. Ferner zeigt die Beinahe-Pleite der SMH-Bank, die sich an faulen, von IBH-Firmen angekauften Forderungen im Factoring-Geschäft verschluckt hat, wie wichtig es ist, daß auch der Verkäufer einer Forderung vom KWG automatisch als Kreditnehmer angesehen wird, was bisher nicht zwingend der Fall ist.

Das Drängen auf einige Änderungen im Kreditwesengesetz sollte nicht gleich als Ruf nach dem Polizeistaat für das Kreditgewerbe diffamiert werden. Schließlich ist es kein Angriff auf die Liberalität der Bankengesetzgebung, wenn offensichtliche Unzulänglichkeiten beseitigt werden. Bedauerlich ist nur, daß immer erst irgendwelche Unfälle passieren müssen, bevor der Gesetzgeber Handlungsbedarf erkennt.

AUF EIN WORT



„Die Diskussion um die Technik ist ideologisch überfrachtet. Ideologische Positionen können Sachzwänge nicht überwinden; sie können sie allenfalls ignorieren, und Ignoranz von Tatsachen ist in aller Regel der Anfang vom Ende."

Dr. Rudolf Eberle, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Baden-Württemberg
Foto: JUPP DARCHINGER

EG zählt mehr Arbeitslose

AP, Brüssel

In der Europäischen Gemeinschaft waren nach Angaben des Brüsseler Büros für Statistik im Oktober 12,1 Millionen Arbeitslose registriert. Das sind 10,5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Die Zahl der Arbeitslosen lag um 750 000 höher als im gleichen Vorjahresmonat und um 90 000 höher als im Vormonat. Den Angaben zufolge ist der Anstieg vor allem auf eine große Zahl von Schulabgängern zurückzuführen, die keinen Arbeitsplatz erhalten hat. Bemerkenswert sei, daß die Zahl der arbeitslosen Männer zurückgegangen, die arbeitsloser Frauen dagegen gestiegen sei. Bei den Männern wurde eine Arbeitslosenquote von 9,7, bei den Frauen von 11,6 Prozent ermittelt.

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Bonn stellt den Ländern zwei Milliarden zur Verfügung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Für den sozialen Wohnungsbau will der Bund den Ländern im nächsten Jahr 2,09 Milliarden Mark zur Verfügung stellen. 1,09 Milliarden entfallen auf das „Normalprogramm", mit dem der Bund den Ländern wie bisher Finanzhilfen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus gewährt. Eine Milliarde sind, wie Bundesbauminister Oskar Schneider jetzt den Ländern mitgeteilt hat, für das Sonderprogramm der Bundesregierung zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage vorgesehen.

Nach Ansicht Schneiders hat das Sonderprogramm schon in diesem Jahr den sozialen Wohnungsbau deutlich belebt. Auch 1984 sollen die Mittel dieses Sonderprogramms je zur Hälfte in den Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten und in den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnunge fließen. Für den Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten ist im zweiten Förderungsweg eine Unterstützung mit Aufwendungszuschüssen von anfänglich 7,50 Mark je Quadratmeter möglich.

Für Eigentumsmaßnahmen beträgt der Höchstbetrag für die Förderung allgemein 5,25 Mark, in Ballungsgebieten sind es 6,45 Mark. Dazu kämen noch, so Schneider, die Vorteile aus dem Paragraphen 7 b Einkommensteuergesetz und der begrenzte Schuldzinsenabzug.

Nach Ansicht des Bundesbauministers sollte in den Jahren nach 1984 die Förderung des sozialen Wohnungsbaus noch stärker als bisher auf die Eigentumsbildung im Wohnungsbau ausgerichtet werden. Den Ländern soll bei der Durchführung ein größerer Spielraum überlassen werden, um die örtlichen Gegebenheiten besser berücksichtigen zu können.

KRUPP-ENERGIEPREIS

Drei Firmen entwickeln die Kohlevergasung weiter

J. GEHLHOFF, Essen

„Die Veredelung von Kohle ist so kompliziert wie die Atomtechnologie", zitierte Kuratoriumsvorsitzender Berthold Beitz einen russischen Fachmann und begründete damit eine Novität in der jungen Tradition des größten deutschen Forschungspreises, des von der Krupp-Stiftung seit 1975 alle zwei Jahre verliehenen Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Preises für Energieforschung. Der mit 500 000 DM dotierte Preis wurde nun erstmals nicht an Einzelforscher, sondern an drei Firmen vergeben:

Lurgi Kohle- und Mineralöltechnik GmbH (Metallgesellschaft-Konzern), Rheinische Braunkohlenwerke AG (RWE-Konzern) und Krupp-Koppers GmbH (Krupp-Konzern). Die hier für herausragende Leistungen bei der Weiterentwicklung der Kohlevergasung ausgezeichneten Konzerntöchter reichen die Preissumme zur Förderung einschlägiger Projekte an wissenschaftliche Institute weiter (vier in der Bundesrepublik, eins in den USA).

Mit der Beruhigung der Ölpreise, so stellte Beitz bei der Preisverleihung in Essen „mit großem Bedauern" fest, beruhigte sich auch der Elan zur Entwicklung neuer Wege der Energieversorgung. Die jedoch seien wegen absehbarer Erschöpfung der Erdölvorräte unverzichtbar. „Denkanstöße" für diesen Technik-Fortschritt wolle die Stifung mit ihrer diesjährigen Preisverleihung auch für die künftig bessere Verwertung der weitaus wichtigsten deutschen Primärenergiequelle geben.

Mehr freilich nicht. Die großtechnische Entwicklung der Kohleveredelung sei nur in Großunternehmen mit entsprechendem finanziellen Rückhalt und obendrein nur mit kräftiger staatlicher Unterstützung möglich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Technologiebörse floriert

Bonn (rtr) – Von einem florierenden Geschäft an der Technologiebörse der Industrie- und Handelskammern (IHK) berichtet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT). Mitte November wurden, wie der DIHT mitteilte, rund 2000 Technologieangebote und -gesuche an der Börse notiert. Das sind 500 mehr als im April dieses Jahres. Im Rahmen eines deutsch-kanadischen Feldversuchs für den Austausch von Technologien enthält die neueste Börse laut DIHT auch Angebote und Gesuche aus Kanada. In Kanada werden deutsche Technologieangebote veröffentlicht.

Stahlproduktion gestiegen

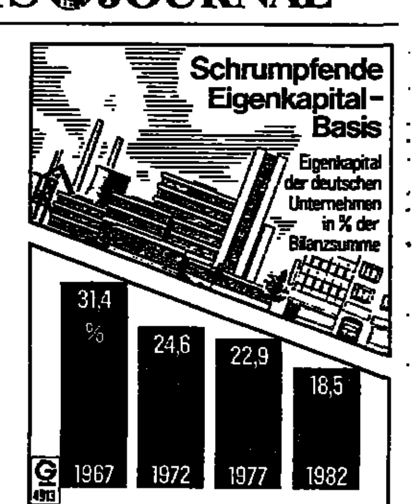
Brüssel (rtr) – Die Stahlproduktion der nichtkommunistischen Länder hat sich im vergangenen Monat gegenüber dem allerdings ungewöhnlich niedrigen Niveau des Vorjahresmonats deutlich erhöht. Den am Montag veröffentlichten neuesten Ergebnissen des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts zufolge haben diese Länder im Oktober 36,0 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt, 18,6 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft erhöhte sich die Produktion um 21 Prozent.

Kritik an EG-Erweiterung

Bonn/Rotterdam (dpa/VWD) – Mit einer qualitativen Änderung der Europäischen Gemeinschaft rechnet der Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) durch die geplante Süderweiterung um Spanien und Portugal. Wie der Präsident des BGA, Hans Hartwig, in Rotterdam ausführte, hätten sich schon durch die Erweiterung der EG von ursprünglich sechs auf neun und dann auf zehn Mitglieder die dirigistischen und protektionistischen Tendenzen der EG eher verstärkt, und das habe sich auch auf die Qualität der EG ausgewirkt. Mit der anstehenden Süderweiterung stehe die EG an einem ordnungspolitischen Scheideweg, betonte Hartwig.

Für Aktien optimistisch

Frankfurt (rtr) – Die Voraussetzungen für eine auf längere Sicht positive



Das Eigenkapitalpolster der deutschen Unternehmen wird immer dünner. Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme ist innerhalb der letzten 15 Jahre von 31,4 auf 18,5 Prozent geschrumpft.
QUELLE: GLOBUS

Entwicklung der Aktienmärkte in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Ansicht der Deutsche Bank-Volkswirte günstig, wenn auch das Geschehen vielleicht in etwas „ruhigeren Bahnen" verlaufen werde. Allerdings dürfe man die alte „Börsenregel" nicht übersehen, wonach um so eher mit einer Reaktion gerechnet werden muß, je höher die Kurse steigen, schreibt das Kreditinstitut. Alles in allem sei aber die Auftriebskraft deutscher Aktien „unverkennbar".

Stahlfusion genehmigt

Brüssel (rtr) – Bei der Neuordnung der europäischen Stahlindustrie ist im Bereich des Maschinenbaustahls ein kleiner Fortschritt erzielt worden. Am Montag hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) den britischen Unternehmen British Steel Corporation (BSC) und Guest Keen und Nettlefoods plc (GKN) die Genehmigung zum Erwerb des Edelstahlherstellers Hadfields Ltd durch eine neue gemeinsame Holdinggesellschaft in Sheffield ansässige Hadfields ist derzeit eine Tochter des Mischkonzerns Lonrho plc, der eine Reihe von Unternehmen in den Bereichen Industrie, Bergbau und Landwirtschaft kontrolliert.

IDA-HILFE

Stark verbesserte Chancen für Wiederauffüllung

H.-A. SIEBERT, Washington

Die International Development Association (Ida), die zur Weltbankgruppe gehört und den ärmsten Entwicklungsländern mit zinslosen Krediten unter die Arme greift, ist aus dem Schneider, nachdem der Kongreß kurz vor dem Ende der ersten Hälfte der Legislaturperiode 945 Millionen Dollar als US-Anteil an der sechsten Wiederauffüllung bereitgestellt hat. Er erwies sich damit als weniger knauserig, als von der Reagan-Administration behauptet worden ist.

Nachdem der Kongreß schon für das Finanzjahr 1983 einen gleich hohen Betrag bewilligt hatte, schulden die USA der Ida nur noch 150 Millionen Dollar, die vermutlich im kommenden Jahr in einem Nachtragshaushalt angewiesen werden. Als sicher gilt bei der Weltbank in Washington, daß jetzt auch die anderen Länder, darunter die Bundesrepublik, ihre Zusagen erfüllen. Wegen der Streckung von Ida Sechs von drei auf vier Jahre mußten die Hilfsprogramme stark gekürzt werden.

Insgesamt standen für Ida rund 14 Milliarden Dollar bereit, wenn man die im vierten Jahr zusätzlich aufgebrachten zwei Milliarden Dollar einbezieht. Verpflichtet hatten sich die USA zur Zahlung von mehr als drei Milliarden Dollar in drei Jahren. Nach dem Kongreßbeschluß hat sich die politische Atmosphäre für die am 1. Juli 1984 in Kraft tretende siebte Wiederauffüllung der Ida-Kasse verbessert. Um weitere Fortschritte in den ärmsten Staaten der Dritten Welt zu erzielen, hat die Weltbank um die Bereitstellung von 16 Milliarden Dollar gebeten. Um real mit Ida Sechs gleichzuziehen, wären 15 Milliarden Dollar erforderlich. Die 33 Geberländer beraten am 9. und 10. Dezember in Paris.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG / Umfragen bestätigen Arbeitgeber

Gesamtmetall: Flexibilität ist gefragt

HEINZ HECK, Bonn

Die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie (Gesamtmetall) wollen künftig auch verstärkt Teilarbeitsplätze anbieten und Voraussetzungen für eine flexible Verteilung der 40stündigen Wochenarbeitszeit schaffen. Darauf hat sich der Vorstand am Sonntag mit Blick auf die bevorstehenden Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag geeinigt.

Aus einem verstärkten Angebot von Teilzeitarbeit erwartet Gesamtmetall bei einer aktiven Unterstützung durch beide Tarifparteien allein in dieser Branche einen Beschäftigungseffekt von etwa 100 000 Arbeitsplätzen. Vizepräsident Müller erklärte gestern vor Journalisten in Bonn, nach Repräsentativumfragen bei Arbeitnehmern wie -gebern der Metallindustrie sei deutlich geworden, „daß sowohl von der Nachfrage wie vom Angebot ein erhebliches Teilzeitpotential zur Verfügung steht, wobei sich dahinter die ganze Spannweite von Halbtagsarbeit bis zu einigen Stunden weniger Arbeitszeit in der Woche verbirgt". Einen solchen weitgespannten Rahmen müßten auch die zu vereinbarenden Tarifverträge sicherstellen, betonte Müller.

Nach einer Repräsentativumfrage von Infratest haben die Beschäftigten der Metallindustrie, so Müller, „erhebliches Interesse an Teilzeitarbeit". 38 Prozent der Beschäftigten oder hochgerechnet etwa 1,4 Millionen Mitarbeiter der Branche bekundeten Interesse. Zwar sei das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen in den letzten Jahren gestiegen, entspreche aber bei weitem noch nicht die Nachfrage. Ein zusätzliches Beschäftigungspotential von etwa 120 000 Teilzeitbeschäftigten sei eine „durchaus realistische Perspektive". Teilzeitarbeit verbessere auch die Dispositionsmöglichkeiten der Unternehmen.

Eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit bedeute ein Abgehen von der starren Handhabung der 40-Stunden-Woche und des Acht-Stunden-Tages: statt dessen zum Beispiel vier Tage mit zehn Stunden oder auch sechs Tage mit unterschiedlichen Arbeitszeiten. Die ungleichmäßige Verteilung könne sich aber auch auf längere Zeiträume – etwa mehrere Wochen oder gar ein ganzes Jahr – erstrecken, so daß in einigen Wochen 30, in anderen 50 Stunden gearbeitet werden. Maßgeblich seien Wünsche und Belange der betreffenden Arbeitnehmer ebenso wie die Möglichkeiten des einzelnen Betriebes. Der Infratest-Untersuchung zufolge halten 52 Prozent der Metallarbeitnehmer eine solche Regelung für „eine gute Idee" und 29 Prozent würden „bestimmt davon Gebrauch machen".

Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche ließe keine Lohnerhöhung zu. Dagegen sei bei Realisierung der Gesamtmetall-Vorschläge eine Lohnerhöhungspause nicht erforderlich.

ITALIEN / Bekleidungsindustrie erfolgreich

Die Exporte steigen wieder

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienischen Exporte werden im kommenden Jahr real stärker zunehmen als im laufenden. Sowohl das staatliche Exportversicherungsunternehmen Sace als auch das staatliche Konjunkturinstitut Isco rechnet mit einer Wertsteigerung von 13,5 Prozent auf 125 000 Milliarden Lire, der eine Mengenzunahme von 3,5 Prozent entspricht. Voraussetzung dafür ist eine Zunahme der Weltnachfrage um vier Prozent und eine Erhöhung der italienischen Exportpreise um nicht mehr als zehn Prozent. Im laufenden Jahr wird die Ausfuhr den Prognosen zufolge dagegen wertmäßig nur um 9,7 Prozent und der Menge nach um 1,4 Prozent steigen.

In den ersten neun Monaten stiegen die italienischen Ausfuhren um 6,7 Prozent auf 78 006 Milliarden Lire, die Einfuhren um 1,2 Prozent auf 87 990 Milliarden Lire, womit das Defizit gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 13 775 auf 9984 Milliarden Lire zurückging. Die Verminderung ist vor allem der Tatsache zuzuschreiben, daß sich der Außenhandelsüberschuß in den Nicht-Energiebereichen von 9176 auf 13 775 Milliarden Lire erheblich verbessert hat und gleichzeitig der Fehlbetrag im Energiebereich „nur" von 22 951 auf 23 353 Milliarden Lire zunahm.

Überdurchschnittliche Wachstumsraten in der Ausfuhr erzielten sowohl die Textil- und Bekleidungsindustrie (plus 10,2 Prozent auf 13 595 Milliarden Lire) als auch der Maschinenbau (plus 9,2 Prozent auf 20 331 Milliarden Lire) und die Transportmittelindustrie (plus 7,6 Prozent auf 8421 Milliarden Lire), die drei Hauptsäulen des italienischen Exports. Demgegenüber mußten italienische Agrar- und Ernährungsgüter auf den Auslandsmärkten einen Rückschlag von 6,8 Prozent (auf 4802 Milliarden Lire) hinnehmen.

Auf der Importseite schlossen mit Ausnahme der Erzeugnisse der Stahl- und NE-Metallindustrie (minus 4,3 Prozent auf 6454 Milliarden Lire) und der Transportmittel (minus 12,4 Prozent auf 6723 Milliarden Lire) alle anderen Bereiche mit Zuwachsraten.

Für das Jahr 1983 rechnet das staatliche Konjunkturinstitut Isco beim Import mit einer realen Abnahme von 0,5 Prozent und einer Wertzunahme von 5,6 Prozent. Die italienischen Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland sind in den ersten neun Monaten nur um 6,1 Prozent gestiegen, während sich die Einfuhren von dort um 3,3 Prozent erhöht haben.

Auf das Exportwachstum gedrückt hat in diesem Fall nicht zuletzt das verhältnismäßig schlechte Abschneiden der italienischen Lieferungen von Ernährungsgütern. Umgekehrt ist das überdurchschnittliche Wachstum der Einfuhren der weiter kräftig gestiegenen italienischen Nachfrage nach lebenden Tieren und tierischen Produkten zuzuschreiben.

OECD / Günstige Entwicklung vorhergesagt

Preisanstieg beschleunigt

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Seit Mitte dieses Jahres hat sich die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten (OECD) im Durchschnitt günstiger entwickelt als erwartet worden war. Deshalb könne jetzt auch für das nächste Jahr mit einer besseren Entwicklung gerechnet werden. Zu diesem globalen Ergebnis kommt der wirtschaftspolitische Ausschuß der OECD in seinem Herbstgutachten. Die einzelnen Mitgliedsstaaten beurteilen ihre Perspektiven allerdings unterschiedlich.

Beziffert hat der Ausschußvorsitzende, US-Präsidentenberater Martin Feldstein, nur die Entwicklung der USA. Davon ausgehend, daß die amerikanische Expansionsrate im vierten Quartal 1983 rund 4,5 Prozent erreicht, sagte er für 1984 eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von 5,2 Prozent voraus. In ihrer letzten Prognose (Juli 1983) hatte das OECD-Sekretariat den USA für dieses Jahr drei Prozent und für das nächste viereinhalb Prozent in Aussicht gestellt.

Für die OECD-Zone war damals eine Beschleunigung des Wachstums von 2 auf dreieinviertel Prozent angekündigt worden. Diese Rate müßte bei dem Gewicht der US-Wirtschaft nicht unwesentlich übertroffen werden, meint Feldstein. Hinzu käme, daß die anderen OECD-Staaten in ihrem Export und damit auch für ihr Wachstum von dem starken Dollar profitieren würden.

Die deutsche Delegation hat ihre Prognose – eindreiviertel Prozent Wachstum 1984 nach einhalb Prozent in 1983 – noch nicht nach oben revidiert. Von Frankreich und Italien werden wegen der dort eingeleiteten Austerity-Politik die Aussichten als wenig ermutigend bezeichnet. Deren Regierungsvertreter plädierten in Paris für eine weniger restriktive Politik der expansionsstärkeren Länder. Gemeint waren in Europa die Bundesrepublik, Großbritannien und Holland.

Bei der Ausschußsitzung überraschte die sehr zuversichtliche Einschätzung der Preisentwicklung. Trotz verstärkten Wirtschaftswachstums wird erwartet, daß die für 1984 auf sechs Prozent veranschlagte durchschnittliche Inflation schwächer ausfallen könne und möglicherweise sogar die bisherige von voraussichtlich fünfdreiviertel Prozent unterschreitet.

Tatsächlich hat sich der Preisanstieg in der OECD in letzter Zeit nicht unbeträchtlich verstärkt. Von August auf September verdoppelte sich die monatliche Teuerung auf durchschnittlich 0,7 Prozent, und im Jahresvergleich nahm die Inflationsrate auf 5,1 (4,9) Prozent zu. Im wesentlichen konnte nur die Bundesrepublik weitere Stabilisierungserfolge erzielen.

RISIKOKAPITAL / Europäischer Verband von Wagnisfinanzierungs-Firmen gegründet

Es fehlt vor allem an guten Projekten

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Entwicklung neuer Technologien wird in Europa nicht zuletzt durch die fortbestehenden soziokulturellen Barrieren zwischen den einzelnen EG-Ländern behindert. Deshalb hat die Brüsseler Kommission jetzt bei der Gründung eines Zusammenschlusses der wichtigsten Firmen Pate gestanden, die sich auf die Bereitstellung von Risikokapital spezialisiert haben.

Ziel der European Venture Capital Association (EVCA) ist es vornehmlich, kleineren Unternehmen bei der Suche nach haftendem Kapital zu helfen. Der Vereinigung gehören 36 ordentliche und sieben assoziierte Firmen an, die nach überschlägigen Berechnungen zusammen ein Investitionsvolumen von über 1,5 Milliarden Ecu (etwa 3,4 Milliarden Mark) repräsentieren.

Wie bei der Gründung der EVCA hervorgehoben wurde, bestehen in der EG recht unterschiedliche Traditionen bei der Finanzierung von Investitionen. Während auf Venture-Kapital spezialisierte Institute in Großbritannien seit langem verbreitet sind, sind sie in Italien noch im Entstehen begriffen. In der Bundesrepublik beschäftigt sich neben den Banken vor allem die Deutsche Wagnisfinanzierungs-Gesellschaft mbH (WFG) in Frankfurt mit diesem Geschäft. Sie ist eine Gründung von 29 Kreditinstituten und hat bisher immerhin 36 Millionen Mark in 30 Beteiligungen investiert.

Assoziiertes beziehungsweise volles Mitglied der neuen Vereinigung sind auch die Industriekreditbank AG in Düsseldorf und die Techno Venture Management GmbH in Grünwald bei München. Diese Gesellschaft ist eine Gründung von Siemens und zwei anderen Unternehmen.

Der Geschäftsführer der Frankfurter Gesellschaft, Karl-Heinz Fanselow, vertritt im Gegensatz zu manchen anderslautenden Stimmen in der EG die Meinung, daß es nicht an Kapital für Investitionen mangele, sondern an guten Projekten. Bezeichnend dafür sei, daß erfahrene Manager in der Bundesrepublik nie ihr eigenes Unternehmen gründeten.

Angestellte Manager hätten heute in der Bundesrepublik „gute Berufschancen mit guten Bezügen und einer ausreichenden sozialen Sicherung". Der Anreiz aus den Vereinigten Staaten, viel Geld zu machen, fehle. Denn dem Risiko eines Wechsels stehe oft keine entsprechende Chance gegenüber.

Daß sich für gute Projekte immer auch Kapitalgeber finden, zeigt sich nach Ansicht Fanselows an den Erfahrungen bei der Börseneinführung von Aktien junger technologieorientierter Unternehmen. Solche Emissionen seien in jüngster Zeit „enorm überzeichnet" worden. Leider gebe es jedoch zu wenig gute junge innovative Unternehmen. So könne die WFG nur mit etwa fünf bis zehn Prozent der jährlich etwa 170 anfragenden Firmen Beteiligungsverträge abschließen. „Bei den meisten anderen Unternehmen fehlen schlüssige Marktkonzepte."

Der Präsident der neuen Europavereinigung, Christian Cleiftie (Sofinnova), bezeichnete es als deren Absicht, „Unternehmern in Europa zu helfen, mit Leuten in Kontakt zu kommen, die Kapitalerfahrung und den nötigen Anreiz für Risikoinvestitionen mitbringen." Die Anlaufkosten der EVCA finanziert (was vielleicht weniger für deren Risikobereitschaft spricht) vorläufig die EG-Kommission.

Sanierungsplan für Uganda

AP, **Kampala**

Staatspräsident Milton Obote von Uganda hat die Beschränkung der Einfuhr von Luxusgütern und Maßnahmen zur Investitionsförderung angekündigt, mit denen der Aufschwung der heimischen Wirtschaft unterstützt werden soll. In einer vom Rundfunk ausgestrahlten Rede sagte Obote, schon jetzt seien die wirtschaftlichen Bedingungen erheblich verbessert. Schmuggel und Schwarzmärkte gehörten bereits der Vergangenheit an. Die Inflationsrate sei von 1980 bis heute von 107 auf 25 Prozent gesenkt worden, und zahlreiche Industriezweige arbeiteten wieder mit voller Kapazität.

Bei der Entwicklung der inländischen Industrie werde die staatliche Ugandische Entwicklungsgesellschaft in Zukunft eine größere Rolle übernehmen, sagte Obote. Geplant seien gemeinsame Investitionsprojekte mit ausländischen Unternehmen, darunter die Wiedereröffnung der 1978 geschlossenen einzigen Kupfermine des Landes in Ruwenzoris.

Tokio gibt Kredit an Brasilien

dpa/VWD, **Tokio**

Japan will sich mit öffentlichen Krediten in Höhe von 500 Millionen Dollar an einem neuen internationalen Anleihepaket für Brasilien beteiligen. Wie die japanische Nachrichtenagentur Kyodo unter Berufung auf Regierungskreise in Tokio meldete, soll das Angebot bei der nächsten Konferenz der westlichen Gläubigerländer Brasiliens heute und morgen in Paris unterbreitet werden.

Bereits im September hatten sich Japan, die USA und die westeuropäischen Länder auf Regierungsanleihen für das hochverschuldete Brasilien von insgesamt 4,5 Milliarden Dollar (rund zwölf Milliarden Mark) geeinigt. Nach den Informationen von Kyodo wollen die USA davon 2,5 Milliarden Dollar (rund 6,7 Milliarden Mark) aufbringen. Den Rest sollen sich Japan, die Bundesrepublik und die anderen Gläubigerländer teilen. Die ausstehenden Gesamtschulden Brasiliens belaufen sich diesen Angaben zufolge auf 80 Milliarden Dollar (rund 215 Milliarden Mark).

Maklerfusion in der Assekuranz

Py. **Düsseldorf**

Zwei traditionsreiche Hamburger Versicherungsmakler, M. W. Joost und Emil Preuss, schließen sich zur Joost & Preuss GmbH & Co, Hamburg, zusammen. Bereits einzeln für sich zu den führenden Unternehmen gehörend, werden sie jetzt an dritter oder vierter Stelle unter den großen Assekuranzmaklern zu finden sein. Der Schritt der beiden Unternehmen, die ganz überwiegend im Industrie-, Schaden-, Haftpflicht-, Anlagen- und Transportversicherungsgeschäft tätig sind, wird mit der Möglichkeit begründet, die Kunden aus Industrie, Handel und Großgewerbe in einem größeren Verbund noch effektiver zu betreuen. Auf der anderen Seite verlangten zunehmend kompliziertere Fertigungstechniken und komplexere Finanzierungen den Versicherungsgesellschaften gegenüber eine schlagkräftige Maklerorganisation auf den Welt-Versicherungsmärkten. Das fusionierte Unternehmen verfügt über 200 Mitarbeiter an sechs deutschen und zwei ausländischen Plätzen (Atlanta/USA und Zürich).

IRLAND / Bei der Gesundung der Wirtschaft wurden große Fortschritte erzielt

Wettbewerbsfähigkeit stark verbessert

WILHELM FURLER, **London**

Die Republik Irland befindet sich seit der Amtsübernahme der Koalitionsregierung unter Premierminister Garret FitzGerald vor rund einem Jahr auf Erholungskurs. Zwar ist die Inselrepublik mindestens ebenso stark wie die große Nachbarinsel Großbritannien von der schweren Rezession getroffen worden.

Aber unübersehbar sind die Fortschritte, die das Land während der vergangenen zwölf Monate und insbesondere seit der Vorlage des Sparhaushaltes der Koalitionsregierung Anfang Februar dieses Jahres gemacht hat. So wird die Inflationsrate Ende dieses Jahres zwischen 10,5 und elf Prozent liegen, der niedrigsten Jahresrate seit fünf Jahren. Ende vergangenen Jahres betrug sie noch 17 Prozent und im Jahr zuvor sogar 20 Prozent.

Hauptgrund für die Reduzierung der Preissteigerungsrate war neben der beträchtlichen Reduzierung der staatlichen Neuverschuldung ein deutlich niedrigeres Niveau, zu dem Lohnvereinbarungen in den letzten neun Monaten ausgehandelt wurden. Nach Angaben der Regierung in Dublin ist damit die Wettbewerbsfähigkeit der irischen Wirtschaft im Kostenbereich deutlich gegenüber dem Vorjahr verbessert worden.

Das chronisch hohe Leistungsbilanz-Defizit der Grünen Insel ist inzwischen ebenfalls merklich abgebaut worden. Nachdem es 1981 noch 14 Prozent des Bruttosozialprodukts in Höhe von etwa elf Milliarden Irischen Pfund (umgerechnet mehr als 34 Milliarden Mark) erreichte, liegt es inzwischen bei sechs Prozent. Offiziellen Statistiken zufolge sind die irischen Exporte volumenmäßig seit 1978 jahresdurchschnittlich um 10,5 Prozent gestiegen.

So läßt die Regierung in Dublin kaum eine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, daß die Export-Einkünfte Irlands pro Kopf der Bevölkerung heute doppelt so hoch liegen wie die Japans. Während noch 1947 die Industrie des Landes nur 21 Prozent der Gesamtbeschäftigung stellte, sind es inzwischen mehr als 32 Prozent. Über 800 ausländische Unternehmen haben sich seit 1960 auf der Insel niedergelassen und beschäftigen heute ein Drittel der irischen Arbeitnehmer. Fast 30 Prozent der Gesamtexporte entfallen auf elektrische und elektronische Produkte.

Dennoch ist die Arbeitslosenrate seit Ende vergangenen Jahres von 13 auf inzwischen 14,5 Prozent gestiegen. Damit sind rund 200 000 arbeitsfähige Iren im Augenblick ohne Beschäftigung.

Das größte Problem Irlands betrifft nach wie vor die extrem hohe Auslandsverschuldung. Bis Ende dieses Jahres wird sie acht Milliarden Dollar erreicht haben, mehr als 21 Milliarden Mark. Ende vergangenen Jahres lag sie bei rund 17 Milliarden Mark. Doch bemüht sich die Regierung in Dublin, auch diese Entwicklung in den Griff zu bekommen.

So wird die Netto-Kreditaufnahme im Ausland bis Ende dieses Jahres auf 800 Millionen Irische Pfund (knapp 2,5 Milliarden Mark) oder sechs Prozent des Bruttosozialprodukts begrenzt, nachdem sie 1981 und 1982 noch bei jeweils rund 1,2 Milliarden Pfund oder zwölf Prozent des Bruttosozialprodukts lag.

GROSSBRITANNIEN / Befragung der Einzelhändler

Der Konsum-Boom hält an

WILHELM FURLER, **London**

Der britische Einzelhandel erwartet vorerst kein Abflachen des Nachfragebooms im Konsumgüterbereich. Im Gegenteil: In Großbritannien wird erneut mit einem Rekord-Weihnachtsgeschäft gerechnet, nachdem bereits das letztjährige Weihnachtsgeschäft alle Erwartungen übertroffen hatte.

Einer vom britischen Unternehmerverband CBI durchgeführten Befragung von Einzel- und Großhändlern einschließlich des Automobilhandels zufolge rechnet die überwältigende Mehrheit der Befragten damit, daß die Nachfrage im britischen Handel auch in den nächsten Wochen steigen wird. So glauben rund 80 Prozent der befragten 265 Einzelhändler, daß das Geschäft zwischen Mitte November und Mitte Dezember volumenmäßig über dem in der gleichen Zeit des Vorjahres liegen wird, während nur fünf Prozent ein niedrigeres Einzelhandelsgeschäft erwarten.

Mehr als 15 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte erklärten, ihr Verkaufsvolumen habe zwischen dem 21. Oktober und dem 13. November über dem in der gleichen Zeit des Vorjahres gelegen, während nur 14 Prozent das Gegenteil berichteten. Und etwa 77 Prozent der befragten 363 Großhändler gaben an, daß auch ihr Geschäftsvolumen das in der gleichen Vorjahreszeit überschritten habe.

Für den konjunkturellen Ausblick in Großbritannien ist die Ausweitung des Verbraucherbooms auf das Großhandelsgeschäft von besonderer Bedeutung. Denn immerhin erstreckt sich dem CBI-Überblick zufolge der Anstieg im Großhandelsgeschäft auf die gesamte weite Palette, also auch auf die Versorgung des industriellen Bereiches. Dabei hatten noch im September nur 32 Prozent der befragten Großhändler vorausgesagt, daß ihr Geschäftsvolumen bis Ende Oktober über dem in der gleichen Zeit des Vorjahres liegen würde.

Gleichzeitig berichteten jetzt 57 Prozent der Großhändler, daß auch ihre Aufträge an die Hersteller in den nächsten Wochen zunehmen werden. Unverändert groß ist allerdings die Befürchtung in der Wirtschaft, daß die weiter steigende Nachfrage im britischen Handel vor allem Importen zugute kommt. Negativ sind im übrigen die Erwartungen im britischen Autohandel.

FRANKREICH / Gewerkschaften für Inflationsausgleich

Einkommenspolitik gefährdet

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Führer der drei größten französischen Gewerkschaften haben in den letzten Tagen der Reihe nach für die Masse der Arbeitnehmer vollen Ausgleich für die diesjährigen Kaufkraftverluste gefordert. Anlaß zu ihrer Initiative ist die Tatsache, daß das ursprüngliche Preisstabilisierungsziel der Regierung für 1983 von acht Prozent bereits bis Oktober übertroffen wurde und danach die diesjährige Inflationsrate mehr als neun Prozent erreichen dürfte.

Die Gewerkschaften fühlen sich deshalb nicht mehr an die laufenden Tarifverträge gebunden, in denen durchweg achtprozentige Lohnerhöhungen festgeschrieben sind. Zwar sehen diese Verträge mit Ausnahme der gesetzlichen Mindestlöhne keinen automatischen zusätzlichen Inflationsausgleich vor. Jedoch beruft sich selbst die gemäßigte Force Ouvrière darauf, daß die Kaufkrafterhaltung jedenfalls eine „moralische" Verpflichtung der Regierung sei.

Danach könnte es durchaus zu einer Kampfprobe zwischen den Gewerkschaften und der Regierung kommen. Zumindest aber werden die künftigen Lohnverhandlungen – beginnend im öffentlichen Dienst – sehr schwierig sein. Denn nach der Überschreitung des diesjährigen Stabilisierungsziels werden die Gewerkschaften die von der Regierung für 1984 angestrebte Verminderung des Preisanstiegs auf fünf Prozent als unglaubwürdig ansehen und es ablehnen, sich von vornherein mit Lohnerhöhungen auf diesem Niveau zu begnügen.

Andererseits braucht die Regierung schon zur Absicherung der in letzter Zeit günstiger gewordenen Außenhandelsentwicklung eine Verminderung des Kosten-, insbesondere Lohnkostenanstiegs in der Wirtschaft. Nur dadurch könnte auch ein Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten werden. Nach jüngsten Umfragen steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch vor der Kaufkraftgarantie in der Prioritätenliste der Bevölkerung.

BUNDESFINANZHOF / Ist Bußgeld Betriebsausgabe?

Richter und Behörden uneins

dpa/VWD, **München**

Über die steuerliche Absetzbarkeit von betriebsbedingten Geldbußen und -strafen hat gestern der Große Senat des Bundesfinanzhofs in München verhandelt. Die elf höchsten Finanzrichter waren vom Ersten Senat des Finanzhofs zur Klärung von zwei Fragen angerufen worden: Sind Geldstrafen oder -bußen wegen Verstößen gegen Wettbewerbsbeschränkungen gegen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung steuerlich abzugsfähig und gilt dies auch für die aus den Verfahren erwachsenen Kosten?

Hintergrund der Verhandlung sind Klagen der Wasch- und Kosmetikmittelfirma Colgate/Palmolive, Hamburg, und der Stadtsparkasse im niedersächsischen Hildesheim. Das Hamburger Unternehmen hatte Anfang der 70er Jahre mit kostenlosem Werbematerial für neue Produkte gegen Wettbewerbsbestimmungen verstoßen, die Stadtsparkasse ohne Genehmigung Wertpapiere ins Ausland verkauft. Colgate/Palmolive wollte die vom Landgericht Köln verhängte Geldstrafe von 10 000 Mark Prozeßkosten von etwa 3500 Mark sowie die vom Bundeskartellamt ausgesprochene Geldbuße von 3000 Mark wegen unzulässiger Preisempfehlungen steuerlich absetzen, erläuterte der Berichterstatter des Senats. Dies lehnte die zuständige Finanzbehörde ab. Die öffentlich-rechtliche Sparkasse mußte 800 000 Mark Bußgeld zahlen.

Der Große Senat muß nun über diese Fragen entscheiden, weil nach Auffassung des Ersten Senats Ordnungsstrafen nach der Zivilprozeßordnung sowie Geldbußen wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz (Stadtsparkasse) oder gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Colgate/Palmolive) als Betriebsausgaben abziehbar sind.

Mit Blick auf Affären um Baupreisabsprachen in der vergangenen Zeit betonte der Vertreter des Hamburger Unternehmens, „es geht nicht darum, Strafen für Preisabsprachen auf die Allgemeinheit abzuwälzen" oder „kriminelle Verhaltensweisen" zu sanktionieren. Es handle sich in den vorliegenden Fällen ausschließlich um die Absetzbarkeit betrieblich bedingter Ausgaben. Nicht der Sühnegedanke, sondern die Einhaltung von Regeln stehe hinter der Geldbuße.

IBH-GRUPPE / Kreditsicherheiten gering eingeschätzt

Wibau zunächst gesichert

cd/wb. Frankfurt

Die Chancen für eine Verwertbarkeit der Kreditsicherheiten von Unternehmen der IBH-Gruppe werden von der neuen Leitung der SMH-Bank so gering eingeschätzt, daß neue Wertberichtigungen für erforderlich gehalten werden, die praktisch das gesamte Engagement bei der Unternehmensgruppe abdecken. Durch diese strengere Beurteilung soll sich das Verlustloch bei der SMH-Bank, das von Banken und vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes gestopft werden muß, auf 950 Mill. DM erhöhen. Der Einlagensicherungsfonds verhandelte gestern über eine Aufstokkung seines bisherigen Sanierungsbeitrages von 165 Mill. DM. Dem Vernehmen nach soll der Feuerwehrfonds einen Betrag in der Größenordnung von 180 Mill. als Garantie in die SMH-Bank einschießen.

Es kann noch nicht als sicher angesehen werden, daß nicht noch weitere Verlustquellen entdeckt werden. Zur Zeit wird die SMH-Bank vom Prüfungsverband des privaten Bankgewerbes unter die Lupe genommen. So ist zum Beispiel auch nicht auszuschließen, daß die SMH-Bank aus der Prospekthaftung für die Kapitalerhöhung der Wibau AG in Anspruch genommen wird, nachdem sich der Verdacht der Bilanzfälschung bei diesem Unternehmen immer mehr erhärtet.

Das Fortbestehen der Wibau ist bis auf weiteres gesichert. Gestern erhielt Vergleichsverwalter Wilhelm Schaaf „ausnahmslos Zusagen" der beteiligten Banken für einen Überbrückungskredit von 3 Mill. DM. Heute verhandelt Schaaf mit der Vergleichsverwaltung über eine Vorfinanzierung des Konkursausfallgeldes von 3,7 bis 3,8 Mill. DM. Beides zusammen soll genügen, um das Unternehmen bis zur Erteilung einer Landesbürgschaft von 50 Mill. DM über die Runden zu bringen.

ZUCKERWIRTSCHAFT / Enttäuschende Ernte

Erzeugung stark verringert

D. SCHMIDT, Nordstemmen

Eine enttäuschende Zuckerrübenernte wird nach jüngsten Schätzungen die Zuckererzeugung in der Bundesrepublik um 23 Prozent auf 2,5 Mill. t sinken lassen. Sprecher der Zuckerwirtschaft wiesen vor der Presse darauf hin, daß der Hektarertrag im Bundesdurchschnitt auf 42 (53) t gesunken ist. In Nordwestdeutschland, mit einem Anteil von 42 Prozent wichtigstes deutsches Anbaugebiet, ist der Rückgang noch wesentlich stärker. Insgesamt dürften in dieser Region (rund 170 000 ha) nur 6,5 Mill. t Rüben geerntet werden, nachdem es in den beiden Vorjahren noch 9 Mill. t waren.

Neben der Verringerung der Anbaufläche um rund 5 Prozent war die extrem ungünstige Witterung die wesentliche Ursache dieser Entwicklung, die den Rübenbauern Mindesterlöse von rund 250 Mill. DM bringen wird. Teilweise liegen die Zuckerrübenerträge 1983/84 um bis zu 50 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Für die Zuckerfabriken ergeben sich dadurch erhebliche Schwierigkeiten bei der Auslastung. Statt der üblichen 80 Tage dauernden Kampagne sind die Fabriken nur etwa 50 Tage beschäftigt.

Die Grund- und Höchstquote der norddeutschen Zuckerfabriken beträgt 1983/84 rund 0,94 Mill. t Zucker. Stünde nur die Produktion dieses Jahres zur Verfügung, wären die Fabriken nicht in der Lage, diesen Rahmen zu erfüllen. Die gute Ernte im Vorjahr erlaubte es aber, rund 75 000 t C-Zucker (auf dem Weltmarkt frei verkäuflich) zu übertragen.

Helmut Rose, Vorsitzender des Marktverbandes Rübenbau und Zuckerwirtschaft, empfiehlt den Landwirten trotz der geringen Ernte aus Zuckerrüben für das kommende Jahr, die Anbaufläche nicht einzuschränken. Für den Zuckerrübenanbau in Norddeutschland komme es darauf an, die gegenwärtige Zuckermarktordnung mit ihrem Quotensystem zu erhalten. Dieses System läuft am 30. Juni 1986 aus. Von der gesamten Zuckerproduktion in Norddeutschland werden immerhin 50 Prozent exportiert. Die Zuckerindustrie geht davon aus, daß der Strukturwandel hin zu größeren Einheiten in Zukunft eher noch verstärkt weitergeht.

LANCIA / Verkauf am italienischen Automarkt steigt

Mit Qualität aus der Krise

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Autos der Fiat-Marke „Lancia" haben in den ersten zehn Monaten ihren Anteil am italienischen Markt gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 7 auf 8,4 Prozent verbessert, wobei in dem insgesamt um 7 Prozent auf 1 356 000 Pkw geschrumpften Markt Lancia-Autos ihren Absatz um 12,2 Prozent auf 114 329 Stück erhöhten. Unter den zehn größten Anbietern gelang es nur noch BMW (24 443 Pkw), ebenfalls mit einem Plus abzuschneiden. Alle anderen, einschließlich die mit Abstand führende Marke Fiat, mußten sich eine Abnahme gefallen lassen.

Mit Lancia hat die Konzernleitung von Fiat in den nächsten Jahren vieles vor. Lange Zeit wußte man in Turin mit der Nebenmarke, die Ende der 60er Jahre aus den Händen des Industriellen Carlo Pesenti in praktisch konkursreifem Zustand übernommen wurde, nichts wirklich bahnbrechendes anzufangen. Erst die Notwendigkeit, das Konzernimage auch in der Zwei-Liter-Klasse zu festigen und sich dort neue Marktanteile zu holen, werteten den einst glanzvollen aber heruntergekommenen Namen „Lancia" in der Firmenstrategie von Fiat wieder auf.

Die Präsenz in den anspruchsvollen oberen Hubraumklassen auszubauen, ist den Fiat-Strategen vor allem durch den durchschlagenden und anhaltenden Erfolg von Marken wie BMW, Audi, Mercedes und Volvo nahegelegt worden, die seit Jahren im Zwei-Liter-Bereich fast unbehelligt von der einheimischen Konkurrenz in Italien den Ton angeben.

Diese vier Marken werden es freilich auch sein, mit denen sich Lancia in Zukunft immer mehr zu messen haben wird. Daß dies nicht leicht ist, geht allein daraus hervor, daß trotz schwieriger Marktlage sowohl BMW (mit 1,7 Prozent) als auch Audi (1,5 Prozent) und Mercedes (0,8 Prozent) ihre Quoten am italienischen Markt in den ersten zehn Monaten zu halten vermochten und Volvo sogar leicht von 1,0 auf 1,1 Prozent hinaufrückte.

Nicht umsonst wird in dem Lancia-Werk in Chivasso bei Turin, wo sich der Tipo A in Vorbereitung befindet, der den großen Sprung in die gehobene Klasse bewerkstelligen soll, allergrößte Bedeutung der Verarbeitungsqualität beigemessen.

XAVER FENDT / Nach zwei Jahren harter Sanierungsarbeit wurde die Gewinnzone wieder erreicht

Für schlechtere Zeiten inzwischen gut gerüstet

DANKWARD SEITZ, Marktoberdorf

Nach zwei Jahren harter Sanierungsarbeit ist es dem Landmaschinen-Hersteller Xaver Fendt & Co., Marktoberdorf, gelungen, wieder die Gewinnzone zu erreichen. Das Familien-Unternehmen, das 1980 einen vermutlich zweistelligen Millionenverlust erlitten hatte und daraufhin im Frühjahr 1981 auf Druck der Hausbanken das Management Familienfremden überlassen mußte, veröffentlicht zwar keine Bilanz, doch nach Angaben von Heinz Ahrens, Sprecher der Geschäftsführung, gibt es inzwischen keinen Verlustvortrag mehr. „Es werden wieder echte Nettogewinne erzielt."

Man bewege sich sogar wieder recht flüssig, da alle kurzfristigen Bankverbindlichkeiten abgebaut worden seien. Selbst für schlechtere Zeiten sei der führende deutsche Traktoren-Hersteller bei vorsichtiger Bewertung inzwischen „gut gerüstet". Das Eigenkapital (ohne Pensionsrückstellungen) bezifferte Ahrens mit 90 bis 100 Mill. DM, „das sind gut 30 Prozent der Bilanzsumme". Und wenn „der Himmel nicht einstürzt", werde man 1984 ein ebenso befriedigendes Ergebnis wie 1983 erzielen können.

Der Sanierungserfolg der neuen Mannschaft wird auch an der Absatzentwicklung der letzten Jahre deutlich. Trotz eines schrumpfenden Marktes – 1982 wurden in der Bundesrepublik nur noch 41 380 Traktoren gegenüber 45 477 im Jahr 1980 neu zugelassen – konnte Fendt seinen Marktanteil von 16,0 Prozent (7276 Einheiten) kontinuierlich auf 18,9 Prozent (7820 Einheiten) im Jahr 1982 ausbauen. Insgesamt steigerte Fendt seine Produktion in diesem Zeitraum von 10 900 auf 15 400 Schlepper.

Der entscheidende Erfolg aber wurde im Export erzielt. Obwohl der europäische Markt bei jährlich 285 000 Traktoren stagnierte, hat Fendt seine Ausfuhr seit 1980 um rund 75 Prozent auf über 7500 Einheiten vergrößern können; die Exportquote erhöhte sich von 40 auf 50 Prozent. Am deutlichsten zu Buche schlug diese Entwicklung in einer Umsatzausweitung von 467 Mill. auf 709 (567) Mill. DM, wovon rund 95 Prozent auf das Traktorengeschäft entfallen.

Für das laufende Jahr rechnet Ahrens bei stagnierenden Produktionszahlen mit einem Umsatzplus knapp 100 Mill. auf rund 800 Mill. DM. Dabei war der deutsche Markt nach Feststellungen des Unternehmens von starken Sonderentwicklungen gekennzeichnet. Beeinflußt von der Investitionszulage und der Mehrwertsteuererhöhung lagen die Schlepper-Neuzulassungen im ersten Halbjahr mit 27 916 Einheiten um 30,8 Prozent über den Vorjahreszahlen. Seit Ende Juni ist dagegen ein drastischer Einbruch festzustellen, so daß Ende 1983 die gesamten Neuzulassungen nur unwesentlich über denen von 1982 (41 380 Stück) liegen werden.

Die Fendt-Zahlen spiegeln diese Entwicklung wider. Im ersten Halbjahr wurden im Inland 5357 Traktoren abgesetzt (plus 25 Prozent). In den ersten neun Monaten ergab sich dagegen mit 7011 Einheiten nur noch ein Plus von 10,4 Prozent (Marktanteil: 18,9 Prozent). Das Auslandsgeschäft wird nach Ansicht von Ahrens 1983 stagnieren, da in den beiden wichtigsten Exportländern von Fendt – Saudi-Arabien und Frankreich – Finanzprobleme der Landwirtschaft den Absatz erschweren. Sehr erfolgreich sei hingegen der Einstieg in den australischen Markt gewesen, wo für 1984 mit einer Umsatzverdoppelung gerechnet wird.

Um die Produktion künftig noch besser der Nachfrage anpassen zu können, wird Fendt in diesem Jahr rund 29 (19) Mill. DM investieren bei Abschreibungen von 19 (13) Mill. DM. Sie dienen in erster Linie Rationalisierungen und partiell der Erweiterung der Produktion.

Vor dem Hintergrund dieser insgesamt positiven Entwicklung des Unternehmens wird die schon seit Jahren diskutierte Umwandlung von Fendt von einer KG in eine AG und der Gang an die Börse wohl weiter auf sich warten lassen. Diese Entscheidung, so Ahrens, liegt nicht im Ermessen der Geschäftsführung, sondern bei den Inhabern, zumal sich „die gegenwärtige Rechtsform sehr bewährt hat".

NUR

Wieder schwarze Zahlen erwartet

dpa/VWD, Frankfurt

Der Urlaubssommer 1984 soll nach der Ankündigung des zweitgrößten deutschen Reiseveranstalters, der NUR-Touristic in Frankfurt, im Durchschnitt nicht teurer werden als die vorangegangene Saison. Angesichts der äußerst preiskritisch gewordenen Verbraucher biete sein Unternehmen viele Angebote auf Vorjahresniveau oder sogar darunter an, sagte Geschäftsführer Dieter Mussler bei der Vorstellung des neuen Sommerprogramms.

Mit dem zu Ende gegangenen Geschäftsjahr (31. Oktober) zeigte sich die NUR-Touristic, Tochter der Karstadt AG, durchweg zufrieden. Mit einem Zuwachs von fast 32 000 Buchungen (plus 3,1 Prozent) konnte das Unternehmen verlorengegangene Marktanteile teilweise wieder gutmachen. Der Umsatz der NUR-Touristic-Gruppe (dazu gehören die fünf Reisemarken Neckermann Reisen, GUT Reisen, Club 28 Reisen, Club Aldiana und Terramar) erhöhte sich infolge verringerter Durchschnittsreisepreise nur um 0,5 Prozent auf 1,15 Mrd. DM.

Als beliebtestes Ziel erwies sich nach Angaben von Mussler Spanien (Buchungsplus 10 Prozent). Im Fernflugsektor, der sich inzwischen „auf den harten Kern an Interessenten reduziert" habe, verzeichnete NUR mit einem Minus von 17,8 Prozent auf gut 40 000 Buchungen einen empfindlichen Einbruch.

Für die Saison 1983/84 geht NUR für die gesamte Urlaubsbranche von stagnierenden Buchungszahlen aus, rechnet selber aber mit einem erneut steigenden Marktanteil. Nach vier verlustreichen Jahren – der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 1981/82 von rund 11 Mill. DM konnte diesmal „erheblich reduziert" werden – erwarte man im kommenden Geschäftsjahr erstmals wieder „schwarze Zahlen".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Kreuznach: Herbert Duwenig, Inh. e. Geschäfts f. Raumausstattung u. Dekoration; **Bochum:** Karosserie- u. Fahrzeugbau Werneke GmbH; **Bonn:** Ewald Röder, Lessenich; **Braunschweig:** Ruth Wappler, Kauffrau, Lehre; **Burgwedel:** enchex Ges. z. Prüfung von Umweltchemikalien mbH; **Cloppenburg:** Elisabeth Schnaak, Essen i. O.; **Coesfeld:** Heinrich Lammering; **Dortmund:** Expo Fleischverwertungsges. mbH; **Düsseldorf:** Wilfried Nolte, Kaufm. Hilden; Karl Lenze, Kaufm.; **Duisburg:** Stahlbau u. Maschinenbau Gebr. Röttger oHG, Oberhausen 11; FL-Hydraulik GmbH, Mülheim (Ruhr); **Essen:** Gerhard Schuster GmbH & Co. KG; Gerhard Schuster Tiefbauges. mbH; **Fritzlar:** Heinrich Meyer, Drogist, Neuental 1; **Göttingen:** Nachl. d. Annelore Kistner geb. Zitz, Gleichen; **Hameln:** Heinz Kurt Wolters; **Hamm:** Krankentransporte Traut GmbH; **Hannover:** Ursula Bonitz; **Homburg (Saar):** Stahlblechbau Kirkel GmbH, Kirkel 2; **Ibbenbüren:** Saerbecker Baustoffvertriebsges. mbH, Saerbeck; **Lübeck:** Nachl. d. Dr. med. Stephan Kühl; **Lüdenscheid:** Nachl. d. Paul Fingerhut, Halver; **Mainz:** Nachl. d. Peter Hans Steiner, Stadecken-Elsheim; **Neustadt/Wst.:** Nachl. d. Johanna Schäfer geb. Baumberger; **Neu-Ulm:** Anton Schwarzkopf Stahl- u. Fahrzeugbau KG; Anton Schwarzkopf, Münsterhausen; **Osterholz-Scharmbeck:** Theodor Pape sen., Kaufm., Inh. d. Theodor Pape, Betonsteinwerk, Schwanewede 1; **Pinneberg:** Nachl. d. Klaus-Eckhard Hönk; **Recklinghausen:** Maschinen- u. Apparatebau Dr. Wernekinck GmbH & Co.; **Reutlingen:** Christian Wirtz, Inh. e. Büros f. Elektrotechnik u. Musteranfertigung, St. Johann-Bleichstetten; **Rinteln:** Nachl. d. Winfried Gahr, Automobilkaufmann u. Kraftfahrzeugingenieur; **Seligenstadt:** Meridian Verlag GmbH, Rodgau 6; **Siegburg:** Werner Kossmann, Speditionskaufmann, Köln; **Stuttgart:** Nachl. d. Rosine Christiane Walliser, Hausfrau, Rudersberg-Oberndorf; **Völklingen:** Saarländische Steinindustrie GmbH, Oskar Biegel; **Weilheim:** Nachl. d. Johann Krenn, Garmisch-Partenkirchen; **Wetzlar Zwgst. Braunfels:** SB – Solmser Baustoffe GmbH, Oberbiel, Solms; **Wolfhagen:** Horn u. Co. Baugeschäft GmbH, Naumburg-Heimarshausen; Erich Horn Hoch- u. Tiefbau KG, Naumburg-Heimarshausen; **Würzburg:** Wilhelm Hofmann, Friseurmeister; **Wuppertal:** Nachl. d. Ernestine Emma Dorothea Wüster geb. Eichholz; Nachl. d. Ernst Ortmann, Velbert.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Braunschweig: KG i. Heizungsbaumaterialimport u. Vertrieb Dauksch GmbH; **Vechta:** Johannes Kröger, Kaufmann, Landmaschinengroßhandel u. Ersatzteillager, Visbek-Rechterfeld; **Wolfenbüttel:** Roswitha Jochmann, Inh. d. Jochmann-Moden.

Vergleich eröffnet: Groß-Gerau: Marion van der Wolk ehem. Inh. e. Trachtenboutique, Mörfelden-Walldorf.

Vergleich beantragt: Gelnhausen: Wibau Aktiengesellschaft, Gründau-Rothenbergen; **Kassel:** Bauingenieure Erich Haack und Wolfgang Haack, Inh. d. Otto Haack, Holzbau, Sägewerk.

NAMEN

Egon Werner, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Wabco Westinghouse Fahrzeugbremsen GmbH, Hannover, ist im gegenseitigen Einvernehmen aus der Gesellschaft ausgeschieden. Seine Nachfolge tritt am 23. November **Horst Hinrichs**, bisher Mitglied des Aufsichtsrats, an.

Dr. **Helmut Gies**, Vorstandsvorsitzender der Obergesellschaft der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe, hat den Vorsitz in den Aufsichtsräten der Konzernunternehmen Central Krankenversicherungs-AG und Cosmos Lebensversicherungs-AG, übernommen.

Prof. Dr. **Hellmuth St. Seidenfus**, wurde per 1. Januar 1984 zum Präsidenten der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft gewählt. Er ist Nachfolger von Prof. Dr. **Wilhelm Leutzbach**.

Ernst Eisenmann (55), bisher 1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart, ist zum Bezirksleiter der IG Metall für Baden-Württemberg berufen worden. Er ist Nachfolger des in den Frankfurter IG-Metall-Vorstand gewählten **Franz Steinkühler**.

Günther Petersen (63), langjähriger Leiter der Pressestelle des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, scheidet am 31. Dezember 1983 aus seinem Amt aus und tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird **Werner Köhler** (39).

Dr. **Jan-Bernd Berentzen** (31) ist per 15. November zum Leiter Gesamtvertrieb der Kornbrennerei I. B. Berentzen, Haselünne, ernannt worden.

BERTELSMANN / Buchclubs sind der Bereich mit dem zweitbesten Ergebnis

Rückzug vom Gemischtwarenhandel

N. MESS, Gütersloh

Die Bertelsmann-Buchclubs in aller Welt konnten im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) trotz eines Umsatzrückgangs von 1,3 Prozent ein um 5,5 Prozent auf rund 190 Mill. DM verbessertes Betriebsergebnis erzielen. Damit ist das Buchclubgeschäft im Bertelsmann-Konzern – nach der Verlagstochter Gruner + Jahr, Hamburg, – der Bereich mit dem zweitbesten Ergebnis.

Der Umsatz betrug weltweit (ohne den nicht konsolidierten brasilianischen Club und die Deutsche Buchgemeinschaft) 2,02 Mrd. DM; das sind 32 Prozent des Weltumsatzes der gesamten Bertelsmann-Gruppe, des zweitgrößten Medienkonzerns der Welt nach der amerikanischen RCA. Während der Inlandsumsatz um 3 Prozent fiel, stieg der Auslandsumsatz um 1 Prozent. Verluste im Inland wurden durch ein um 13 Prozent besseres Ergebnis im Ausland kompensiert.

Auch wenn für 1983 wieder ein Umsatzwachstum erwartet wird, werde das Ergebnis – wie das für die Buchclubs zuständige Vorstandsmitglied Hans Zopp vor Journalisten erklärte – infolge größerer Investitionen relativ nicht stärker steigen. Dabei gehe der Trend sowohl im Inland als auch im Ausland wieder eindeutig zu den Medien, insbesondere zum Buch. Die Buchclubs, die in den letzten Jahren über den Vertrieb von Spielen und vielerlei Konsumgütern in den Augen der Mitglieder immer mehr ein Gemischtwarenhandel geworden waren, konzentrierten sich – nicht zuletzt der höheren Rentabilität wegen – wieder stärker auf ihr ursprüngliches Geschäft.

Im laufenden Jahr habe sich das Buchgeschäft in der Bundesrepublik seit Oktober deutlich belebt, nachdem es bis dahin leicht zögernd verlief. Zopp erwartet im Weihnachtsgeschäft einen durchschnittlichen Umsatzanstieg von 7 Prozent, was real etwa 3 Prozent bedeute. Dagegen verlaufe das Schallplattengeschäft dem allgemeinen Trend folgend „eher verhalten", die Unterhaltungselektronik steigend. Zum Bertelsmann-Buchclubbereich mit 4,5 (von insgesamt in der Bundesrepublik 6,5) Mill. Mitgliedern gehören im Inland die Bertelsmann Buchclub GmbH, Gütersloh, mit Lesering, Europaring, Schallplattenring und Deutschem Bildungskreis, sowie die Europäische Bildungsgemeinschaft, Stuttgart, und – zu 50 Prozent – die Deutsche Buchgemeinschaft, Darmstadt. Stärkster Inlandskonkurrent (1,5 Mill. Mitglieder) ist der Deutsche Bücherbund, Stuttgart, der zur Holtzbrinck-Gruppe gehört, vor der gewerkschaftseigenen Büchergilde Gutenberg (200 000).

Im Ausland, wo Bertelsmann in 22 Ländern Buchclubs betreibt, war man 1982/83 überwiegend erfolgreich. „Ausgezeichnete Ergebnisse" erzielten Österreich (850 000 Mitglieder), Spanien (eine Million) und Frankreich sowie die meisten Clubs in Lateinamerika. Der französische Club – er hat Filialen in Belgien, der Schweiz und Kanada – ist mit 3,8 Mill. Mitgliedern der größte Einzelclub der Welt.

Umsatzeinbußen, aber Gewinne gab es in den Niederlanden, Verluste in Großbritannien und Italien, Argentinien und Mexico. Während die unbefriedigende Situation in Großbritannien jedoch im nächsten Jahr wahrscheinlich „kein Thema mehr" sein werde und auch in Südamerika „Optimismus statthaft" sei, mache Italien „bereits drei bis vier Jahre zu lange" Verluste. Hier werde man in den nächsten zwölf Monaten entscheiden müssen, „wie es weitergeht".

In den USA, wo Bertelsmann in Zusammenarbeit mit dem Direktvertriebsunternehmen Scott + Feizer in der Region Chicago in einer inzwischen verlängerten Testphase den „American Circle" aufgebaut hat, wird derzeit „überlegt, ob und in welchen Dimensionen das Clubgeschäft weitergeführt werden soll".

(dpa/VWD)

Siemens weiter unter Druck

Käuferstreik sorgt für sinkende Aktienkurse

DW. – Am Wochenbeginn kam es auf dem Aktienmarkt zu verbreitet nachgebenden Notierungen. Erst auf stark ermäßigter Basis wurde die Abwärtsbewegung gebremst. Zu einer nennenswerten Kurserholung kam es jedoch nicht mehr. Ausländer blieben dem deutschen Markt fern. Die schwache Tendenz wurde mit einer Vielzahl von Argumenten begründet. Dabei stand die „Siemens-Enttäuschung" immer noch im Vordergrund, weil hier die hochgesteckten Erwartungen auf Dividendenerhöhung oder Zusatzaktien nicht in Erfüllung gegangen sind. Der Siemenskurs lag zeitweise um 12 DM unter der Wochenschlußnotierung.

Unbehagen bereitet weiterhin der feste Dollarkus, aber auch immer noch der Fall der Bank SMH & CO, wo sich die Risiken höher als erwartet herausgestellt haben, so daß der Einlagensicherungsfond weitere Mittel bereitstellen muß. Dies wird die Ertragsrechnung der Banken entsprechend belasten. Deutsche-Bank-Aktien gaben um 5 DM nach.

Düsseldorf: Balcke Dürr, Heinrich und Keramag verminderten um je 5 DM und Leffers um 7 DM. Neckermann gaben um 3 DM nach und Pongs u. Zahn um 4,50 DM. Pegulan St. verloren 4 DM auf 256 DM und Rhenag 10 DM auf 310 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 10 DM auf 3010 DM und Köln. Rück um 15 DM auf 715 DM. Nordstern stockten um 10 DM auf 745 DM auf.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war heute deutlich abgeschwächt. Die Standardwerte schlossen bis zu 4 DM niedriger. Darüber hinaus Siemens 373,20 DM (minus 8,20 DM), VW 216,20 DM (minus 7,10 DM) und BMW 418,80 DM (minus 9,20 DM). Von Nebenwerten blieben Wibau bei Doppelminus 29 DM (minus 5 DM), Neckermann 114 DM (minus 6 DM), Riebeck-Montan 275 DM (minus 15 DM) und Chem.

Hamburg: HEW wurden um 1,40 DM auf 100,10 DM und NWK-Vorzüge um 1,30 DM auf 168,20 DM zurückgenommen. NWK St. schwächten sich sogar um 5 DM auf 190 DM ab. Phoenix Gummi verkehrte um 158 DM (minus 2 DM). Beiersdorf gaben um 3 DM auf 349 DM und Holsten Brauerei um 2 DM auf 275 DM nach. Vereins- und Westbank gingen mit 307 DM (minus 1 DM) und Hypothekenbank Hamburg mit 430 DM (plus 4 DM) aus dem Markt.

München: Agrob Vorz. erhöhten um 2 DM auf 328 DM und Grünzweig um 8,50 DM auf 164 DM. Leonische Draht stockten um 4 DM auf 324 DM auf. Augsburger Kammgarn gaben um 4 DM auf 88 DM nach und Diamalt AG um 2 DM auf 178 DM. Dywidag verloren 1 DM auf 170 DM und Flachglas 2 DM auf 273 DM.

Berlin: Scheidemandel wurden um 2 DM höher taxiert. Berthold konnten sich um 2 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM erholen. Kempinski schwächten sich um 9 DM und Schering um 8,50 DM ab. DUB-Schultheiss gaben um 3,50 DM, Orenstein um 3 DM und DeTeWe um 2 DM nach.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Geschlossen

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1390,00	1698,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1128,00	1335,36
5 US-Dollar (Liberty)	430,00	581,40
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II	229,00	283,96
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	229,00	282,72
Krüger Rand, neu	1030,00	1214,10
Maple Leaf	1030,00	1214,10
Platin Noble Man	1068,00	1257,42
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	315,78
20 schweiz. Franken „Vreneli"	195,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	950,00	1146,84
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	436,00	536,94
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisen

Erstmals in diesem Monat wurde der Dollar mit 2,7033 über der Marke von 2,70 amtlich notiert, wobei die Bundesbank am 21. 11. einen Verkauf von 16,95 Mill. Dollar tätigte. Seinen höchsten Punkt verzeichnete der Dollar im Freiverkehr zu Beginn des Handels als bis 2,7085 bezahlt wurde. Bei ruhigem Geschäft verhielt man sich später abwartend zumal die neueste Geldmengenentwicklung für M1 von 2,2 Mrd. im Rahmen des vertretbaren geblieben waren. Von den großen Währungen notierte das Britische Pfund mit 3,968 2 Pfg. leichter, der Schweizer Franken mit 123,84 10 Pfg. fester und der Japanische Yen zog kräftig um 50 Punkte auf den neuen absoluten Höchststand von 1,1485 an. Dollar in: Amsterdam 3,0290; Brüssel 54,79; Paris 8,2270; Mailand 1637,00; Wien 19,0300; Zürich 2,1829; Pfund/Dollar 1,4678.

Ostmarkkurs am 21. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei weiterhin ruhigen Märkten wurden die Dollar-Deports am 21. November geringfügig enger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,58/2,48	5,15/4,93
Pfund/Dollar	0,06/0,07	0,25/0,28	0,52/0,56
Pfund/DM	1,70/0,30	3,70/2,20	6,60/5,20
FF/DM	25/9	65/48	130/114

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 11.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,25–6,40 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an). Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – [illegible] – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – [illegible] – 10,00 [illegible]. Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – [illegible] – 8,00 (7,[illegible]) – [illegible] (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,[illegible], 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,[illegible].

Renditen steigen wieder

Ausgehend vom Markt für Pfandbriefe und Kommunalobligationen hat sich der Druck auf die Notierungen der festverzinslichen Werte verstärkt. Bei einigen Instituten hat sich als Folge ihrer Schuldscheingeschäfte mit Bundesländern ein drängender Refinanzierungsbedarf angehäuft. Für zehnjährige Titel waren Rendite von 8,43 Prozent, für fünfjährige von 8,20 Prozent im Handel unter Banken zu hören. Öffentliche Anleihen, wo ebenfalls Käuferzurückhaltung herrschte, gaben nach. Längerlaufende Titel bis zu 0,30 und Papiere mit mittleren Laufzeiten bis zu 0,20 Prozentpunkten.

	21. 11.	18. 11.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	90,5G	90,5bG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,25bG	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7¼ dgl. KS 27	99,25bG	100,3bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81,5bG
6 dgl. KS 1	98,6G	98,6G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	89,75G	89,75G
6 dgl. 47	77	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	89,25G
8 dgl. Pf 73	100,2G	100,2G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	80,5	80,5
6½ dgl. Pf 80	89,25G	89,25
8 dgl. Pf. 248	100,85G	100,85G
9 dgl. KO 125	100,75G	100,4G
8 dgl. KO 175	100,75G	100,75G
M 5 Vereinsbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78bG
7 dgl. Pf 100	99,16G	99,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,45G	100,45G
6½ dgl. Pf 403	98,2G	98,2G
9½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	98,5G	98,5G
7 dgl. KO 566	99,35G	99,35G
6½ dgl. KS 420	94,55G	94,55G
9¼ dgl. KO 1301	104,35G	104,35G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,35G
8 dgl. IS 1512	99,7G	99,7G
9¼ dgl. IS 1520	102,15G	102,15G
6½ dgl. IS 679	93,3G	93,3G

[illegible]

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Abschläge in allen Sichten verzeichneten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee durchweg höher bewertet wurde, notierte Kakao schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 11.	17. 11.
Dez.	336,75	339,50
März	352,00	355,25
Mai	355,00	357,25
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	18. 11.	17. 11.
St. Lawrence 1 CW	235,95	236,90
Amber Durum	261,95	261,95
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	151,60	151,60
März	157,40	147,40
Mai	160,20	159,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,40	124,60
März	125,60	125,60
Mai	124,90	124,90
Hafer Chicago (c/bush)	18. 11.	17. 11.
Dez.	179,50	177,75
März	185,50	186,25
Mai	188,75	190,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	346,25	351,75
März	346,00	350,50
Mai	344,75	349,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 11.	17. 11.
Dez.	129,60	130,70
März	133,00	134,50
Mai	134,00	135,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 11.	17. 11.
Dez.	148,75	146,60
März	143,75	142,38
Mai	139,20	137,80
Kakao New York ($/t)	18. 11.	17. 11.
Dez.	2115	2130
März	2130	2153
Terminkontr. Mai	2147	2172
Umsatz	1632	5050
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,85	8,85
März	9,32	9,30
Mai	9,62	9,73
Juli	9,91	10,08
Sept.	10,13	10,25
Umsatz	7 595	14 302
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 11. 7,73	17. 11. unerhältl.
Kaffee London (£/t) Robusta-	18. 11.	17. 11.
Kontrakt Nov.	1892–1895	1896–1899
Jan.	1903–1904	1910–1912
März	1862–1863	1861–1862
Umsatz	2396	3485
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1550–1552	1533–1535
März	1553–1555	1535–1536
Mai	1553–1554	1541–1542
Umsatz	2925	4786
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	149,25–150,00	137,00–143,00
März	158,25–158,45	–
Mai	164,05–164,35	157,00–157,25
Umsatz	4198	4019
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 11.	17. 11
schw. Sarawak spez.	355,00	345,00
weißer Sarawak	612,50	602,50
weißer Muntok	620,00	610,00

Orangensaft New York (c/lb)	18. 11.	17. 11.
Jan.	123,00	123,00
März	121,40	121,50
Mai	120,80	120,50
Juli	120,40	119,80
Sept.	119,15	119,00
Umsatz	200	350

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	18. 11.	17. 11.
Südstaaten fob Werk	44,00	47,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	25,90	26,25
Jan.	26,20	26,45
März	26,60	26,85
Mai	27,00	27,05
Juli	27,30	27,50
Aug.	26,90	26,90
Sept.	25,85	25,50
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	27,50	28,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,75	19,75
Choice white hog 4% fr. F.	18,00	15,00
Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,00	15,00
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	42,10	41,55
Febr.	46,25	46,00
April	45,55	45,15
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	58,80	58,65
März	59,25	59,10
Mai	61,20	60,95

Häute Chicago (c/lb)	18. 11.	17. 11.
Ochsen enth. schwere River Northern	54,00	58,00
Kühe enth. schwere River Northern	54,00	54,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	784,00	790,00
Jan.	781,00	806,00
März	800,00	822,00
Mai	810,00	834,00
Juli	809,00	829,00
Aug.	787,00	807,00
Sept.	730,00	742,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	221,50	231,00
Jan.	223,50	232,50
März	224,50	234,00
Mai	225,00	232,00
Juli	224,00	232,50
Aug.	220,00	224,00
Sept.	210,00	214,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 11.	17. 11.
Dez.	354,80	354,50
März	367,70	367,50
Mai	375,20	375,00
Kokosöl New York (c/lb)	18. 11.	17. 11.
Westküste fob Werk	39,50	39,75
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	21. 11.	18. 11.
jegl. Herk. cif	930,00	930,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	515,00	515,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	675,00	675,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	189,00	190,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	900,00	900,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	291,00	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	18. 11.	17. 11.
Dez.	79,20	79,70
März	81,02	81,25
Mai	82,30	82,55
Juli	82,50	82,75
Okt.	76,85	76,75
Dez.	74,90	75,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,75	58,75
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 11.	17. 11.
Dez.	411–412	409–413
Jan.	408,412	406–411
März	412–415	412–416
Umsatz	38	108
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 11.	17. 11.
Dez.	46,10	46,00
März	46,80	46,50
Mai	47,30	47,30
Juli	47,50	47,40
Umsatz	0	9000
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 11.	17. 11.
Dez.	545,70–546,00	546,00–547,00
März	564,00–566,00	565,50–567,00
Mai	582,50–583,50	583,00–583,00
Umsatz	75	151
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 11.	17. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 11.	17. 11.
Nov.	13 758	13 789
Dez.	13 795	13 801
Kautschuk London (p/kg)	18. 11.	17. 11.
Nr. 1 RSS loco	80,75–81,75	80,00–81,50
Dez.	81,40–81,50	80,50–81,00
Jan.	81,60–81,80	80,60–81,50
Jan/März	81,50–81,60	80,60–80,80
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	18. 11.	17. 11.
Nr. 1 RSS loco:	258,50–259,50	258,50–259,50
Dez.	261,25–262,00	261,00–262,00
Jan.	265,50–266,00	265,25–265,50
Nr. 2 RSS Dez.	256,50–257,50	256,50–257,50
Nr. 3 RSS Dez.	253,00–254,00	253,00–254,00
Nr. 4 RSS Dez.	246,50–247,50	246,50–247,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	18. 11.	17. 11.
BWC	480,00	480,00
BWD	470,00	470,00
BTC	475,00	475,00
BTD	470,00	470,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	21. 11.	18. 11.
laufend. Monat	108,12–108,22	108,86–109,06
drittfolg. Monat	111,90–112,00	113,06–113,16
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,51–236,71	237,70–237,90
drittfolg. Monat	242,28–242,38	243,20–243,30
Produz.-Preis	257,19	256,17
Beinzinn 99,9%	3806–3844	3814–3852

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 11.	18. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	379,61–382,00	378,12–380,52
Blei in Kabeln	115,75–116,75	116,50–117,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	21. 11.	18. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	355–365	352–364
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399–402	399–402
MS 63	395–399	394–398

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	18. 11.	17. 11.
(Ring.Ag)	30,31	30,28

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	21. 11.	18. 11.
Leg. 225	405–413	400–413
Leg. 226	407–415	403–415
Leg. 231	437–445	432–445
Leg. 233	447–455	442–455

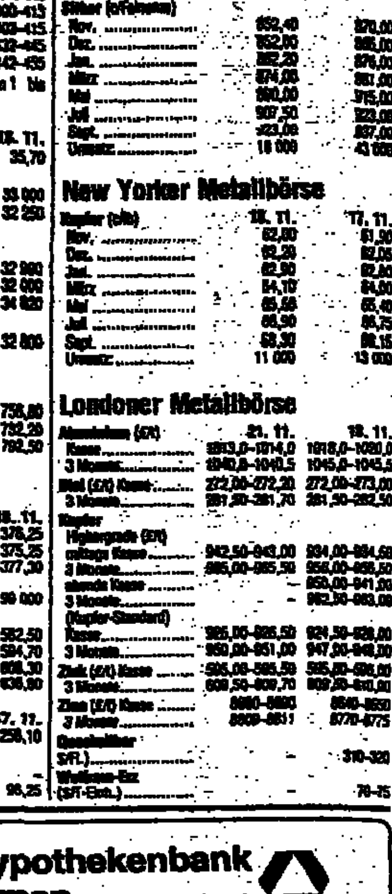
Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 11.	18. 11.
Platin (DM je g)	35,35	35,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 000	33 000
Rücknahmepr.	32 250	32 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 950	32 900
Rücknahmepr.	31 950	32 000
verarbeitet	34 580	34 620
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 655	32 800
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	741,20	756,80
Rücknahmepr.	715,30	732,20
verarbeitet	774,10	792,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	21. 11.	18. 11.
10.30	374,75	376,25
15.00	374,25	375,25
Zürich mittags	373,50–374,00	376,80–377,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 800	99 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	571,15	582,50
3 Monate	583,75	594,70
6 Monate	597,10	608,30
12 Monate	624,00	636,80
Platin (£-Feinunze) London	18. 11.	17. 11.
fr. Markt	280,55	258,10
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	96,80	96,25



New Yorker Preise	18. 11.	17. 11
Gold H & H Ankauf	375,25	375,75
Silber H & H Ankauf	852,00	834,00
Platin fr. Händlerpr.	382,00–385,00	382,00–385,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	146,00–148,00	145,00–147,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	852,40	870,00
Dez.	862,00	865,00
Jan.	862,20	876,00
März	874,00	887,00
Mai	890,00	915,00
Juli	907,50	923,00
Sept.	923,00	897,00
Umsatz	18 000	43 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	18. 11.	17. 11.
Nov.	62,00	61,90
Dez.	62,20	62,05
Jan.	62,90	62,80
März	64,10	64,00
Mai	65,58	65,40
Juli	66,90	66,75
Sept.	68,30	68,15
Umsatz	11 000	13 000

Londoner Metallbörse

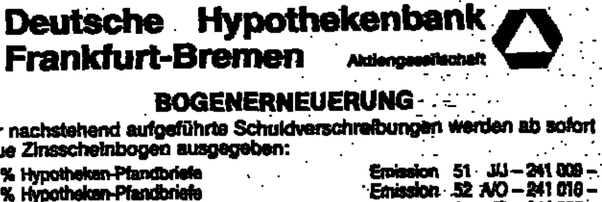
Aluminium (£/t)	21. 11.	18. 11.
Kasse	1013,0–1014,0	1018,0–1020,0
3 Monate	1040,0–1040,5	1045,0–1045,5
Blei (£/t) Kasse	272,00–272,20	272,00–273,00
3 Monate	281,50–281,70	281,50–282,50
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	942,50–943,00	934,00–934,50
3 Monate	965,00–965,50	958,00–958,50
abends Kasse	–	950,00–941,00
3 Monate	–	962,00–963,00
(Kupfer-Standard) Kasse	925,00–926,50	924,50–928,00
3 Monate	950,00–951,00	947,00–948,00
Zink (£/t) Kasse	595,00–595,50	595,00–596,00
3 Monate	609,50–609,70	609,50–610,00
Zinn (£/t) Kasse	8660–8680	8640–8650
3 Monate	8809–8811	8770–8775
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–320
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	70–75



Schleswig-Holsteinische Landschaft in Kiel
– Bekanntmachung –

Gemäß den Anleihebedingungen werden
zum 02. 01. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe
7,5 % Reihe 27 – 325 026 – J/J
und die
7 % Reihe 29 – 325 028 – J/J
und die
6,25 % Reihe 70 – 325 069 – 01. 01. gzj.
zum 05. 01. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
6 % Serie 209 – 325 608 – 05. 01. gzj.
zum 10. 01. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
6 % Serie 210 – 325 609 – 10. 01. gzj.
zum 15. 01. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
10,5 % Serie 142 – 325 441 – 15. 01. gzj.
zum 01. 02. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
9,75 % Serie 167 – 325 466 – 01. 02. gzj.
und die
5,5 % Serie 216 – 325 615 – 01. 02. gzj.
und die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe
10,25 % Reihe 91 – 325 090 – 01. 02. gzj.
zum 28. 02. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
5,5 % Serie 222 – 325 621 – 28. 02. gzj.
zum 30. 03. 84
die Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen
9 % Serie 173 – 325 472 – 30. 03. gzj.
zum Nennwert zur Rückzahlung fällig.
Die Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg, wird ihren Kontoinhabern die fälligen Kapitalbeträge gutschreiben.
Kiel, im November 1983

Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion



Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen Aktiengesellschaft

BOGENERNEUERUNG

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

5 % Hypotheken-Pfandbriefe	Emission	51	J/J	– 241 009 –
5,5 % Hypotheken-Pfandbriefe	Emission	52	A/O	– 241 010 –
5 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission	101	A/O	– 241 325 –
6 % Hypotheken-Pfandbriefe	Emission	112	M/N	– 241 046 –
6 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission	113	M/N	– 241 329 –
6 % Hypotheken-Pfandbriefe	Reihe	59	A/O	– 318 044 –
6 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Reihe	60	A/O	– 318 311 –
6 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Reihe	63	A/O	– 318 312 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Bremen bzw. Frankfurt am Main sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und Berlin (West) vorgenommen werden.

Frankfurt am Main – Bremen, im November 1983

DER VORSTAND

Hier lieben alle Netty

JBB. – Mit Netty Reiling hat es Mainz nie leicht gehabt. Nach Irrfahrten durchs Exil kehrte die einzige Schriftstellerin von Format, die Mainz hervorgebracht hat, 1947 nämlich nicht an den Rhein zurück, sondern ließ sich im sowjetisch besetzten Berlin nieder. Für die Mainzer Stadtväter war das ein Grund ständiger Bekümmernis. Also versuchte man Anna Seghers, wie sie sich als Autorin nannte, auf irgendeine Weise „heimzuholen": Man lud sie zu Lesungen ein, veranstaltete Ausstellungen, gab Sammelbände heraus, verlieh ihr 1977 die Ehrenbürgerwürde der Universität und später auch der Stadt. Trotzdem durfte der Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs im Juni diesen Jahres nicht am Grab der Dichterin, *die die SED längst zu ihrer „Klassikerin" stilisiert hat*, sprechen.

Aber die Mainzer wissen sich zu helfen. Zur Feier des 83. Geburtstages lud man nicht nur allerhand Lokalprominenz ins Rathaus ein, man bat – weil man ja nicht nachtragend ist – auch einige Reisekader aus Ost-Berlin dazu. So stand dann Ewald Moldt, der Leiter der „Ständigen Vertretung der DDR" in Bonn, neben Hermann Kant, dem Präsidenten des „DDR"-Schriftstellerverbandes, der sich bei Hans Mayer, dem Tübinger Professor und Mainzer Festredner, beschwerte, daß ihn die WELT unfreundlich behandele. Nur Rolf Schneider, der Mainzer Haus-Dramaturg aus Ost-Berlin, mochte sich diesem Kreis nicht anschließen. Ihm war es sichtlich unangenehm, Hermann Kant, der ihn 1979 aus dem Schriftstellerverband hatte ausschließen lassen, auf sozusagen neutralem Boden zu begegnen.

Aber so neutral, wie es schien, war der Boden gar nicht. Die Mainzer vereinnahmten nicht nur Anna Seghers für sich, sie ließen sich auch flugs mit dem umwerfenden Seghers-Zitat „Wir sollten alles tun, damit die Menschen im Frieden miteinander reden können" für die „Friedensbewegung" vereinnahmen. Wer kein Rückgrat hat, kann leicht elastisch sein.

Die Tschechen haben ihre „Goldene Kapelle" wieder: Zur Neueröffnung des Prager Nationaltheaters

Libussa erobert die Hundertjährigen

Die russischen Interventionstruppen bewachten noch jeden strategisch wichtigen Platz der Stadt, die beim Einmarsch zur Irreführung der fremden Soldaten abgerissenen Straßenschilder waren noch nicht wieder angebracht, das Rundfunkgebäude am Wenzelsplatz zeigte seine Granatwunden: Es war in jenem traurigen Prager Herbst des Jahres 1968, als mich eine tschechische Freundin erstmals ins Nationaltheater am Moldauufer führte. Man gab Dvoraks „Rusalka" in einer wenig beeindruckenden, pseudomodernen Aufführung, aber das Haus war voll bis auf den letzten Platz. „Wir haben nicht resigniert. Das ist gut", sagte Lidka.

Diese Diagnose war so unverständlich nicht. Während in jenen Wochen alles repräsentative und gesellschaftliche Leben der Stadt erstorben war, strömten die Menschen ins Nationaltheater. Es ist für die Tschechen mehr als ein Theater, sie nennen es auch die „Goldene Kapelle". Es ist ein Nationalheiligtum.



Breitere Sitze für größere Tschechen: Blick auf die Bühne des restaurierten Prager Nationaltheaters FOTO: DPA

Seine Anfänge reichen in die 1840er Jahre zurück. Der Zeitgeist war revolutionär gestimmt. Die Völker im Vielvölkerstaat Habsburg rührten sich, forderten Eigenständigkeit. Ein Parlament, wie es damals den Ungarn gewährt wurde, blieb den Tschechen zwar verweigert; was sie aber 1845 erreichten, war die Genehmigung, in Prag ein Theater zu errichten, das exklusiv in tschechischer Sprache spielen würde. Im Hof-Theater, dem heutigen Tyl-Theater, in dem einst Mozarts „Don Giovanni" seine Uraufführung erlebte, war Deutsch die Sprache, oder Italienisch, wenn gesungen wurde.

Aber Geld für den Neubau wurde aus Wien nicht gegeben. So dauerte es bis 1868, ehe der Grundstein gelegt werden konnte für jenes Nationaltheater, das ausschließlich aus Spenden tschechischer Patrioten bezahlt werden mußte. Hunderttausend Menschen sollen der Feier der Grundsteinlegung beigewohnt haben. Noch einmal dreizehn Jahre dauerte es dann, bis das Haus eröffnet werden konnte. Kurz darauf brannte es schon wieder. In den Schulbüchern ist nachzulesen, wie eine unübersehbare Menschenmenge weinend dem Wüten der Flammen zusah und einer begann, seinen Hut herumzureichen: Sammeln für den Wiederaufbau!

Dieses Theater ist es also, das nun zu seinem hundertjährigen Bestehen, nach fünfjähriger Schließung wegen gründlicher Renovierung, wiedereröffnet wurde – mit „Libussa", der Nationaloper der Tschechen schlechthin, die Smetana einst für die Einweihung des Hauses geschrieben hatte.

Aber auch die längst überfällige Renovierung hatte ihre politische Geschichte. Sie war schon damals, 1968, beschlossene Sache. Als die Russen im Land standen, wurde der Plan auf unbestimmte Zeit verschoben: Ein Akt des passiven Widerstands. Erst zehn Jahre nach dem Einmarsch begann man dann doch mit den Baumaßnahmen, die insgesamt 1,5 Milliarden tschechische Kronen (rund 500 Millionen Mark) verschlangen.

Man sieht es dem im Stil der Neorenaissance von Josef Zitek erbauten Haus von außen kaum an. Die frisch vergoldeten Ornamente heben sich scharf ab vom rußigen Stein. Denkmalschützer hatten von einer Sandstrahlreinigung abgeraten: Gegen die den Stein zersetzenden Umweltgifte schütze nichts besser als die natürliche Patina, die das Gemäuer angesetzt habe.

Innen hingegen ging man gründlich zu Werke: Die alten, rissigen Wände wurden niedergelegt und historisch getreu wiedererrichtet, eine moderne Bühnentechnik ebenso installiert wie eine Klimaanlage und Feuerwarnsysteme. Die Bestuhlung wurde bequemer – breitere Sitze und mehr Abstand zwischen den Reihen –, denn der Durchschnittstscheche ist in den letzten hundert Jahren einen halben Kopf gewachsen.

In die Erde haben sich sechs Stockwerke mit Werkstätten und Magazinen gegraben, auch eine Tiefgarage. Und gegenüber dem alten Haus ist ein Werkstatt-Theater für die Laterna Magica, die Experimentierbühne des Nationaltheaters, entstanden: mit seiner klobigen Form und den Glasziegelwänden (Architekt: Karel Prager) der einzige umstrittene Teil des Bauprojekts.

Zur Premiere mit der „Libussa" wurden nicht nur Politiker und Diplomaten geladen, sondern auch Arbeiter, die bei der Renovierung mitgewirkt hatten und – alle hundertjährigen Tschechen, von denen auch noch rund dreißig imstande waren, der Einladung Folge zu leisten. Für die 200 000 Kartenbestellungen aus allen Teilen des Landes blieb nichts übrig.

Auch gegenüber dem Ausland hatte man das Ereignis weitgehend abgeschottet. Statt der eigentlich allfälligen internationalen TV-Liveübertragung gab es nur eine zeitversetzte Hörfunkversion der Eröffnungsvorstellung in einige Länder. Selbst österreichischen Journalisten wurde bedeutet, daß ein Visum zur Berichterstattung „nicht mehr rechtzeitig" erteilt werden könne. Und auch die Touristik-Industrie, sonst zu solchen Anlässen auf Hochtouren gebracht, um Devisen ins Land zu schaffen, verschwieg den großen Tag. Mag sein, die Tschechen wollten mit ihrem wiedererstandenen Nationaltheater wirklich erst einmal unter sich bleiben. So lassen sie denn auch der „Libussa" gleich „Rusalka", „Die verkaufte Braut", „Dalibor" – das ganze nationale Opernrepertoire folgen.

Ohnehin konzentriert sich das internationale Repertoire mehr im Smetana-Theater, dem früheren Deutschen Opernhaus, das heute ebenfalls vom Ensemble des Nationaltheaters bespielt wird. Das Tyl-Theater, genau doppelt so alt wie das Nationaltheater, kommt nun auch mit der Renovierung an die Reihe. Im Moment ist es schon geschlossen, Milos Forman dreht dort Szenen seiner Verfilmung von Shaffers „Amadeus". Daß es exakt am 29. Oktober 1987, am 200. Jahrestag der Uraufführung des „Don Giovanni", wieder aufgesperrt werden soll, ist sicher mehr als bloße Spekulation.

Über dem Bühnenportal des Nationaltheaters prangen noch immer die Worte: „Narod sobe" („Vom Volk dem Volke"). Daß das etwas anders gemeint ist, als es die Politiker heute sozialistisch auslegen – darüber durfte man während der Eröffnungsvorstellung getrost einmal nachdenken.

REINHARD BEUTH

Pekinger Schattenspiel-Theater in Deutschland

Affenkönig und Gespenst

Sun Wu-kung, der Affenkönig, treibt schon wieder sein kraftmeierند zauberisches Spiel bei uns. Doch diesmal nicht als artistischer Solist der Peking-Oper aus Peking oder Taipeh, sondern nur als wandlungsreicher bunter Schatten. Denn das Schattenspiel-Theater aus der Volksrepublik China (eingeladen von der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft zu ihrem zehnjährigen Bestehen) gastiert bis Mitte Dezember in der Bundesrepublik Deutschland.

Die alte Kunst des Schattenspiels, die in China zum ersten Mal in der Song-Zeit um das Jahr 1000 erwähnt wird, hat inzwischen viele Wandlungen durchgemacht. Von den in der Türkei oder Indonesien üblichen Formen unterscheiden sich die Pekinger Figuren schon im Aussehen. Das Leder, aus dem sie ausgeschnitten werden, wird nicht nur angemalt, sondern auch in einem besonderen Verfahren transparent gemacht. Deshalb tanzen hier nicht wie anderswo schwarze durchbrochene Schatten auf der weißen Leinwand, sondern farbenprächtige Erscheinungen. Auch die Kulissen, die das Bühnenrechteck rahmen, leuchten in allen Farben.

Außerdem wird das Spiel der Pekinger Truppe sehr stark vom Stil der Peking-Oper beeinflußt. Es übernimmt deren artifizielle Sprech- und Gesangsweise ebenso wie die Gestik. Und auch die berühmten artistischen Nummern, die rasanten Schwertkämpfe vor allem, werden von den bunten Schatten zelebriert. Dabei sieht man, wenn man hinter die Kulissen schaut, mit Staunen, daß die Figuren jeweils nur von einem einzigen Spieler geführt und mit Hilfe von drei bis fünf Stäben gelenkt werden.

Das Geheimnis der Puppen besteht hier – wer denkt da nicht an Kleists Aufsatz über das Marionettentheater – in der geschickten Aufhängung der einzelnen Glieder. Die Bewegung des ganzen Armes ergibt sich fast zwangsweise aus dem richtigen Führen der Hand, an der der Stab befestigt ist. Doch wenn man dann im Spiel die wilden Kapriolen des Affenkönigs oder die Verwandlungen des Weißen Knochengespenstes erlebt, mag man nicht glauben, daß diese Vielfalt der Bewegungen mit so einfachen Mitteln, allein durch die Kunstfertigkeit des Spielers entsteht.

Zusätzlich arbeiten die Pekinger noch mit allerhand licht- und pyrotechnischen Effekten. In einer Rauchwolke wird aus dem Knochengespenst eine Frau, die, nachdem sie den Kopf mehrfach in ein schwarzes Tuch gesenkt hatte, auch noch ein wunderschönes Gesicht gewinnt. Und wenn sie dann in den Spiegel schaut, blickt ihr (und dem Zuschauer) aus dem Rahmen dasselbe Gesicht entgegen.

Vorgeführt werden Szenen aus den populären klassischen Romanen und bekannte Fabeln. Im Mannheimer Nationaltheater waren aus der „Reise nach dem Westen", „Der Affenkönig besiegt dreimal das Weiße Knochengespenst" und die Fabel vom Kranich und der Schildkröte zu sehen. Das Repertoire der Tournee umfaßt insgesamt sieben Stücke. Auf literarische Texte wurde bei der Auswahl bewußt verzichtet. Es sollen auch für den, der die Sprache nicht versteht, ungetrübte Leckerbissen sein.

So herrschen die komischen Szenen, die Zauberkunststücke, Verwandlungen und kämpferischen Aktionen vor (begleitet vom Tonband, da die Tournee mit Orchester zu teuer geworden wäre). Das Publikum, dem Kasperle-Alter an sich längst entwachsen, stört das nicht im geringsten. Immer wieder ernten die ledernen Akteure Beifall auf offener Szene, und auch die Puppenspieler werden zum Schluß mit reichem Applaus belohnt.

PETER DITTMAR

Weitere Tourneestationen: Köln (22.), Bad Honnef (23.), Düsseldorf (24./25.), Duisburg (26.), Dortmund (27.), Münster (29.), Bielefeld (30.), Bremen (1. 12.), Hamburg (4./5.), Berlin (7.–9).



Bunte Blitze aus Künstlerhand: Szene aus einem Stück des Pekinger Schattenspiel-Theaters FOTO: DIE WELT

Florenz: A. Thomas' „Mignon" unter Romano

Kennst du das Land . . .

Für den jungen Goethe war das Theater noch ein Erziehungsmittel. Deshalb verstand sich das Theater am Hofe von Weimar unter seiner Leitung als weit mehr denn einen Ort adeliger Zerstreuung. In der „Mignon"-Inszenierung, mit der das Teatro Communale in Florenz seine Winterspielzeit begann, wurde dieser Theatromanie Rechnung getragen. Ein goldenes Logenportal säumt die Spielfläche, und ein prächtiger Zuschauerraum schiebt sich immer wieder ins Blickfeld.

Das in Paris konkurrenzlose Schreiberduo Barbier und Carré stutzte der Mode entsprechend die Literaturvorlage für Ambroise Thomas zurecht. Am Schluß, wenn Mignon, Meister und Lothario ein Gebet anstimmen, nachdem sich die Verantwortlichen für die erste der vier Finalvariationen, nämlich die einer offenen Lösung, entschieden haben, wandelt sich die Bühne vollends zum Opernhaus. Das ist Oper in der Oper, und damit trifft man Thomas' Bestreben besser als mit kopflastigen Interpretationsansätzen. Denn Thomas schrieb für das Publikum, für die Sänger, die er gerne verwöhnte.

Georges Prêtre ging nun die „Mignon" mit der ihm eigenen Hingabe und Liebe an, ohne je den analytischen Zugriff vermissen zu lassen. Für die Besetzung hatte Bogianckinos Florentiner Nachfolger Romano, der ansonsten nur noch „Bohème" und „Porgy und Bess" in diesem Winter bringt, das Beste aufgeboten.

Lucia Valentini Terrani war als Mignon am überzeugendsten im elegisch-pathetisch gespannten „connais-tu le pays", während ihre Stimme an diesem Abend im Brustbereich fahl und ohne Ressonanz blieb. Luciana Serra ist eine gute Sängerin, für die Philine jedoch zu betulich. Obgleich die Stimme nicht eigentlich schön ist, bot sie die Titania-Arie wie ein hochpoliertes kostbares Juwel dar, exakt in den Koloraturen, elegant in den lyrischen Einschüben, bravourös in kleinen Verzierungen.

Barry McCauley, der den Wilhelm Meister schon beim Festival in Santa Fé sang, läßt auf einen Nachfolger für Alfredo Kraus im französischen Repertoire hoffen. Vorerst müssen allerdings noch die Legato und messa-di-voce Technik verbessert und der Ausdruck differenzierter werden. Cesare Siepi (Lothario) zuliebe nahm die für Fauré, den ersten Hamlet, geschriebene Arie „fugitif et tremblant" wieder auf. Enttäuschend der im Rossinifach geschätzte, als Laertes fehlbesetzte Paolo Barbacini.

Sandro Sequi ist einer jener ebenso fleißigen wie nichtssagenden Regisseure, die sich nur in der Zusammenarbeit mit einem ausdrucksstarken Bühnenbildner profilieren. Doch auch Giuseppe Crisolini Malatesta begnügte sich mit konventionellen Bühnentechniken: Baumkronen und Wolkenzüge auf Gaze, Periakten und eine malerische, romantische Landschaft mit Rückblick auf Lorrain.

ROLF FATH

Schnitzlers „Reigen" endlich wieder in Wien

Witzfigur mit Weltsicht

Nach einundsechzig Jahren, in denen Arthur Schnitzlers „Reigen" in Österreich nicht aufgeführt wurde, hat nun das Akademietheater Erwin Axer das Stück inszenieren lassen.

Nach der Wiener Aufführung 1921 war zunächst die Kirche ablehnend aufgetreten, dann kam der akademische Antisemitismus aus der Luegerzeit zu Wort, und endlich ergriffen die Deutschnationalen das Panier und wetterten gegen das jüdische „Saustück" und „Die Schande Wiens". Nach vierzehn Tagen wurde die Aufführung des „Volkstheaters" als Folge von Demonstrationen verboten. Das Stück konnte ein Jahr später wieder aufgenommen werden, wurde aber nur ein paarmal gegeben. Wie bekannt, zog Schnitzler es zurück, und auch seine Erben gaben es lange nicht frei.

Befürchtungen vor einer Störung waren jetzt leichter zu zerstreuen als die Gefahr eines neuerlichen Mißverständnisses, das sich in der Reaktion des Publikums bei der Premiere anzudeuten schien, nämlich ein Abgleiten ins Kabarettistische. Ein Teil der Besucher schien sich aufs Amüsieren verlegen zu wollen, statt den sozialkritischen und freilich auch demaskierenden Gehalt zu erkennen, den der in voller Schaffenshöhe stehende Dichter in feinsten Nuancen verarbeitet hat. Deshalb bemühte sich die Regie von Erwin Axer um Dezenz.

Ihr gelang unter anderem, aus dem Grafen (Peter Wolfsberger) einen Menschen zu formen, der dem gängigen Bobby-Klischee fernstand und der bescheidenen Weisheit, der menschlichen Weltsicht dieser Witzfigur, wie sie gemeint ist, entsprach. In Robert Meyer wieder stand ein unnachahmlich gefühlloser Soldat des Deutschmeisterregiments als treffliches Gegenbeispiel auf der Bühne. Susanne Mitterer als das süße Mädel verkörperte einen Mädchentyp, der in seiner Lebenslust und nüchternen Ungeniertheit geradezu heutig genannt werden darf und Schnitzlers seismographisches Dichtertum ein glänzendes Zeugnis ausstellt.

Nicht ohne Grund sah man sich bei allen weiblichen Darstellerinnen an Jeanne Marnis „Comment elles se donnent" erinnert, die Initiative lag weitgehend bei ihnen, die ohne eigenes Zutun auch niemals buchstäblich und moralisch aus ihrem Korsett gefunden hätten. In diesem für die Jahrhundertwende schlechthin unerhörten Sittenbild spielt die Liebe nur den phrasenhaften Vorwand für ein letztlich schales Vergnügen – was wiederum von Sylvia Lukan musterhaft verkörpert wurde. Einige kurze Längen seien der Regie umso eher verziehen, als sie daneben aus Gesprächspausen schauspielerisches Kapital zu schlagen wußte.

ERIK G. WICKENBURG

Zwischen den Hochkulturen – „Antike Kunst aus Sardinien" in Münchens Prähistorischer Sammlung

Der Helm, auf dem die Gottheit sichtbar ruht

Da glänzt eine Bronzestatuette im grellen Spotlicht der Vitrinen. Nur ganze 22,8 Zentimeter ist sie hoch. Doch dieses kleine Kunstwerk zeugt vom Sieg und Untergang einer Epoche, deren Wurzeln noch immer im fernen Dunkel liegen. Die aufrechte Haltung dieser Figur, der sich über einen hohen Kragen erhebende Kopf, der Rhythmus ihrer Proportionen verrät Würde. Gesteigert wird dieser Eindruck durch den gehörnten Helm, der auf eine göttliche Identität verweist. Diese Statuette, die aus Sardinien stammt, deren genauer Fundort jedoch unbekannt blieb, ist eines der Prunkstücke in der Ausstellung „Antike Kunst aus Sardinien" in Münchens Prähistorischer Sammlung.

Eine Metallanalyse ergab, daß diese Figur im 9. bis 8. Jahrhundert v. Chr., der sogenannten Nuraghenzeit, entstand. Dem heute in Kanada lebenden Sammler Elie Borowski wurde sie, wie er schreibt, in den 50er Jahren in „reichlich Zeitungspapier verpackt" und in stark lädiertem Zustand zugetragen.

Die 89 Objekte dieser intimen Präsentation der Borowski-Sammlung stammen aus der Zeit vom Neolithikum (3. Jahrtausend) bis zum Ende der Nuraghenzeit um 500 v. Chr. Dieser Episode, die mit der frühen Bronzezeit um 1800 v. Chr. beginnt und auch in der Eisenzeit noch ein halbes Jahrtausend währt, gaben die sogenannten „Nuraghen" den Namen, große turmartige Megalithbauwerke aus Steinen, deren Funktion die Wissenschaft noch immer nicht befriedigend zu erklären vermochte. Mehr als 7000 dieser mächtigen Rundtürme stehen auf Sardinien.

Da nur wenige Museen außerhalb Sardiniens Kunstwerke von dieser Vollendung und Seltenheit besitzen, zählt diese Ausstellung zu den raren Gelegenheiten, Einblicke in eine faszinierende mediterrane Kultur zu nehmen, die durch ihre Lage im Schnittpunkt der Beziehungen zwischen den Hochkulturen des östlichen Mittelmeergebietes und den von ihr beeinflußten Gebieten des westlichen Mittelmeeres zwar viele Anregungen aufnahm, sie jedoch in eigener unverwechselbarer Weise verarbeitete. Es sind strenge, ausdrucksstarke Kunstwerke.

Im Mittelpunkt stehen die charakteristischen Bronzestatuetten: Krieger mit Waffen, Hirten, reiche Sarden; dann Tierfiguren und Boote. In der überschaubaren Münchner Ausstellung kommt die Vielfalt dieser edlen, wohlproportionierten kleinen Meisterwerke vorzüglich zur Geltung. In ihnen spiegelt sich die schnelle Entwicklung der rohstoffreichen Insel. Ihre ergiebigen Obsidianlager – ein begehrtes Material in der antiken Welt – bildeten den Grundstein für schnellen Wohlstand und raschen kulturellen Aufschwung.

Die Bronze-Kunstwerke verraten eine „Liebe zur Geometrie", sie sind schlank, gestreckt und stark stilisiert aus geometrischen Formen aufgebaut. Das weibliche Geschlecht wird lediglich durch straffe Brüste auf einem trapezförmigen Oberkörper dargestellt. Der Kopf sitzt rund und scheibenförmig auf einem langen Hals. Krieger stehen mit gespreizten Beinen fest da, die Hand zum Gruß oder Gebet erhoben.

Neben den Kriegern sieht man bärtige Hirten mit Stock, Fackel oder auf der Flöte blasend. Und die vornehmen, reichen Sarden sind an ihren bortenverzierten Umhängen zu erkennen.

Daneben stehen Tier-Miniaturen, Mufflons, Rinder, Stiere, Kälber – ebenfalls lang gestreckt und stark vereinfacht. Aber trotz aller Abstraktion sind es Bronzen voller Leben. Mit nur wenigen Formen wurde der ganze Zauber der Natur eingefangen. Tiere sieht man auch in den kleinen bronzenen Booten. Es sind flache Bootsschalen, vorne rund, hinten spitz auslaufend, die manchmal Affen, Füchse, Hunde oder Vögel geladen haben.

Ergänzt wird die Ausstellung durch perfekt von Hand gearbeitete Tongefäße mit fein geglätteter Oberfläche und schönem, klarem Dekor versehen. Auch sie sind Botschaften aus dem Dunkel der Erde, die uns Nachrichten von einer bislang kaum erforschten Kultur überbringen (bis 29. Januar 1984; Katalog: 24 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Den Zauber der Natur eingefangen: Stierplastik der Nuraghenzeit (8. bis 7. Jh. v. Chr.), aus der Münchener Ausstellung FOTO: KATALOG

JOURNAL

Die Theater drängen ins Kabelfernsehen

dpa, Gießen

Die deutschen Theater sollten sich nach Ansicht des Deutschen Bühnenvereins mit eigenen Produktionen am Kabelfernsehen beteiligen. Bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Mitte im Bühnenverein erklärte der stellvertretende Vorsitzende Dietrich Taube in Gießen, die Theater sollten einen Pool bilden und eigene Produktionen für das Fernsehen aufzeichnen. Diese in einem zentralen Archiv zu speichernden Produktionen sollten dann über eine Marketinggesellschaft bei Fernseh- und Kabelgesellschaften gewinnbringend untergebracht werden. So seien die Chancen nicht schlecht, die Subventionsträger der Theater – die Länder und Städte – auf lange Sicht zu entlasten.

Mehr Förderung für die Musikpädagogik

dpa, Hamburg

Mehr als bisher sollte die Forschung an den Musikhochschulen gerade in den Bereichen gefördert werden, die für die künstlerische, pädagogische und therapeutische Ausbildung unerläßlich sind. Das ist eine der wesentlichen Erkenntnisse der Musikexperten, die an der Tagung des Internationalen Verbandes der Musikhochschulen in Hamburg teilnahmen. Vier Tage lang hatten sich die Teilnehmer, unter anderem auch aus der Sowjetunion, Polen, Jugoslawien und der „DDR" mit praxisbezogener Forschung und Lehre im künstlerischen Bereich befaßt.

Internationale Tagung über das Urheberrecht

rr. Santiago

„Schutz des geistigen Eigentums als Menschenrecht" war das Generalthema bei der Tagung in Santiago de Chile, die gemeinsam von der Internationalen Gesellschaft für Urheberrecht (intergu) und dem Interamerikanischen Institut für Urheberrecht (iida) veranstaltet wurde. An den Diskussionen über den Einfluß der neuen Medien auf die Gestaltung des Urheberrechts beteiligten sich 70 Sachverständige aus 16 Nationen. Prof. Erich Schulze, der Generaldirektor der Gema, wurde als Präsident der intergu einstimmig wiedergewählt.

Trophée Dussane für Jean Marais

DW. Paris

Jean Marais wurde mit der wichtigsten Auszeichnung für einen Theatermann in Frankreich, der Trophée Dussane geehrt. Diesen Preis erhält jeweils die bedeutendste Theaterpersönlichkeit des Jahres. Das kann ein Regisseur, ein Theaterleiter, Bühnenbildner oder Schauspieler sein. Der Preis besteht in einem Band der Werke Molières, der jeweils weitergereicht wird. Das Ungewöhnliche an der Wahl Marais' war, daß die Entscheidung einstimmig fiel. Die Trophée Dussane wurde dem Schauspieler für seine Produktion „Cocteau-Marais" zugesprochen.

Inventur der Museen mit dem Computer

dpa, Münster

Die vielfältigen Schätze der rund 2000 Heimatmuseen in der Bundesrepublik sind bis zu 90 Prozent konservierungs- oder restaurierungsbedürftig. Die 1982 gebildete „Museumsfeuerwehr" aus führenden Experten hält es darum für dringend notwendig, wenigstens für eine zentrale Inventarisation aller Bestände zu sorgen. Höchstens 50 Prozent aller gesammelten Einzelstücke seien mit Bild, Beschriftung und Erwähnung in Bestandskatalogen aufgeführt, hieß es.

Zwischen Komposition und Improvisation

DW. Karlsruhe

„Musik auf dem 49ten", eine Veranstaltung des „Ensemble 13" unter der künstlerischen Leitung von Manfred Reichert, wird vom 3. bis 7. Dezember zum ersten Mal in Karlsruhe stattfinden. In vier Konzerten, in denen neben dem „Ensemble 13" unter anderem auch das Enseßble Musica Antiqua Köln und die Solisten Josef Protschka, Barry McDaniel, Don Cherry und Ed Blackwell spielen, sollen Interpreten jenseits der etablierten Sparten von „ernster" und „Unterhaltungsmusik" zwischen strikter Komposition und freier Improvisation zu hören sein. In das Festival geht dieses Jahr auch „Reicherts traditionelle Wintermusik" ein.

Rosselini gibt Leitung von Gaumont ab

AFP, Rom

Renzo Rosselini, der älteste Sohn von Roberto Rosselini, hat sein Amt als Präsident der Filmproduktions- und Filmverleihgesellschaft Gaumont-Italien, vermutlich wegen der ernsten finanziellen Schwierigkeiten der italienischen Filiale von Gaumont-Frankreich, abgegeben. Rosselini bleibt jedoch im Verwaltungsrat der Gesellschaft. Zum neuen Generaldirektor ist der in den 60er Jahren als Avantgarde-Cineast in den USA arbeitende Mario Anniballi (42) bestimmt worden.

Mit neuen Ideen weg vom „Altenteil"

Senior-Experten Service sorgt für Aufgaben nach der Pensionierung / Neue Gruppe reisefertig für Chinesische Volksrepublik

BIRGIT KRUMMACHER, Bonn

Kleider mögen vielleicht keine Leute machen, aber auf jeden Fall braucht man zunächst einmal Leute, die einem die Kleider machen. Und genau da hakte es bei einem Tuchfabrikanten in der ägyptischen Hauptstadt. Der Kairoer Kaufmann hatte 200 Nähmaschinen gekauft, um die Stoffe aus seinem eigenen Betrieb auch gleich „anziehend" zu machen. Relativ ratlos standen dann aber seine Näherinnen vor dem modernen „Maschinenpark". Hilfe kam dann aus Bad Rappenau. Dort lebt Rolf Manfred Hofmann (68) im, wie man so gerne sagt, wohlverdienten Ruhestand. Doch genau darauf legte Hofmann keinen Wert.

Der Schwabe gehört zu den 19 pensionierten Fachleuten, die der Senior-Experten Service (SES) seit seiner Gründung Anfang dieses Jahres (siehe WELT vom 1. Februar 1983) als Berater in Länder der Dritten Welt entsandt hat. Beim Kofferpacken sind zur Zeit SES-Berater, die Ende des Monats in die chinesische Stadt Wuhan reisen werden.

Vor jedem Einsatz müssen die Senior-Experten (Durchschnittsalter 62) mit einem ärztlichen Attest belegen, daß sie gesund und tropentauglich sind. Erklären sie dann noch schriftlich ihren Verzicht auf jede „politische oder dem Erwerb dienende Betätigung", ist der Weg frei.

Für einen Einsatz stellt der SES dem hilfesuchenden Partner – wobei lediglich solche berücksichtigt werden, die sich kommerzielle Beratung nicht leisten können – nur die Reisekosten, Unterkunft, Verpflegung und ein Tagegeld von 30 Mark für den Experten in Rechnung. In absehbarer Zeit will die Organisation jedoch auf diesen Betrag noch 20 Prozent Verwaltungskosten draufschlagen.

Förderverein gegründet

Denn von 1986 an, wenn die Zuschüsse des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit entfallen, muß der SES sich selbst finanzieren. Um die Kosten für die Partner der Dritten Welt so niedrig wie möglich zu halten, wurde jetzt ein Förderverein gegründet, der vor allem bei der Wirtschaft Spenden lockermachen soll. Und so betont man in der Bonner Zentrale, daß der SES auch humanitäre Ziele verfolgt, in erster Linie aber versuche man das Terrain für die deutsche Wirtschaft zu beakkern.

Mehr als 600 frischpensionierte Fachkräfte, darunter zehn Prozent Frauen, sind beim SES registriert. Vom Meister bis zum Manager geht es quer durch alle Berufssparten. Was aber treibt einen Menschen dazu, seinen Ruhestand hinauszuschieben und sich eine *verantwortungsvolle*, häufig auch strapaziöse Aufgabe aufzubürden? Daß sei nicht etwa die Aussicht auf die weite Welt – das Gros der Interessierten kam auch im ersten Berufsleben viel herum – oder späte Abenteuerlust, versichert Ministerialdirektor a. D. Peter Oltmanns, der seinen ersten Einsatz in Entre Rios (Brasilien) hinter sich hat. Die meisten wollten sich nicht damit abfinden, zum alten Eisen zu gehören und betrachteten den neuen Job als erneute berufliche und menschliche Herausforderung. Bei dem Entschluß, sich beim SES als ehrenamtliche Entwicklungshelfer zu melden, sei aber auch eine gewisse Portion Idealismus im Spiel.

Peter Oltmanns erinnert sich nur an wenige Arbeitstage in all seinen Dienstjahren, als Leiter der Bundesbauverwaltung, die so vollgestopft waren wie die bei der Siedlungsgenossenschaft in Entre Rios. Von 8.30 Uhr an arbeitete er mit den Planern der Kooperative an Lösungen für die existenzbedrohenden landwirtschaftlichen Probleme und für eine bessere Infrastruktur. Anschließend stand der vitale Sechziger oft bis in den späten Abend den Mitgliedern für Fragen aller Art zur Verfügung. Nebenbei *gab er den Anstoß für den* Aufbau einer Fabrik für Leichtmetalldächer, die in diesen Wochen mit der Lizenz einer deutschen Firma ihre Produktion aufnimmt.

Deutsches Know-how gefragt

Es ist gut denkbar, daß auch die jetzt beginnende Mission des SES in Wuhan, die auf Vermittlung der Stadt Duisburg zustande kam, deutschen Firmen lukrative Nachfolgeaufträge einbringt. Die ersten drei einer Gruppe von Senior-Experten, die zur Vorbereitung drei Wochen lang Chinesisch und Landeskunde paukten, machen sich Ende dieser Woche auf den Weg in die mit 2,7 Millionen Einwohnern viertgrößte Stadt des Reiches der Mitte. Die Deutschen sollen mit ihrem Know-how zehn veraltete Industriebetriebe auf Vordermann bringen.



Dreiecks-Verhältnis FOTO: KLAUS ABS

Studie: Todkranke haben ein Recht auf die Wahrheit

AP, Stuttgart

Für umfangreiche Aufklärung von Todkranken duch die behandelnden Ärzte hat sich der Leiter der psychiatrischen Ambulanz der Universität Ulm, Richard Metzger, in einer gestern in Stuttgart vorgelegten Studie über die Betreuung von Sterbenden im Krankenhaus ausgesprochen. Dem Tode geweihte Patienten dürften nicht länger unzureichend über ihren Zustand informiert und damit gegenüber Kranken mit großen Heilungschancen eindeutig benachteiligt werden.

Insgesamt 80 Prozent der von Metzger befragten Patienten erklärten, daß sie die volle Wahrheit über ihren Zustand erfahren möchten und auch ertragen könnten. Demgegenüber stehe die Praxis vieler Ärzte, todgeweihten Patienten konkrete Auskünfte vorzuenthalten. Das Pflegepersonal sei vielfach nicht in der Lage, mit dieser Situation fertig zu werden und ziehe sich, um Fragen zu entgehen, vom Patienten zurück. Als Beweis führte Metzger die Zeit an, in der Schwestern und Pfleger auf das Klingelzeichen von Patienten reagieren. Bei Todkranken dauere es erheblich länger, bis das Pflegepersonal dem Ruf folge. Metzger verlange eine bessere Vorbereitung auf den Umgang mit Sterbenden.

Im Krankenhaus erschossen

dpa, Palermo

Der 64jährige Mafia-Boß Natale Badalamenti ist in der Nacht zu gestern in einem Krankenhaus von Palermo, wo er gerade seine Frau besucht hatte, von fünf bewaffneten und maskierten Banditen erschossen worden. Das Opfer gehörte zu einem Familien-Clan, der die Kontrolle der Untergrundbanden auf Sizilien anstrebte.

Daumen-Verpflanzung

AFP, Peking

Der tiefgekühlte Daumen eines vor einem Jahr gestorbenen Mannes wurde einer Frau in Schanghai mit Erfolg angenäht. Die Schanghaier Lokalzeitung „Jiefang Ribao" zeigte die junge Chinesin jetzt einen Monat nach der Operation beim Stricken.

Starke Nerven

AFP, Phoenix

Eine 78jährige Frau ohne jegliche Flugerfahrung hat in 2000 Meter Höhe den ohnmächtig gewordenen Piloten ersetzt und eine Sportmaschine auf einem Luftwaffenstützpunkt bei Phoenix im US-Bundesstaat Arizona gelandet. Der Pilot, der einen Herzinfarkt erlitt, konne gerade noch einen Notruf absetzen. Die Frau ließ sich von den Piloten zweier aufgestiegener Maschinen zur Landung dirigieren und rettete vier Menschen das Leben.

Kaugummi-Verbot in Singapur?

AFP, Singapur

Singapur droht als erstem Land der Welt ein offizielles Kaugummi-Verbot. Außen- und Kulturminister Suppiah Dhanabalan bezeichnete das Kaugummi gestern als „nationales Übel"; die Regierung gebe für die Reinigung öffentlicher Einrichtungen von der klebrigen Masse jährlich rund 200 000 Mark aus.

4000 Parkplätze blockiert

dpa, Wien

Rund 4000 Parkplätze in Wien werden zur Zeit von Autowracks blokkiert. Die Polizei will jetzt schärfer gegen „vergeßliche" Autobesitzer durchgreifen, die ihre alten fahrbaren Untersätze einfach stehenlassen.

„Telefon-Trickser" entlarvt

dpa, Oldenburg

Einen 46jährigen Vertreter aus Oldenburg *entlarvte die Polizei gestern* als „Telefon-Trickser". Der Mann hatte sich seine Apparate, mit denen er kostenlos in alle Welt telefonieren konnte, selbst gebastelt. Außerdem hatte er für mehrere Dutzend Abnehmer Funktelefone hergestellt, die auf schon vergebenen Frequenzen arbeiteten. Dadurch wurden unter anderem auch Gespräche auf Flugsicherungs-Frequenzen gestört.

ZU GUTER LETZT

„In Bonn ist ein recht ordentliches Chaos zugange." SWF-Sprecher über die Verkehrslage während der gestrigen Demonstrationen.

US-Kampagne gegen den blauen Dunst

Surgeon General: Bedrohung der Volksgesundheit

JOCHEN AUMILLER, Washington

Der Chef der obersten amerikanischen Gesundheitsbehörde, C. Everett Kopp (Surgeon General), hat zu einer Ächtung des Zigarettenrauchens aufgerufen. In seinem Bericht über die Konsequezen des Rauchens für die Gesundheit, den er in Washington vorgestellt hat, betonte er, daß durch das Rauchen mehr Menschen an Herzkrankheiten sterben als an Lungenkrebs, dem bislang bekanntesten Raucher-Risiko. Die Amerikanische Herz-Gesellschaft hat die Daten von Kopp hochgerechnet. Danach sterben jährlich 170 000 Amerikaner vorzeitig an Herz-Kreislaufkomplikationen, die auf das Konto des Zigarettenrauchens gehen; dem Lungenkrebs und anderen typischen Lungenerkrankungen der Raucher erlagen 1982 129 000 Menschen.

Dies gilt es nachhaltiger als bisher zu bekämpfen, fordert Kopp. Ein Anreiz, das Rauchen aufzuhören, könnte die Tatsache sein, daß das Erkrankungsrisiko deutlich abnimmt, wenn man konsequent dem blauen Dunst entsagt. Kopp zitierte eine kürzlich erschienene Studie, die 7500 Raucher einbezogen hatte, von denen allerdings nach einem Jahr 1365 entwöhnt waren. Nach sechs Jahren waren in dieser Gruppe der Ex-Raucher 46 Prozent weniger an Herz-Kreislaufkrankheiten gestorben als in der Rauchergruppe.

Schon in den Jahren 1971 und 1979 hat der Regierungs-Arzt entsprechende Warnungen veröffentlicht, sie waren im Ton allerdings viel moderater und vermieden, einen Kausalzusammenhang zwischen Herzinfarkt und Zigarette herzustellen. Inzwischen aber ist, so Kopp, eine solche Flut an wissenschaftlichen Belegen für einen unbestreitbaren Zusammenhang vorgelegt worden, daß Rauchen heute als „unglaubliche Bedrohung der amerikanischen Volksgesundheit" angesehen werden müsse.

Die Zahl der plötzlichen Todesfälle (meist aufgrund einer Herzrhythmusstörung) liegt bei Rauchern doppelt so hoch wie bei Nichtrauchern. Rauchen ist allerdings nicht der einzige Risikofaktor für den Herzinfarkt. Gleichwertig sind auch der unbehandelte Bluthochdruck und erhöhte Blutfette. Häufig genug kommen mehrere Risikofaktoren zusammen.

Nach Kopp kann es aber heute keinen Zweifel mehr geben, „daß Rauchen die Hauptursache für die koronare Herzkrankheit, die Vorstufe des Herzinfarktes, sowohl bei Männern als auch bei Frauen in den Vereinigten Staaten darstellt".

Zahlen aus mehreren Studien hätten außerdem gezeigt, daß Erkrankungen der Hirngefäße (Komplikationen u. a. der Schlaganfall) bei Rauchern gehäuft vorkommen, vor allem bei jüngeren Menschen, die sonst von diesen Leiden weitgehend verschont bleiben.

Bis zuletzt tobte der Streit um stählernen Koloß

Kurz nach Parlamentsbeschluß wurde die Kielland versenkt

REINER GATERMANN, Oslo

Drei Jahre, sieben Monate und 21 Tage, nachdem sie völlig überraschend und innerhalb weniger Minuten im Ekofisk-Feld im norwegischen Teil der Nordsee gekentert war und 123 Personen mit in die Tiefe riß, wurde die Wohnplattform Alexander L. Kielland jetzt zum zweiten Mal versenkt, und zwar für immer. 200 Kilogramm Sprengstoff, verteilt auf 16 Ladungen, waren erforderlich, um den 10 000 Tonnen schweren Giganten im Nedstrandsfjord nördlich von Stavanger auf den 700 Meter tiefen Meeresboden zu schicken. Ein letztes makabres Schauspiel für diejenigen, die der Vorstellung in sicherem Abstand auf Schiffen oder am Bildschirm folgten.

Die Alexander L. Kielland war Mitte September nach einem in der Geschichte einmaligen Wendemanöver wiederaufgerichtet worden. Von dieser Aktion hatte man sich zweierlei versprochen: Die meisten der bis dahin noch 36 vermißten Plattformbewohner zu finden und mehr über die Unglücksursache zu erfahren. In beiden Fällen wurden die Erwartungen nicht erfüllt. Lediglich fünf Leichen konnten noch geborgen werden, und neue technische Erkenntnisse über das Kentern wurden ebenfalls nicht gewonnen. Die bisherige Version bleibt bestehen, eines der vier Standbeine ist abgeknickt. Es wird allerdings Gerichten überlassen bleiben zu entscheiden, ob Materialfehler oder Umbauten auf der Plattform die Statik veränderten.

Das endgültige Schicksal der Alexander L. Kielland war bis zur letzten Stunde umstritten. Noch am Donnerstag diskutierte das Storting (Parlament), ob die künstliche Insel versenkt oder verschrottet werden soll. Der konservative Ministerpräsident Kaare Willoch sah sich gezwungen, mit seinem Rücktritt zu drohen, um für seine Forderung, die Kielland auf den Grund des Nedstandsfjords zu schicken, eine Mehrheit zu bekommen. Schließlich erhielt er sie. 68 zu 60 lautete das Abstimmungsergebnis. In erster Linie waren es die oppositionellen Sozialdemokraten, die für eine Verschrottung plädierten.

Zu jener Stunde, als die Abgeordneten noch engagiert zum vermutlich letzten Mal das Thema Alexander L. Kielland debattierten, war der Koloß bereits auf dem Weg zu seiner letzten Ruhestätte. Als der Parlamentsbeschluß kam, wurde mit den Sprengvorbereitungen begonnen.

Seit dem Unglückstag, dem 27. März 1980, hatte die Alexander L. Kielland die Norweger beschäftigt; zweimal war versucht worden, sie aufzurichten, alleine das geglückte Wendemanöver vom September dieses Jahres kostete umgerechnet rund 77 Millionem Mark.

LEUTE HEUTE

Neue Meister

Die zur Zeit besten Geigenbauer kommen offenbar aus Bulgarien. Bei einem internationalen Wettbewerb in Sofia gewann der Bulgare **Filip Dabrichkow** den ersten Preis für die Klangqualität und die handwerkliche Schönheit seines Instruments. Ein anderer Bulgare, **Nayden Ganchew**, und der Franzose **Frederic Becker** kamen auf die folgenden Plätze.

Vatikan-Gesandte

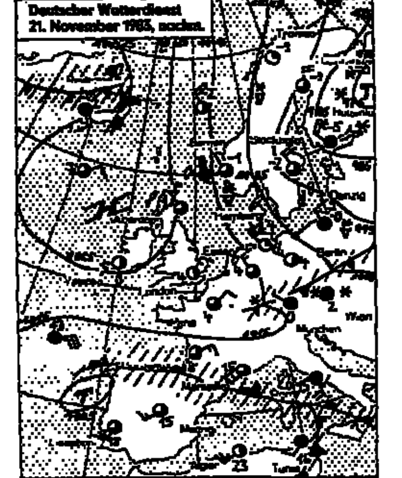
Einige unauffällige Herren könnten es Prinzessin **Caroline von Monaco** bald ermöglichen, ihren Freund **Stefano Casiraghi** mit kirchlichem Segen zu heiraten. Nach Informationen des Pariser Wochenblattes „France Dimanche" befragen derzeit Beauftragte der **„Sacra Rota"**, einer päpstlichen Behörde für Ehescheidungen, Freunde und Bekannte Carolines und ihres Mannes Philippe Junot. Danach will der Vatikan über die Annullierung der Ehe entscheiden.

Rollentausch

Wenn Schauspieler Politiker werden können, warum dann nicht einmal umgekehrt, dachte man sich bei der amerikanischen TV-Gesellschaft ABC und engagierte mit dem ehemaligen Außenminister **Edmund Muskie** (69) und den beiden Ex-Verteidigungsministern **James Schlesinger** (54) und **Clark Clifford** (76) drei prominente Politiker. In dem Vierteiler „The Crisis Game" geht es um die Folgen eines Atom-Krieges.

WETTER: Kalt und Schneeschauer

Wetterlage: Während der Süden und der Westen überwiegend im Einfluß eines britischen Hochs liegen, zieht über den Norden und Osten Deutschlands ein Randtief von der Nordsee nach Südosten.



Stationen 12 bedeckt. West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still; Nebel; Sprühregen; Regen; Schneefall; Schauer. Gebiete: Regen; Schnee; Nebel; Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland und Raum Berlin: Meist stark bewölkt und zeitweise Niederschlag, teils Regen, teils Schnee, Höchsttemperaturen nahe 4 Grad, nachts bis minus 2 Grad zurückgehend und Glätte durch überfrierende Nässe.

Übriges Deutschland: Wechsel zwischen aufgelockerter und starker Bewölkung mit einzelnen Schneeregenschauern im Bergland oberhalb 600 m durchweg als Schnee, dort nur Höchsttemperaturen in Gefrierpunktnähe.

Weitere Aussichten:

Im Norden weitere Schauer, sonst zunehmend neblig und niederschlagsfrei, wenig geänderte Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	23°
Bonn	5°	Kopenh.	2°
Dresden	2°	Las Palmas	20°
Essen	4°	London	4°
Frankfurt	3°	Madrid	15°
Hamburg	4°	Mailand	5°
List/Sylt	4°	Mallorca	17°
München	0°	Moskau	–1°
Stuttgart	0°	Nizza	14°
Algier	23°	Oslo	0°
Amsterdam	6°	Paris	4°
Athen	15°	Prag	3°
Barcelona	15°	Rom	15°
Brüssel	6°	Stockholm	–2°
Budapest	–2°	Tel Aviv	24°
Bukarest	–4°	Tunis	16°
Helsinki	–5°	Wien	2°
Istanbul	11°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 7.51 Uhr, Untergang: 16.25 Uhr, **Mondaufgang:** 18.43 Uhr, Untergang 11.11 Uhr.
* In MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Familienfehde der Agusta fasziniert Italien

Der Kampf zwischen Mutter und Sohn um das Milliardenerbe des Hubschrauber-Industriellen geht in die zweite Runde

KLAUS RÜHLE, Rom

Tagesthema der High Society Italiens ist der Familienstreit im Hause Agusta. Agusta ist der Name und das Firmenzeichen einer weltbekannten Haubschrauberfabrik in Gallarate bei Mailand. Gründer des Betriebs war der sizialianische Graf Giovanni Agusta. Sein ältester Sohn Domenico trat in die väterlichen Fußstapfen und machte aus der bescheidenen Fabrik ein weltweit operierendes Unternehmen. Er starb im Jahre 1971 und hinterließ sein Vermögen zu zwei Dritteln seiner Tochter Giovanna und zu einem Drittel seiner Frau Clara (70). Nur ein bescheidenes Legat ging an den Stiefsohn Marco (47). Kaum war der prominente Großindustrielle unter der Erde, begann ein erbitterter Kampf um das milliardenschwere Erbe, ausgelöst von Marco Mattioni, dem Sohn aus Clara Agustas erster Ehe.

Marco bezeichnet seine „Mama" als eine unzurechnungsfähige, rauschgiftsüchtige alte Frau. Sie verschleudere das Erbe, sei von Gaunern und Liebhabern umgeben, mit denen sie dem Grafen schon zu Lebzeiten Hörner aufgesetzt habe – eine Frau somit, die entmündigt werden müsse, damit er, Marco, von dem Erbschaftsdrittel retten könne, was noch zu retten sei.

Die so beschuldigte Witwe zeichnet ihrerseits ein wenig erbauliches Bild von ihrem Sohn aus erster Ehe. Danach ist der athletisch gebaute Mann ein Nichtstuer, Faulenzer und Verschwender. Er soll sich als Schauspieler, Boxer, Karatelehrer und *Autoverkäufer versucht haben. Ihr* Mann habe vergeblich versucht, ihn zu regelmäßiger Arbeit anzuhalten. Marco ist mit einer offenbar wohlhabenden Thailänderin verheiratet und pendelt zwischen Mailand und Bangkok hin und her. Gräfin Clara Agusta beklagt sich bitter über die Gewalttätigkeit ihres Sohnes. Er habe sie oft tätlich bedroht, so daß sie sich zwei Leibwächter habe zulegen müssen.

Eine lange Vorgeschichte

Der haßerfüllte Streit zwischen Mutter und Sohn um das Erbe des Großindustriellen hat eine märchenhafte Vorgeschichte. Mama Clara lebte mit dem Sproß aus erster Ehe in ärmlichen Verhältnissen in Neapel, als sie den reichen Grafen kennenlernte. Der verliebte sich Knall und Fall in sie, und Clara schaffte es nach sechsjährigem Ringen mit der Familie Agusta, daß Domenico sie heiratete, als sie ein Kind erwartete. Mit Töchterchen Giovanna und Stiefsohn Marco zog sie in die schloßähnliche Villa in Gallarate.

Heute residiert die Witwe in der *Suite eines Mailänder Luxushotels*, und, so behauptet wenigstens Marco Mattioni, wirft *ihr* Geld zum Fenster hinaus. Auch die heute 37jährige Tochter der gräflichen Familie, Giovanna, wird von Marco als ein verantwortungsloses Luxusweib beschimpft, die die Erbschaft ihres Vaters mit Männern durchgebracht habe. Die Komtesse war vor rund zwanzig Jahren mit dem schwarzen Fußballcrack Germano durchgebrannt und lebt seither in den USA.

Marco Mattioni hat den ersten Entmündigungsprozeß verloren. Die Richter befanden, daß die betagte Gräfin im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte und nach längerem krankheitsbedingtem Gebrauch von Morphium wieder völlig entwöhnt sei, daß ihr hoher Lebensstandard den ihr zu Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und ihrer gesellschaftlichen Stellung entspreche und der Vorwurf der Verschwendungssucht daher jeder Grundlage entbehre.

Der Fiskus wird neugierig

Doch der Sohn gibt sich damit nicht zufrieden. Er legte Berufung ein; der Prozeß in erster Instanz sei eine reine Farce gewesen. Das Gericht habe nur Entlastungszeugen gehört und sein eigener Rechtsanwalt habe sich als Versager entpuppt. Marco Mattioni ist jetzt Privatdetektiv geworden, der fieberhaft nach neuem Belastungsmaterial gegen die verhaßte Mutter sucht. Die italienische Öffentlichkeit wartet nun gespannt auf den zweiten Akt des Familienstreits. Neugierig geworden ist auch der italienische Fiskus, weil nach den Enthüllungen des Sohnes die Witwe Carla Agusta angeblich zu den größten Steuerhinterziehern des Landes gehört.